Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045, 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 8. August 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 167

Das Koalitionsgeschenk für die Massen zum 11. August

Die Hungerpeitsche!

Abbau der Arbeitslosenunterstützung — Erhöhung der Beiträge — Der Wissell-Entwurf fertiggestellt — Massen heraus zur Abwehr!

Der Reichsarbeitsminister Wissell hat seinen Gesetzentwurf über Abbau der Arbeitslosenunterstützung bereits so gut wie fertiggestellt; er soll in den nächsten Tagen den Vorständen der bürgerlichen Parteien vorgelegt werden. Mitte August soll der Entwurf im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages behandelt und bereits in der nächsten Sitzungsperiode des Reichstages im Plenum durchgepeitscht werden.

Der Entwurf Wissells liegt in der Linie der Sachverständigen-Vorschläge, zweifellos wird er in verschiedenen Punkten diese Vorschläge noch an Arbeiterfeindlichkeit übertreffen. Wissell will die Wünsche der Unternehmer noch mehr berücksichtigen.

Die Unternehmerverbände haben jetzt eine Pressenotiz veröffentlicht, in der sie erklären, daß die Vorschläge der Sachverständigen nicht weitgehend genug seien, so in der Frage der Heimarbeiter, der Saisonarbeiter usw. Außerdem wenden sich die Unternehmer wieder gegen die Beitragserhöhung. Es muß jedoch dabei immer wieder betont werden, daß für die Unternehmer die Beitragserhöhung keine grundsätzliche Frage ist. Wenn sie im übrigen erreichen, was sie wollen, wenn sie die für sie entstehenden Auslagen auf andere Weise wieder hereinkriegen, werden sie für die Beitragserhöhung sein. Bereits jetzt hat sich ein Teil der Unternehmerpresse für die Beitragserhöhung ausgesprochen, in der Sachverständigen-Kommission hat ebenfalls ein Teil der Unternehmervertreter für die Beitragserhöhung gestimmt. Wenn daher die Unternehmerverbände sich vorläufig gegen die Beitragserhöhung aussprechen, so ist das für die Arbeiterschaft noch lange kein Grund, nun für die Beitragserhöhung einzutreten.

Die Beitragserhöhung um ½ Prozent bedeutet eine neue schwere Belastung für die Arbeiter, die sie in der jetzigen Zeit um so weniger tragen können, als infolge der Zollpolitik der Koalitionsregierung die Lebenshaltungskosten bedeutend gestiegen sind.

Die Arbeiterschaft verlangt angesichts der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, daß kein Abbau der Unterstützung stattfindet, daß die Unterstützungssätze erhöht werden, und daß die dafür notwendigen Mittel die herrschende Klasse zu bewilligen hat. Es ist ganz und gar unmöglich, daß die Arbeiter selbst von ihren Löhnen die Mittel aufbringen, die zur Unterstützung der Millionen Erwerbslosen notwendig sein werden. Sozialdemokraten und Bürgerliche behaupten, daß Reich habe keine Mittel mehr zur Unterstützung der Arbeitslosen.

Dabei hat die Koalitionsregierung einen Etat von zehn Milliarden aufgestellt, wobei sie mehr als eine Milliarde allein für die Wehrmacht und für die Rüstungen und Vorbereitungen zum imperialistischen Krieg ausgibt.

Angesichts dieser Ausgaben für den deutschen Militarismus ist es eine unglaubliche Frechheit, wenn man den Arbeitern zumutet, „die Notwendigkeit einzusehen", daß die Arbeitslosenunterstützung gekürzt werden müsse, um der Reichskasse einige hundert Millionen zu ersparen.

Mit dem Gerede, daß nicht genügend Mittel vorhanden seien, und daß deshalb die Beiträge erhöht werden müssen, wollen die SPD.-Führer nur ihre Mithilfe beim Abbau der Erwerbslosenunterstützung begründen. Diese sozialdemokratische Mitwirkung am Abbau der Erwerbslosenunterstützung zeigt sich immer deutlicher. Wohl schreibt noch die SPD.-Presse, daß die SPD. gegen die Vorschläge der Sachverständigen sei,

aber die sozialdemokratischen Minister arbeiten mit allen Mitteln darauf hin, daß der Abbau der Unterstützungen möglichst rasch zur Tatsache werden soll.

Nicht weniger eilig haben es die Koalitionsgenossen der SPD.-Führer. So schreibt die „Germania", das Berliner Organ des Zentrums, am 7. August:

„Es wird Sache der Reichsregierung und vor allem des Reichsarbeitsministers sein, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß die Reformen mit tunlichster Beschleunigung ihre parlamentarische Erledigung finden. Es scheint uns Zeit zu sein, daß die ganze Frage möglichst bald der parlamentarischen Instanz zur Behandlung und Erledigung zugeleitet wird."

Ebenso eilig haben es die Demokraten. Auch das „Berliner Tageblatt" fordert am 7. August, daß aus Ersparnisgründen die Sachverständigenvorschläge so rasch wie möglich durchgeführt werden. Und natürlich schreit auch die „DAZ.", das Unternehmerorgan: „Keine Verschleppung der Versicherungsreform".

Die sozialdemokratischen Koalitionsminister werden die Wünsche der Kapitalisten erfüllen. Schon am 9. August wird sich das Reichskabinett mit dem Wissell-Entwurf beschäftigen. Mit aller Eile soll die schändliche Vorlage gegen die Arbeitslosen, die eine Bedrohung der gesamten Arbeiterklasse bedeutet, durchgepeitscht werden. Zur selben Zeit, wo die Reichsbannerkolonnen am 11. August zur Verherrlichung dieser Republik ihren terroristischen Aufmarsch durchführen, wird hinter den Kulissen das Werk des Abbaues der Arbeitslosenunterstützung nach Kräften gefördert.

Das Erscheinen des Wissell-Entwurfes ist ein neues Alarmsignal für die Arbeiterschaft. Es gilt jetzt, die Reihen zu schließen und zur Gegenwehr vorzugehen, um den Abbau der Arbeitslosenunterstützung abzuwehren.

Wedding gegen Magdeburg!

Jeder Kommunist studiert die Referate und Beschlüsse des Weddinger Parteitages!

Preis der 4 Broschüren zusammen 70 Pf.

Zu haben in der:

Volksbuchhandlung

GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14 und in den auswärtigen Filialen.

Der Rote Arbeiterschutzbund gegründet

Guter Verlauf der Gründungsversammlung in Halle

Die am Mittwochabend durchgeführte öffentliche Gründungsversammlung des Roten Arbeiterschutzbundes im „Volkspark" Halle nahm einen guten Verlauf. Weit über tausend Arbeiter nahmen begeistert die Worte des Reichstagsabgeordneten W. Koenen auf. Mehr als die Hälfte traten sofort der neuen Organisation bei und vollzogen so die Gründung des Roten Schutzbundes gegen Sozial- und Nationalfaschisten in ihren Betrieben. Näheres über den Verlauf der Versammlung steht im anderen Teil dieser Ausgabe. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Entschließung

Die am Mittwoch, dem 7. August im „Volkspark" in Massen versammelten hallischen Arbeiter nehmen Stellung gegen die wachsende faschistische Gefahr und beschließen die sofortige Verschärfung aller Maßnahmen der Arbeiterschaft zur Vernichtung des Faschismus.

Der Staatsapparat, der im Auftrage der Trustbourgeoisie von den Sozialfaschisten regiert wird, tut alles zur Sicherung der Faschisten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Insbesondere die Verbote des RFB. und der Roten Jungfront ermutigen die Faschisten aller Schattierungen, immer frecher und provokatorischer aufzutreten und systematisch Ueberfälle auf die Arbeiter durchzuführen.

In verschiedenen Betrieben wird nach der Maßregelung revolutionärer Arbeiter der Werksfaschismus immer frecher. Immer enger schließt er sich gegenüber den roten Betriebsräten mit den Reformisten, wie in Leuna, zur sozialfaschistischen Front zusammen.

Die Ueberfälle der Nationalsozialisten in Nürnberg auf Arbeiter und auf das Eigentum der Arbeiterorganisationen, die Ueberfälle und Provokationen der Reichsbannerkollkommandos in Berlin gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, durchgeführt in engster Verbindung mit den Zörgiebel-Kosaken, zeigen neben den Ueberfällen im ganzen Reiche blutigen Ernst der faschistischen Gefahr auf.

Selbst in Halle, der Hochburg des revolutionären Proletariats, gingen bereits Faschisten — unterstützt durch die Wittel des Polizeipräsidenten Oegle — zum offenen Angriff auf die Arbeiter über.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft von Halle erklärt, daß sie diesem Treiben nicht länger tatenlos zusehen kann.

Sie erklärt ihre Bereitschaft zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront gegen das Faschistengesindel und fordert in diesem Sinne die Belegschaften in den Betrieben und auf den Baustellen auf, in den Betrieben Organisationen zum Kampfe gegen den Faschismus zu bilden.

Die Sozialfaschisten Severing, Grzesinski und Zörgiebel haben im Auftrage der Trustbourgeoisie die einzige Wehrorganisation des Proletariats, den Roten Frontkämpfer-Bund verboten. Das Verbot ist ausgesprochen worden, weil der RFB. einen erfolgreichen Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr führt. Wir fordern die hallische Arbeiterschaft auf einen verschärften Kampf um die Aufhebung des Verbots der Wehrorganisation des Proletariats, dem RFB., zu führen. und in einheitlicher Front auf der Grundlage der Betriebe den Kampf gegen den Faschismus durch Bildung von Arbeiterwehrgruppen zu verstärken.

Nieder mit dem RFB.-Verbot!

Nieder mit dem Faschismus!

Nieder mit der Koalitionsregierung der Sozialfaschisten!

Es lebe der Selbstschutz des Proletariats!

Es lebe der rote Betriebsschutz gegen den Faschismus!

1. August in Moskau: Bewaffnete Demonstration des Komsomol (kommunistisch-leninistischer Jugendverband)

Morgen gehst Du in den „Volkspark", Halle

Internationales Meeting!

Vertreter der Sowjetunion, Frankreichs und anderer Länder sprechen hier aus Anlaß des 9. Esperanto-Weltkongresses ●●● Arbeiter, erscheint in Massen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0001

Verfassungsfragen sind Machtfragen

Zur Zehnjahresfeier der Weimarer Verfassung

Zehn Jahre Weimarer Verfassung. Trustregierung und Reichswehr, die Partei der Ministersozialisten und die Streikbrechergarden des Reichsbanners rüsten zum 11. August.

Am 11. August soll Demokratie gemimt und Volksbegeisterung für diese Demokratie erzeugt werden. Neben den Freudesreigen, die um den immer mehr verwesenden Leichnam der Weimarer Verfassung aufgeführt werden, soll Stimmung gemacht werden für den Kurs der brutalen Diktatur, den die Sozialfaschisten zum Schutze und zur höheren Ehre angeblich des viel zitierten heiligen Geistes von Weimar bezogen haben.

Dem klassenbewußten Proletariat und seiner Avantgarde, der Kommunistischen Partei, wird auch der 11. August Gelegenheit bieten, dieser Republik und ihrer Verfassung den demokratischen Schleier vom Gesicht zu reißen, um vor den noch demokratiegläubigen Arbeitern die wahre Gestalt dieser Republik zu enthüllen, und um die Marx-Leninsche Lehre vom Staate und über die Aufgaben des Proletariats in der Revolution in die Massen zu tragen.

„Die Frage des Staates“ — schrieb Lenin in der Vorrede zu „Staat und Revolution“ — gewinnt gegenwärtig besondere Bedeutung sowohl in theoretischer wie in praktisch-politischer Beziehung. Der imperialistische Krieg hat den Prozeß der Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus überaus beschleunigt und verschärft. Die ungeheuerliche Knechtung der arbeitenden Massen durch den Staat, der immer inniger mit den allmächtigen Kapitalistenverbänden verschmilzt, wird immer ungeheuerlicher. Die fortgeschrittenen Länder verwandeln sich in militärische Zuchthäuser für die Arbeiter . . .

Die Frage des Verhältnisses der sozialistischen Revolution des Proletariats zum Staat gewinnt somit nicht nur eine praktisch-politische, sondern eine höchst aktuelle Bedeutung: als Frage wie man den Massen klarmachen soll, was sie zu ihrer Befreiung vom Joche des Kapitals der nächsten Zukunft zu tun haben werden.

*

„Die Minister sind die Nachtwächter des Kapitals.“ (Lassalle.)

Was stellt der Staat vor? Worin besteht die gesellschaftliche Funktion des Staates? Der Verlauf der bisherigen Geschichte der Menschheit zeigt, daß der Staat als besondere Einrichtung, als Zwangsapparat der Menschen über Menschen nur dann und nur dort entstand, wo die Teilung der Gesellschaft in Klassen in Erscheinung trat. Entstanden auf Grund der „Klassenteilung“ aus dem Bedürfnis Klassengegensätze im Zaum zu halten, ist der Staat und dies überall und seit jeher nach Engels „der Staat der ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelst seiner auch politisch herrschenden Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse“.

Im Gegensatz zu den Theorien der Bourgeoisie und des Reformismus, die den Staat als ein mystisches, über den Klassen stehendes Wesen darstellen, hat der Marxismus den Staat als Produkt der Unversöhnlichkeit der Gegensätze erkannt, in die die Klassengesellschaft gespalten ist und die zu bannen sie ohnmächtig ist. „Der Staat entsteht dort, dann und insofern wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können.“ (Lenin.) Der ganze Staatsapparat — Regierung, Justiz, Verwaltung, Militär, Polizei, Zuchthaus — gleichviel ob er sich in der Urzeit nur des Knüppels oder in der modernen Zörgiebel-Republik auch des Tränengases und der Panzerautos bedient, ist nichts als ein Gewaltinstrument der Klassenherrschaft zum Schutze der Ausbeuter und zur Niederknüppelung der Ausgebeuteten in die Schranken der gottgewollten „Ordnung“.

Daher sind alle bürgerlichen Parteien, mit den Führern der SPD., den Rittern der Klassenharmonie, der Arbeitsgemeinschaft, der Koalition und — der Zörgiebel-Methoden bis auf die Knochen staatserhaltend.

Marx und Engels stellten (im Vorwort zum Kommunistischen Manifest vom 24. Juni 1872) fest, daß die Kommune „namentlich den Beweis geliefert hat, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“. Vielmehr erklärten sie (Marx-Brief an Kugelmann, 12. April 1871) als „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution die bürokratisch-militärische Maschinerie nicht mehr wie bisher aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen“.

Das russische Proletariat hat im Oktober-Umsturz diese Aufgabe vollbracht, indem es den Staatsapparat zerschlagen und sich zur herrschenden Klasse erhoben hat.

*

Was stellt die demokratische Republik dar? Die deutsche Arbeiterklasse hat im Laufe der Entwicklung seit November 1918 tausendfach Gelegenheit gehabt, zu erkennen, daß der Novemberzusammenbruch und die zehn Jahre Republik am Wesen der kapitalistischen Klassenherrschaft und Unterdrückung nichts geändert haben. Die Bourgeoisie behielt die Produktionsmittel und den Staatsapparat gegen die Arbeiterklasse und benutzt diesen tagtäglich als Waffe im Klassenkampf.

Schon Engels verhöhnte (in seiner Einleitung zur dritten Auflage des „Bürgerkriegs in Frankreich“) jene Kleinbürger, die da „glauben, schon einen ganz gewaltigen kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich freimacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit ist der Staat aber nichts anderes, als eine Maschine zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie“.

Wenn die früheren „Kaiser“-Sozialisten und die jetzigen, sich immer mehr an den Faschismus bindenden Sozial„demokraten“, auf dem schwarzrotgoldenen „Boden der Republik“ stehen; wenn Exzellenz Hilferding auf dem Kieler Parteitag der Sozial-Patent-Demokratie erklärte, es sei falsch (!) und unmarxistisch (!!) diese bürgerliche Republik etwa als ein Herrschaftsorgan der kapitalistischen Klasse aufzufassen, so hat Engels schon 1891 darauf erwidert: „in der (der demokratischen Republik) übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus“, und zwar erstens „in der Form der direkten Beamtenkorruption“ und zweitens „durch Allianz (Bündnis) von Staat und Börse“. Zehn Jahre Weimar und die Stinnes-Barmat-Fälle der Republik haben die Einschätzung von Engels nur immer wieder bestätigt. SPD.-Leute sind durch Minister-, Polizeipräsidenten- und Landratsposten korrumpiert und mit dem kapitalistischen Staat auf Gedeih und Verderben verbunden. Die Konzentration des Kapitals ist aufs höchste gestiegen. Und die mächtigen Trusts sind in der Lage, durch vollkommene Beherrschung des staatskapitalistischen Apparats ihre Macht nicht mehr so „indirekt“, sondern immer unmittelbarer und brutaler auszuüben.

„Nirgends herrscht das Kapital so zynisch und rücksichtslos“, sagt Lenin („Ueber den Staat“), „nirgends kann man dies mit solcher Klarheit sehen, obwohl es demokratische Republiken sind — wie schön auch immer die Fassade aussehen mag — nirgends, trotz allem Gerede über werktätige Demokratie, herrscht das Kapital, und alle Versuche der Arbeiter, einigermaßen ernst eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen, stoßen sofort auf den Bürgerkrieg. Die Macht des Kapitals ist alles, die Börse ist alles, das Parlament, die Wahlen aber sind Marionetten, Puppen“.

Ist mithin jeder kapitalistische Staat, auch der noch so sehr „demokratische“ nichts anderes als ein Instrument der kapitalistischen Klasse zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Unterdrückung, zur Niederknüppelung der revolutionären Bewegung der ausgebeuteten Proletariermassen, so tritt jetzt im Zeitalter der Weltrevolution, da ein Sechstel des Erdballes dem Imperialismus entrissen ist, zu diesen reaktionären Funktionen der bourgeoisen Staatsapparate noch ein weiteres hinzu: jeder imperialistische Staat wird zum Kriegsinstrument seiner finanzpolitischen Beherrscher gegen die Sowjetunion. Die deutsche Republik hat sich — besonders unter der Aegide der Panzerkreuzerregierung — immer mehr in die Antisowjetfront des Imperialismus eingegliedert und trifft alle Vorbereitungen, um zur gegebenen Zeit des konterrevolutionären Angriffs gegen den Rätestaat aktiv an der Seite der übrigen kapitalistischen Staaten zu marschieren.

Daher treibt die SPD. ihre militaristische Wehrpolitik. Und daher muß die deutsche Arbeiterklasse zur Verteidigung der Sowjetunion rüsten, zum revolutionären Kampf gegen den Feind im eigenen Lande — gegen die Bourgeoisie nebst SPD.-Führerclique und deren Staat. Daher ist es Ziel und Aufgabe der Kommunistischen Partei, diesen Ausbeuterstaat im revolutionären Kampfe zu zerstören.

*

„Die Gesellschaft beruht nicht auf dem Gesetz. Das Gesetz vielmehr beruht auf der Gesellschaft.“ (Marx.)

Was stellt die Weimarer Verfassung dar? Nichts anderes als jede bürgerliche Verfassung: eine Fassadenkulisse. Ein Mäntelchen der Gesetzmäßigkeit, das der brutal herrschenden Kapitalistenklasse zur Verhüllung ihrer Diktatur dient, um dieser einen trügerischen Schein von nicht bestehender Gleichheit und Gerechtigkeit zu verleihen.

Die Verfassung beruht auf der Gesellschaft. „Die Umgestaltung der Gesellschaft vollzog sich so, daß alle Bürger gewissermaßen gleichgestellt wurden; die frühere Teilung in Sklaven und Sklavenhalter fiel (formell!) fort; alle galten vor dem Gesetze gleich, unabhängig davon, über welches Kapital der einzelne verfügte (ob er Grund und Boden als Privateigentum besaß oder ob er ein Habenichts war, der nichts als seine Arbeitshände hatte). Alle sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz schützt alle in der gleichen Weise, schützt das Eigentum, so einer solches besitzt, vor den Anschlägen gegen das Eigentum seitens jener Masse, die, ohne Eigentum zu haben, ohne etwas anderes zu haben als ihre Arbeitshände, allmählich verarmt, verelendet.“ (Lenin, „Ueber den Staat“.) Das ist die demokratische Verfassung.

Verfassungsfragen sind Machtfragen. Verfassungen werden erst nach heftigen, verbissenen Kämpfen um die reale Macht — um den Besitz und die Beherrschung der Produktionsmittel und des Staates —, nach der Niederzwingung der einen Klasse durch die Siegerklasse geschaffen, um die neu zustandegekommenen Machtverhältnisse, den neuen Herrschaftszustand der Siegerklasse zum Gesetz zu machen und als „gesetzlich“ zu verankern.

So ist die von Ebert als „freieste der Welt“ gepriesene Weimarer Verfassung erst nach dem Verrat der Ebert-Scheidemänner, nach dem Sieg der deutschen Bourgeoisie über die Arbeiterklasse zustandegekommen, nach der Bezwingung von Spartakus, nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, nachdem die revolutionären Erhebungen in Berlin, Bremen, München durch die Noske-Horden blutig erstickt worden sind, nachdem 15 000 Proletarier als namenlose Helden der deutschen Revolution hingemordet waren.

Verfassungsfragen sind Machtfragen.

Die deutsche Bourgeoisie schuf sich 1919 eine Verfassung, die ihr das kapitalistische Privateigentumsmonopol, das Recht auf Ausbeutung der Arbeitskraft sicherte, eine Verfassung, die ihr die Ausübung und Aufrechterhaltung der Diktatur über die werktätigen Massen in „gesetzlicher“ Form ermöglichte. Die deutsche Bourgeoisie schuf sich eine Verfassung, in der „das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit dem Reichen wie dem Armen verbietet, unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen“. (Anatole France.)

Die deutsche Bourgeoisie schuf sich eine Verfassung, die die kapitalistische Diktatur in demokratische Formen kleiden, sie umhüllen und unkenntlich machen soll.

Das ist die Verfassung der bürgerlich-demokratischen Republik, die Weimarer Verfassung.

*

Immer mehr spitzen sich die Klassengegensätze zu, immer näher rückt der neue imperialistische Krieg, der Krieg des Weltkapitals gegen die Sowjetunion. Je größer die Ausbeutung und Unterdrückung, desto schärfer die Rebellion der Massen. Die althergebrachte „demokratische“ Verhüllung der Kapitalsherrschaft beginnt zu versagen. Die bürgerlichen Parteien und der bürgerliche Parlamentarismus befinden sich in einer schweren Krise, verlieren das Vertrauen der Massen. Das Finanzkapital sucht seine Herrschaft zu erhalten, indem es immer mehr die „demokratischen“ durch faschistische Methoden ersetzt. — Und der Reformismus entwickelt sich zum Hauptträger der kommenden faschistischen Diktatur, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zur deutschen faschistischen Miliz. Der Sozialfaschismus sucht die Massen zu mobilisieren unter der Parole des Schutzes der Weimarer Verfassung: die sich zersetzende demokratische Form wird zum Aushängeschild der faschistischen Diktatur. Wer am 11. August für die Weimarer Verfassung demonstriert, der demonstriert tatsächlich für die neue faschistische Diktatur (die Wels in Magdeburg unverhüllt angekündigt hat), für den organisierten Streikbruch, für den kommenden imperialistischen Krieg.

Darum demonstrieren am 11. August die klassenbewußten deutschen Arbeiter gegen den demokratisch maskierten Sozialfaschismus, gegen die bürgerliche, für die proletarische Diktatur!

Anton.

32 Streikende erschossen

Die Sozialdemokratie verteidigt den Mord

(Eig. Meldg.) Bukarest, 7. August.

Die Abendausgabe der „Germania“ berichtet über die Vorfälle im Streikgebiet von Lupeni, daß die Zahl der Toten und Verwundeten sich höher erweise als ursprünglich angenommen wurde, da auf den Feldern und neben den Eisenbahngleisen noch mehrere Arbeiter, die anscheinend schwer verwundet wurden und auf der Flucht zusammengebrochen waren, tot aufgefunden wurden. Die rumänische Presse gebe die Zahl der Opfer mit 32 Toten und 106 Verwundeten an. Das Blatt berichtet weiter, daß infolge der Erregung der Arbeiterschaft die sozialdemokratischen Abgeordneten des rumänischen Parlaments wegen der Vorfälle von Lupeni bei der Regierung vorstellig geworden sind. Sie fordern eine genaue Untersuchung.

Während die bürgerliche Presse die ganzen Vorfälle von Lupeni nur registrierend wiedergibt, ohne gegen die Arbeiter bzw. für die mordende rumänische Soldateska Stellung zu nehmen, besitzt der Abend-„Vorwärts“ die Stirn, die Bluttaten des rumänischen Militarismus gegen die Streikenden indirekt zu verteidigen und von „nichtsnutzigen bolschewistischen Drahtziehern“ zu schreiben. Dabei ist der Abend-„Vorwärts“ nicht einmal in der Lage, einen eigenen Bericht über die ganzen Vorfälle zu bringen. Trotzdem benutzt er das Blutbad der rumänischen Militärs gegen die Streikenden zu einer unerhörten Hetze gegen die Kommunisten. Ob durch die Schandtaten sozialdemokratischer Polizeipräsidenten in Deutschland Arbeiter getötet werden, oder ob dasselbe im Auslande geschieht, immer ist das Organ des Sozialfaschismus dabei, die Ermordeten anzuklagen und die Mörder in Schutz zu nehmen.

Die blutige Macdonald-Regierung

Acht Arbeiter in Indien ermordet

(Eig. Meldg.) London, 7. August.

Wie die „Daily Mail“ aus Kalkutta berichtet, hat die Lage, die durch den Streik der Arbeiter in den Jutefabriken in Kalkutta verursacht wurde, einen ernsten Charakter angenommen. Während der Nacht vom 6. auf den 7. August fand ein Kampf zwischen Streikenden, Fabrikwächtern und der Polizei bei Naihati, 38 Kilometer nördlich von Kalkutta, statt. Acht Personen wurden getötet und 20 verwundet. Polizeiverstärkungen sind in die Streikgebiete entsandt worden.

„Heraus gegen die Bourgeoisie-Verfassung“

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. August.

Die BL. der KPD. Berlin-Brandenburg veröffentlicht einen Aufruf „Heraus gegen die Bourgeoisie-Verfassung!“, in dem es u. a. heißt:

„Am 10. und 11. August feiern die Finanzmagnaten, die Herren der Industrie-Trusts, die Führer der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften, der Beamten-Apparat der kapitalistischen Ausbeuter, den 10. Jahrestag ihrer Verfassung.

Die Arbeiterklasse hat keinen Grund, diese Republik und ihre Verfassung zu feiern, sie hat allen Grund, diese Republik und ihre Verfassung auf das schärfste zu bekämpfen.

Nach dem Beispiel Hitlers bereitet das Reichsbanner in Berlin den Aufmarsch, der sich gegen die Arbeiterklasse richtet, zur Verfassungsfeier am 10. und 11. August vor. Die Reichsbannerrollkommandos führten in den letzten Tagen planmäßige Exkursionen in den proletarischen Vierteln von Berlin durch und schlugen wahllos Arbeiter, Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder nieder. Die sozialdemokratischen Führer kündigen offen für den 11. August eine „Abrechnung“ und den „Kampf mit der klassenbewußten Arbeiterschaft Berlins“ an.“

Der Aufruf schließt:

„Arbeiter! Arbeiterinnen! Die Kommunistische Partei ruft Euch auf, am 11. August, an dem Tage, an dem die kapitalistischen Ausbeuter ihre Verfassung feiern und der Sozialfaschismus triumphierend durch die Straßen des roten Berlins ziehen will, mächtige Kundgebungen durchzuführen, um Eure Kampfbereitschaft gegen die Bourgeoisie, ihre faschistischen und sozialfaschistischen Handlanger zu zeigen. Heraus zu den Massenkundgebungen am 11. August gegen die Verfassung des Kapitals, gegen Sozialfaschismus und Sozialimperialismus!“

Chinesische Grenzeinfälle auf russisches Gebiet

London, 8. August.

Ein neuer Einfall chinesischer Banden in russisches Gebiet wird aus Chabarowsk an der russisch-mandschurischen Grenze gemeldet. Den sowjetrussischen Truppen ist es, unterstützt von der mit Waffen ausgerüsteten Bevölkerung gelungen, die Banden in die Flucht zu schlagen und über die Grenzen zurückzutreiben.

Englands Vasallen im Haag

In der Mittwoch-Sitzung der Reparationskonferenz im Haag ging der Streit um die Quote weiter. Als erster sprach der französische Finanzminister Chéron gegen Snowden. Mit aller Entschiedenheit verfocht er den Standpunkt des französischen Imperialismus und bekannte sich zur unveränderten Annahme des Young-Planes. Dasselbe tat der italienische Delegierte, der Finanzminister Masconi. Stresemann gab eine Erklärung ab, daß er zu den internen Angelegenheiten der Gläubigermächte nicht Stellung nehmen wolle. Er beschränkte sich nur darauf, noch einmal zu unterstreichen, daß Deutschland bereit sei, auf der Grundlage des Young-Planes zu einer Lösung des Reparationsproblems zu gelangen. Sodann kamen in der heutigen Vormittagssitzung die Vertreter der kleineren Staaten, nämlich Portugals, Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands zu Worte, die ebenfalls sich gegen den Verteilungsschlüssel des Young-Planes wandten und im allgemeinen den Ausführungen des englischen Finanzministers Snowden beipflichteten. Alle diese Staaten würden durch den Verteilungsschlüssel des Young-Planes benachteiligt.

Das Todesgebiet von Waldenburg

(Eig. Meldg) Breslau, 7. August.

Das „Tempo“ berichtet aus Breslau, daß die Zahl der Todesopfer in der Waldenburger Grubenkatastrophe sich auf 32 erhöht hat. In der Nacht zum Mittwoch starben zwei der Schwerverletzten. Weiter berichtet dasselbe Blatt, daß allein in diesem Jahre bis zum 31. Juli im Waldenburger Bergrevier 433 Bergleute verunglückt seien, davon 66 tödlich. Zum Schluß berichtet das „Tempo“ über einen Artikel, den das offizielle Organ des Bergbau- und Industrieverbandes, die „Bergbauindustrie“, in Dortmund veröffentlicht hat, in dem schwere Anklagen gegen die Verwaltung der Unglückszeche „Friedenshoffnung“ erhoben werden. In dem Artikel werden die bereits von der kommunistischen Landtagsfraktion erhobenen Anklagen wiederholt, wonach allein in diesem Jahre 19mal die Unglücksstelle als nicht wetterfrei befunden wurde, die Bergbaubehörden aber nicht einmal von diesen Tatsachen Kenntnis genommen, geschweige denn Abhilfemaßnahmen getroffen hätten.

Zur Erhöhung der nationalistischen Stimmung hat man Eckener angeordnet, am 11. August über Berlin zu erscheinen.

Die deutschnationale Regierung in Mecklenburg hat das Wohnungsmangelgesetz aufgehoben und damit den Weg zum hemmungslosen Mietwucher der Hausagrarier freigegeben.

Grzesinski ist in Spanien eingetroffen. Wahrscheinlich will er noch etwas von den dort angewandten faschistischen Methoden Primo de Riveras für seine Praxis erlernen.

In Streik getreten sind sämtliche Angestellte und Arbeiter des graphischen Gewerbes in Salzburg. Die Zeitungen erscheinen im verringerten Umfange.

In Holland hat man ein außerparlamentarisches Kabinett zustande gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0002

Von Eisenach bis Magdeburg

60 Jahre SPD.

...r die Eisenbahn ist's eine kurze Strecke — für die Welt-...ichte sind es 60 Jahre, nämlich vom Gründungskongreß „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" in Eisenach 1869 zum Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie in Magde-... — für die Entwicklung des sozialistischen Gedankens ist ein ungeheurer Abstieg!

...m 7. bis 9. August 1869 war von deutschen Anhängern Internationalen Arbeiterassoziation, das heißt vor allem von dem linken Flügel der Arbeiterbildungsvereine, die im September 1868 auf ihrem Vereinstag in Nürnberg ...r Bebels Führung aus bürgerlich-demokratischer Gefolg-...t losgelöst und der 1. Internationale angeschlossen ...en, ein allgemeiner deutscher sozialdemo-...tischer Arbeiterkongreß nach Eisenach ein-

...llgeld in voller Höhe des Lohnes

...r die Dauer von 26 Wochen beschloß die Konferenz so-...aldemokratischer Frauen schon im Jahre 1911. Im April ...29 wurde dieser von den Kommunisten gestellte Antrag ...n der Sozialdemokratie jedoch niedergestimmt.

Arbeiterfrauen in Fabrik und auf der Scholle! Schließt ... zusammen! Wählt Delegierte zum Kongreß werktätiger ...en, der im September in Halle stattfindet.

...en worden. Er brachte freilich noch nicht die erhoffte ...igung der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands. Lassalleaner, die seit 1863 im Allgemeinen deutschen Ar-...verein ihre Organisation besaßen, wollten noch nicht. So wurde nun den Lassalleanern gegenüber, denen man ...sächlich die politische Unzuverlässigkeit ihres Führers ...eitzer vorwarf, die marxistische Linke durch August Bebel Wilhelm Liebknecht zu einer eigenen Partei zusammen-...t: die Eisenacher oder die „Ehrlichen", wie sie in bezug ihre Angriffe gegen die Korruption der Schweitzerianer genannt wurden. Der Kongreß war von 262 Delegier-...besucht, die 140 000 Arbeiter vertraten. Doch ist diese Ziffer wohl etwas nach oben hin abgerundet. Die Las-...aner, mit denen eine gemeinsame Tagung sich als un-...ich erwies, hielten einen von 110 Delegierten besuchten ...rkongreß ab.

...s Eisenacher Programm der Sozialdemokrati-... Arbeiterpartei Deutschlands, in dem offen die Zu-...igkeit zur Internationalen Arbeiterassoziation aus-...ochen wurde, soweit das damals vereinsgesetzlich möglich war jedoch keineswegs schon völlig theoretisch hieb- und ...t. Man forderte den „freien Volksstaat", den „vollen ...isvertrag" usw. Marx, der bekanntlich das spätere ...promißprogramm, das die schließliche Einigung den Lassalleanern in Gotha 1875 besiegelte, heftig ...isiert hat, hätte auch schon am Eisenacher Programm ...es aussetzen können. Und doch war es begreiflich, daß ... und Engels an solchen Unzulänglichkeiten 1869 noch Anstoß nahmen, wie bei dem offensichtlichen theoreti-...Rückschritt 1875. In der Zugehörigkeit zur Internatio-...ien der Weg geebnet, um das Programm immer besser ...Geist des wissenschaftlichen Sozialismus anzupassen. Und ...n Persönlichkeiten der Führer Bebel und Liebknecht sahen ... und Engels immerhin genügend Garantien für die ...icklung auf der Bahn des revolutionären und proletari-... Sozialismus.

...an muß der jungen in Eisenach gegründeten Partei zu-...en, daß sie sich ehrlich zu den drei Grundprin-...en des Marxismus bekannte: zur Internatio-...ität, zum proletarischen Klassenkampf und sozialistischen Endziel. Die Gründung der ...i war „ein Schritt wirklicher Bewegung". Und ein ... war nach Marx' Ausspruch immer wichtiger als ein ...end Programme. Zehn Jahre später lag die ...i schon unter dem Fallbeil des Bismarckschen Aus-...megesetzes, sicherlich der beste Beweis für ihren ...als noch revolutionären Charakter und ihre abgrundtiefe ...dschaft gegenüber dem bürgerlichen Staat.

...er was hat die heutige SPD. noch mit den Tra-...nen von Eisenach gemein? Von der Internationalität ...t man zum Völkerbund, vom Klassenkampf zur friedlichen Koalition, vom Sozialismus zum ...hlorganisierten Kapitalismus". Und ...lich — von einer polizeilich verfolgten Partei von ...ern und Landesverrätern" — zu den polizeilichen Ver-...ern der Kommunistischen Partei der „Hetzer und Landes-...äter"!

Duncker.

Selbstentlarvung der Sozialfaschisten

...D.-Stadtrat über den Raub der Ostchinabahn

...Breslau hielten die Jungsozialisten in der vorigen ...he eine Versammlung ab, in der der Stadtrat Schramm ...r die **„Ursachen des russisch-chinesischen Konflikts"** sprach. Die ...lauer sozialdemokratische „Volkswacht", die in den letzten ...chen gleich der übrigen sozialdemokratischen Presse in der ...logensten Weise zum Kriege gegen die Sowjetunion hetzte und auf die Seite der Henker-Regierung Tschiangkai-...eks stellte, ist gezwungen, den Vortrag Schramms u. a. mit ...enden Worten wiederzugeben:

Der Streit entbrannte um die Eisenbahn in der Nord-...dschurei. Um die Jahrhundertwende von in China investierten ...pitalien Japans und Rußlands erbaut. Nicht aus Liebe zu ...na, sondern zu dem imperialistischen Zweck der wirt-...schaftlichen Erschließung dieses Vierhundert-Millionen-Reiches. Bei ...Beurteilung der jetzigen Situation müssen wir dran denken, ...che tiefe Wirkung auf die asiatischen Völker das Ende der Zaren-...rschaft hatte. Seit Jahrzehnten arbeiteten die Bauern ...d Arbeiter der afrikanischen und asiatischen Völker für fremde ...ren, europäische Kapitalisten, die mit brutaler Gewalt auf dem ...ken der Farbigen Profite anhäuften. Der Oktober 1917 ...er ließ diese Völker aufhorchen. Aus Rußland kam der Ruf der ...reiheit. Der Oktober 1917 gab der Freiheits-...wegung der Kuomintang in China neuen Anstoß. Bür-...r und Arbeiter in China regten sich, organisierten den ...mpf gegen die europäische Fremdherrschaft. Unterstützt von ...ßland, dem Lande der Freiheit. Das Rußland der Ar-...iter verzichtete als einziger Staat auf jegliche Vor-...achtstellung in China. Ein Freundschaftsvertrag vom 31. Mai ...24 krönte das Bündnis des revolutionären Rußlands ...d Chinas. Ein Vertrag, der gleichzeitig die Frage der man-...urischen Bahn regelte. Rußland verzichtete auf alle Vor-...echte, wie Militärkonzentrationen in China im Ge-biet der Bahn, eigene Verwaltung und Gerichtsbarkeit usw. Paritätisch, 50 Prozent Russen und 50 Prozent Chinesen, sollte die Bahn verwaltet werden. Ein Wutschrei der bürgerlichen Pressemeute folgte diesem Vorgehen Rußlands, war doch damit die Vormachtstellung der Weißen durchbrochen. Doch die Situation in China wandelte sich. Tschiangkaischek wurde zum Konterrevolutionär. Das Proletariat in China wurde nun von seiner eigenen Bourgeoisie niedergetrampelt. Selbstverständlich weilten die Sympathien Sowjet-Rußlands an der Seite des chinesischen Proletariats. Kommunistenverfolgungen setzten ein. In Massen wurden die Kommunisten hingemordet. Die russischen Beamten der mandschurischen Bahn wurden drangsaliert, russische Konsulate durchstöbert und endlich hatte Tschiangkaischek was er brauchte, russische Flugschriften, Aufrufe und „Aufmarsch"-Pläne gegen China wurden gefunden. Laut schrie es die bürgerliche Presse in die Welt. Gewaltsam wurden nun die russischen Beamten aus China verdrängt. Die Bahn besetzte China mit Militär. Das war ein Bruch der diplomatischen Gepflogenheiten, ein Schlag ins Gesicht Sowjet-Rußlands. Rußland mußte sich zur Wehr setzen. Es antwortete mit einem Ultimatum. Das war nun das Signal für alle Rußland-Gegner. Rußland will den Krieg! Das, obwohl Rußland im Ultimatum erklärte, daß es keinen Krieg wünscht, nach wie vor sich für den Frieden einsetze." (!)

Diese Ausführungen eines sozialdemokratischen Funktionärs, die dieser sicher auch nur unter dem Druck der Stimmung unter der SPD.-Arbeiterschaft machte, sind geeignet, mit einem Schlgae die ganze bisherige Kriegshetze der SPD.-Presse gegen die Sowjetunion zu entlarven. Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen diese Rede nur dem demagogischen Kriegsaufruf der 2. Internationale entgegenstellen, und sie werden erkennen, in welch schamloser Weise sie von den SPD.-Führern betrogen und diese in einer Front mit den imperialistischen Kriegshetzern stehen.

Daraus können sie insbesondere in der jetzigen gespannten politischen Situation der sich verschärfenden imperialistischen Kriegsgefahr nur die Lehre des entschlossenen Bruches mit dem Reformismus ziehen.

Preußenregierung gegen Arbeitslose!

Haupttreiberin beim Abbau der Unterstützung

Die kommunistische Landtagsfraktion hat am 2. August folgende Kleine Frage eingebracht:

„In dem Bericht des „Vorwärts" (Morgenausgabe) vom 1. August 1929 über eine Tagung des Bundesausschusses des ADGB. werden u. a. Feststellungen über die Haltung der Ländervertreter zu der geplanten arbeiterfeindlichen Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in dem vom Reichsarbeitsminister Wissell eingesetzten Sachverständigenausschuß gemacht.

Der Berichterstatter stellt fest:

„. . . Aber auch die im Ausschuß vertretenen Länderregierungen hätten sich weitgehend bereit gezeigt, an Verschlechterungen der Versicherten mitzuwirken. Leider müsse dieser Vorwurf in vollem Umfange besonders gegenüber dem preußischen Vertreter erhoben werden. . . ."

Wir fragen:

1. **Welche Stellung hat der preußische Vertreter im Sachverständigenausschuß zu den arbeiterfeindlichen Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung eingenommen?**
2. **Entspricht diese Stellungnahme den Anweisungen der Staatsregierung und wird sie von ihr gebilligt?**

Durch diese Kleine Frage wird die preußische Regierung gezwungen werden, offen Farbe zu bekennen. Hinter den Kulissen waren es bisher neben Wissell und Hilferding vor allem die sozialdemokratischen Minister in der Preußen-Regierung, die auf einen entscheidenden Abbau der Arbeitslosenunterstützung drängten.

Die proletarischen Frauen im Kampf

In Dessau tagte am Sonntag, dem 4. August, eine Konferenz der werktätigen Frauen des Bezirks Magdeburg-Anhalt, die sehr gut besucht war. Die in den einzelnen Orten gewählten Delegiertinnen nahmen im Beisein vieler Frauen, die als Gäste erschienen waren, zur Lage der werktätigen Frauen und zur drohenden Kriegsgefahr Stellung. Es waren Arbeiterinnen aus allen Industriegruppen, auch mehrere Landarbeiterinnen und Hausfrauen als Delegierte erschienen, die von dem Elendsleben, das sie führen, erzählten und von der Stimmung der Arbeiterinnen über die Frage eines Krieges der Imperialisten gegen die Sowjetunion berichteten.

Ebenfalls fand im Bezirk Westsachsen am Sonntag, dem 4. August, eine Konferenz der werktätigen Frauen statt, die in den „Kaiserhallen" in Leipzig tagte. Die Konferenz war von über 60 Teilnehmerinnen besucht, darunter 42 Delegierte. Der größte Teil der delegierten Frauen bestand aus Industriearbeiterinnen, die in den Großbetrieben der Textil-, Metall- und graphischen Industrie beschäftigt sind.

Auch Mitteldeutschland darf in diesem Kampfe nicht zurückstehen. Schon heute muß überall zum Kongreß werktätiger Frauen, der im September in Halle statfindet, Stellung genommen werden.

Bildprobe aus dem soeben erschienen Buch
TUCHOLSKY
Deutschland, Deutschland über alles
240 Seiten kart. 3.20 — Ganzleinen 5.—
Neuer Deutscher Verlag / Berlin W 8
Zu beziehen durch unsere Buchhandlungen

Zum Verfassungstag

„Eine Zensur findet nicht statt" (Artikel 118 der **Reichsverfassung**).

Es gibt noch immer Leute, die sich einbilden, die Reichsverfassung, deren zehnjähriges Bestehen am 11. August gefeiert werden soll, habe jedem Deutschen das Recht der freien Meinungsäußerung gebracht, die Zensur abgeschafft und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. In der Praxis kümmern sich die Regierungen einen Dreck um die schönen Sätze der Reichsverfassung, und besonders von Bayern sind wir gewohnt, daß Verfassungsbestimmungen ohne jeden praktischen Wert sind.

Artikel 118 der Reichsverfassung bestimmt:

„Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht."

So steht es in der Reichsverfassung.

Das bayrische Staatsministerium des Innern aber hat am 8. Mai 1929 oberpolizeiliche Vorschriften über die öffentliche Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften erlassen, deren § 1 lautet:

„Plakate, Flugblätter und Flugschriften dürfen an und auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen nur dann angeschlagen, ausgestellt, verbreitet oder sonst der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden, wenn sie lediglich Ankündigungen über nicht verbotene Versammlungen oder in geschäftlicher Form gehaltene wirtschaftliche oder Vergnügungsanzeigen enthalten."

Damit sind also sämtliche politischen Plakate, Flugblätter und Flugschriften in Bayern für die öffentliche Verbreitung verboten. Nur Versammlungen dürfen angekündigt werden und der § 1 dieser Verordnung bestimmt, daß solche Versammlungsankündigungen „nur die zur Bekanntgabe der Versammlungen und Einladungen hierzu erforderlichen rein sachlichen Angaben über Veranstalter, Ort und Zeit der Versammlung, Redner, Tagesordnung, Aussprache und Bedingungen des Eintritts" enthalten dürfen.

Der Widerspruch zur Reichsverfassung liegt auf der Hand. Aber diese Polizeiverordnung enthält noch mehr solcher Widersprüche.

Der § 2 der Verordnung bestimmt, daß Plakate, Flugblätter und Flugschriften mindestens 24 Stunden vor ihrer öffentlichen Verbreitung der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen sind. Die Polizeibehörden schlußfolgern daraus sogar das durch die Reichsverfassung direkt verbotene Recht der Vorzensur.

Es ist also eine Lüge, wenn von den Freunden der Weimarer Verfassung erzählt wird, es gäbe ein Recht der freien Meinungsäußerung in Deutschland und die Vorzensur sei abgeschafft. Diese schönen Sätze der Reichsverfassung sind nur für die Dummen da.

Kampfbeschluß der München-Gladbacher Metallindustrie

Die Betriebsrätevollversammlung der München-Gladbacher Metallarbeiter hat einen Schiedsspruch zu ihrem Lohn- und Arbeitszeittarif einmütig abgelehnt. Der Schiedsspruch besagte, daß eine Lohnerhöhung von insgesamt 2½ Prozent erfolgen und der Tarif selbst bis zum 31. Dezember 1930 Gültigkeit haben sollte. Die Forderungen der Metallarbeiter aber lauteten:

1. Wegfall der vierten Lohnklasse und der Lohnspannen sowie Herabsetzung des Berechnungsalters auf 21 Jahre.

2. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Pf. die Stunde.

3. War die 48-Stundenwoche zum Arbeitszeitabkommen gefordert worden und dazu die Erhöhung der Ueberstundenprozente.

Der Lohnschiedsspruch setzte wohl das Höchstalter auf 22 Jahre fest und brachte auch einige geringe Zugeständnisse in bezug auf die Lohnspanne, dagegen sollte die alte Arbeitszeit unverändert bestehen bleiben.

Die München-Gladbacher Metallarbeiter haben unter der Führung ihrer oppositionellen Ortsverwaltung das Schlichterdiktat abgelehnt und trotz der Sabotage der christlichen Gewerkschaftsführer und der Bezirksleitung des DMV. beschlossen, den Kampf um die von ihnen aufgestellten Forderungen aufzunehmen.

Polizeimassaker sollen bezahlt werden

Die bürgerlich demokratische Presse spielt sich besonders gern als human und arbeiterfreundlich auf. Im gegebenen Moment hat sie aber noch immer gezeigt, daß sie genau so rücksichtslos und brutal die kapitalistischen Interessen vertritt, wie jedes Hugenberg-Blatt. Z. B. veröffentlicht die „Berliner Volkszeitung" vom Dienstag, ein Ableger des „Berliner Tageblatt", einen kurzen Leitartikel. Unter der Ueberschrift „Erfaßt den Putschisten-Geldsack" macht dieses Organ folgenden Vorschlag:

„Die Polizeibehörden müssen das Recht und die Pflicht haben, vor der Veranstaltung von öffentlichen Kundgebungen der Knüppelpolitiker (gemeint sind die Kommunisten. D. Red.) die Hinterlegung einer Geldsumme zu fordern. Diese Summe könnte etwa das Doppelte der durch den polizeilichen Sicherheitsdienst erforderlichen Kosten betragen, der eine Hälfte bei ruhigem Verlauf der Kundgebung wieder zu erstatten wäre. Man darf überzeugt sein, daß dieser Griff an den Geldbeutel der Putschparteien in Kürze Wunder wirken würde."

Es ist selbstverständlich, daß diese Forderung die Polizeiprovokationen obendrein noch zu bezahlen, sich nur gegen die Kommunisten richtet. Die „verfassungstreuen" Parteien, wie Reichsbanner, Stahlhelm und Nazis, bekommen obendrein noch staatliche finanzielle Unterstützung. Wenn also wieder einmal in Zukunft sozialdemokratische Polizeipräsidenten ihre Polizeigarden auf demonstrierende Arbeiter hetzen, und wie Zörgiebel am 1. Mai ein Massaker unter ihnen anrichten, dann dürfen die massakrierten Arbeiter das noch bezahlen. Feine Aussichten! Die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands wird am 11. August am Verfassungstag der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Handlangern auch für diese Unverschämtheit eine gebührende Antwort geben.

Ein neues Lob für Severing

(Eig. Meld.) **Berlin, 7. August.**

Das deutschnationale Organ „Die Berliner Börsenzeitung" veröffentlicht in ihrer heutigen Abendausgabe einen langen Artikel zum Verbot des Films „Revolte im Erziehungshaus". Die Berliner Börsenzeitung stellt Severing ein uneingeschränktes Lob für sein Verhalten aus und gibt dann einen längeren Auszug aus der Begründung des Verbots an. In dieser Begründung heißt es wörtlich: „Die Revolte im Erziehungshaus" werde sich auf die Zuschauer, die diesen Bildstreifen sehen, ausdehnen. Infolge der Herabsetzung und Verunglimpfung öffentlicher Einrichtungen werde die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet und es müsse daher der Bildstreifen nach dem Lichtspielgesetz verboten werden."

Der Beifall des deutschnationalen Blattes mit den Zensurmaßnahmen Grzesinskis und Severings zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern aufs deutlichste, in welcher Front sich ihre Führer und ihre ganze Partei befinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0003

Nur bis 9. August! Halle-S., Roßplatz

Circus J. Busch

Morgen Freitag: **2 Vorstellungen** 1783
nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr
Nachm. halbe Preise für Kinder. Spielplan wie abends

Circus unter Wasser

Völker- u. Tierschau! 10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds. Stündl. Vorstellung v. Indianern

Vorverkauf: Zig.-Gesch. Steinbrecher & Jasper, Rathausstr., Fernspr. 26369 und am Circus, Fernspr. 32631

---

8 Fabrik-Reklame-Tage

zu weit herabgesetzten Sommer-Preisen!

1780

Unser Arbeiterstamm soll auch während der stillen Zeit voll beschäftigt werden.
Aus diesem Grunde bieten wir Ihnen heute etwas Außergewöhnliches!

Nur 15 Mark Anzahlung

auf diese 3 Spezial-Angebote!

Anzüge in modernen Farben, gute Ware, stabile Verarbeitung ...... nur Mk. **47.–**
Rest in 16 Wochen-Raten!

Anzüge elegante Form, ein- und zweireihig, schöne Farben .... nur Mk. **59.–**
Ausweis bitte mitbringen!

Anzüge aparte Muster, beste Ausstattung, in jeder Art ..... nur Mk. **68.–**
Beachten Sie unsere Fenster!

Bitterfeld Kirchstraße 15 — **Schmitz & Co.** — **Halle a. S.** Neumarktstraße 6

Walhalla

Dir. O. Kleinhanns Fernruf 28380
Täglich 20 Uhr 1785
Ein Jubel ohnegleichen herrscht täglich in der reizenden Ausstattungs-Revue:

„Wie einst im Mai"

30 Bilder
50 Mitwirkende. Ein Genuß für Auge, Ohr, Gemüt u. Herz! Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

Edison-Theater

Goethestraße 26
Freitag bis Sonntag 19 und 20.30 Uhr
Die Katastrophe eines Ozeanriesen
Die Karriere eines Boxers aus d. Elends- und Lasterviertel Newyorks in 9 Akten
Die Carmen von St. Pauli 1778
Ein spannender Seemannsfilm aus d. Verbrech.- u. Schmugglerkreisen. 7 Akte
Außerdem kostenlose Verlosungen von **Pat und Patachon** für Erwachsene u. Kinder

Volkspark

Morgen, Freitag, 20 Uhr:
Großes Konzert
(Liederabend)
ausgeführt vom **Volkschor, Halle** und der **Gesangsabteilung des A.-B.-V. Lettin** 1776

W. Zimmermanns Fahrrad-Miniatur-Karussell

Stand: Schützenplatz Zeitz, gegenüber Haases Achterbahn 1773
Eine Freude für die Kleinen!
Um regen Zuspruch bittet **Der Besitzer**

Ungemein wichtig

für jedermann sind meine sehr vorteilhaften Angebote. — Alles staunt über **die überaus billigen Preise!**

Pilothosen, engl. Lederhosen, 4.95 3,75 **2,95**
Schlosserjacken u. -hosen 2,75 1,95 1,50 **0,95**
Weiße Drellhosen, sehr schwer, nur **3,75**
Sommerjacken u. -hosen 4,50 3,75 **2,95**
Herren-Anzüge, neueste Muster 42,00 39,00 24,00 **17,50**
Windjacken, Breecheshosen, Berufskleidung denkbar billigst 1767

M. PRESSLER
Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 17
Gegenüber der Allgemeinen Ortskrankenkasse

Vogelfutter

für Kanarien, Waldvögel, Papageien, Sittiche usw.
— **Vogelsand** —
Wilh. Greil,
Erfurter Samenhandlung
Markt 15
(Der Eckladen am Kühlen Brunnen) 1777

Wanzen alles Ungeziefer vertilgt sof. nur **„Riesolda", Steinweg 10**

Volksbuchhandlung Wittenberg

Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Entgegennahme sämtlicher Aufträge an
Drucksachen u. Inserate

Freitag früh
frische Wurst sowie alle Sorten Fleischwaren 1763
ff. Würstchen und Sülze
Fr. Becker, Wittenberg, Kurfürstenstraße 10a

Radfahrer!

Gummi ist billiger geworden! 1786

Fahrraddecken, gutes Leinen	1,75
Fahrraddecken, mittelschwere Ausführung	2,70
Fahrraddecken, rote Qualität	2,95
Fahrraddecken, extra prima	3,45
Schläuche, prima prima ..	0,95
Schläuche, extra prima ...	1,50
Schläuche, extra starke Ausführung	1,90

Sämtliche Ersatzteile:
Lenkstangen, Luftpumpen, Glocken Griffe, Pedalen, Sattel, Lampen Freiläufe, Vorder- und Hinterräder
außergewöhnlich billig!!
Behördlich zugelassener 1459
Rückstrahler 0,45

Karl Möller
Schmeerstraße 1
Größtes Spezialgeschäft. Eig. Werkstatt
Versand n. auswärts ohne Portoberechn.

Selten günstiges
Angebot
in
Polstermöbeln
Ruhebetten
35 ℳ 54 ℳ 60 ℳ 81 ℳ
Sofas 1752
nur gute Arbeit
55 ℳ 75 ℳ 95 ℳ 105 ℳ 140 ℳ 160 ℳ 172 ℳ
Polstersessel
von 45 ℳ an
Jungbluts Möbelhaus,
Albrechtstraße 37

Leder
zu bekannt billigen Preisen 1754
Sommer & Kurzhals
Albrechtstraße 46
Ecke Geiststraße

1755
Freitag
Schlachtefest
V. 9 Uhr an Wellfleisch
P. Kühlewind,
Schwetschkestraße 28

Ehrenerklärung
Die Beleidigung, welche ich gegen Herrn **Paul Gräfenhain in Grana** ausgesprochen habe, nehme ich zurück, da selbige auf Unwahrheit beruht
Frau **Martha Pohle**
Theißen 1764

Ehrenerklärung
Die Beleidigung, welche ich gegen Herrn **Paul Gräfenhain** i. Grana ausgesprochen habe, nehme ich zurück, da selbige auf Unwahrheit beruht
Fr. Anna Brandt,
Theißen 1765

Frisches Fleisch
sowie alles andere
Max Frommelt
Zeitz 1772

Baugenossenschaft Roitzsch

e. G. m. b. H.
Sonntag, den 18. August, 14 Uhr, in der Gemeindeschänke:

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes. Revisionsbericht. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
2. Statutenänderung
3. Anträge der Mitglieder. (Die Anträge müssen bis Donnerstag, den 15. August, beim Vorstande eingereicht sein)
4. Genossenschaftliches

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates
Otto Hürthe 1775

Volksbuchhandlung

Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel

Hugo Schädel, Zeitz

Größtes Fischwaren-Geschäft am Platze 1758

Werbt für den Klassenkampf

Ein ganz hervorragender süßer Wohlgeschmack meiner Dosenmilch

Marke Goldlilie

hat ihr schnell den Namen 1781

Lilienmilch

eingebracht, es ist aber allerbeste fettreiche Kuhmilch, mit größter Sorgfalt eingedickt, wie schöner Rahm.
Etwas Obst, ein wenig Dosenmilch gemischt, geben eine nahrhafte, ganz delikate Sommerspeise

Dose **50** Pf.

Werbt f. d. Rote Hilfe

Ernte-kranz Schleifen Fahnen Puppen
Harken — Sensen
Gedichtsbücher
Sträuße
empfiehlt in nur **neuen** Mustern
Albin Hentze
Schmeerstr. 24
1787

Achtung! Nie wiederkehrende Gelegenheit!
Des großen Andranges wegen verlängere ich meine 1786

Werbe-Tage

Decken Sie Ihren Bedarf in der
Chemnitzer Strumpfquelle, Halle
nur Große Steinstraße 53
Größtes Spezialhaus dieser Art Halles
Neu eingetroffen: **Unterröcke**, echte Milanaise, alle Farben, alle Größen
Schlüpfer, echt Milanaise, Gr. 42-44 ℳ 4,25, Gr. 46-48 ℳ 4,50
Unterröcke, Charmeuse-Art, reich mit Spitze garniert, Gr. 42-44 ℳ 3,95, Gr. 46-48 ℳ 4,25, Gr. 50 ℳ 4,75
Unterröcke, Charmeuse-Art, mit elegantei Spitze, neu eingetroffen Gr. 42 ℳ 4,35, Gr. 44 ℳ 4,65, Gr. 46 ℳ 4,85, Gr. 48 ℳ 5,15
Schlüpfer, Charmeuse-Art, Gr. 42-44 ℳ 2,50, Gr. 46-48 ℳ 2,75, Gr. 50 ℳ 3,00
Außerdem empfehle ich:
Thala-Strumpf, meine bekannte, feinmaschige Qualität, alle Farben ℳ 1,95

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!

10 billige Bettentage

beginnend am 9. August
Metallbetten....von 48 Mk. an
Holzbetten.....von 68 Mk. an
(komplett mit 3teiliger Auflegematratze)
Bernhard Schormann
Große Märkerstraße 7
(im Hause des „Volksblatt") [1784

Ansichtskarten empfiehlt die Buchhandlung Lerchenfeldstraße 14

Bekanntmachungen

Stallung und Wartung für die städtischen Ziegenzuchtböcke gesucht. Mündliche Angebote Rathaus, Zimmer 10, binnen einer Woche erbeten. [1762
Eisleben, den 7. August 1929. **Der Magistrat.**

Die Leichenhalle einschl. der Fundamente auf dem Gemeindegrundstück Wilhelmstraße Nr. 24 ist auf Abbruch gegen Meistgebot zu verkaufen.
Angebote sind bis zum 12. d. M. im Rathaus, Zimmer Nr. 2, abzugeben. Evtl. Auskünfte werden im Bauamt (Zimmer 13) erteilt. [1768
Piesteritz, den 5. August 1929. **Der Gemeindevorsteher. Kuntz.**

Wegen Umzugs sind die Büros des städtischen Wohlfahrts- und Wohnungsamtes am Freitag, dem 9. d. M., geschlossen. [1769
Magistrat Delitzsch.

Auch bei 40 Grad H[...]
liefert die
Nordsee
blutfrische Qualitätsw[...]
von täglich frischen Zuf[...]
Preise für Freitag
Grüne Heringe ....
Seelachs ohne Kopf ..
Goldbarsch ohne Kopf .
Seelachsfilet .....
Goldbarschfilet ....
Kabeljau ohne Kopf ..
Schellfisch ohne Kopf .
Makrelen ......
Heilbutt 3–4 pfündig .
Heilbutt 5–8 pfündig .
Heilbutt im Anschnitt .
Ferner:
Eine besondere Delik[...]
sind unsere fetten, zarten, [...]
Bückling
Pfund nur 60 Pf[...]
½ Pfund ...... nur 30 [...]
Auf jeden Fall probieren Si[...] Ware
ff. geräuch. Makrelen ½ [...]
Alle anderen Räucherwaren eb[...] frisch
1 Waggon Marina[...]
aus neuen deutschen Heringen, e[...] eine Delikatesse

Den geehrten Bewohnern [...] und Land zur Kenntnis, da[...]
jetzigen Schützenfest in [...]
mit meiner
Vogel- u. Goldfisch[...]
anwesend bin
Bitte um gütige Unterstützung
Gustav Härl[...]

Familien-Nachricht[...]

Nachruf
Am 3. August, 16 Uhr, verschied [...] längerer Krankheit im Krankenhaus [...] Hohenmölsen unser Mitglied, Frau
Selma Wuttke, geb. Gab[...]
im 59. Lebensjahre. Auch sie hatte [...] trotz ihres Alters, der Kirche den R[...] gekehrt
Wir werden ihrer stets gedenken
Die Ueberführung hat am Mittw[...] dem 7. August, stattgefunden
Verband für Freidenkertum u. Fe[...] **bestattung (Ortsgruppe Theißen)**

Mittwochmittag entschlief nach kurzem, schwerem Krankenlager meine liebe Frau, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Hildegard Sonneberg
geb. Silberberg
im 27. Lebensjahre
Die trauernden Hinterbliebenen
Diemitz, Breite Straße 31
Beerdigung findet Sonnabend, 16 Uhr, in Diemitz statt 1777

Einheitspreise

Feinfarbige Damen-Spangenschuhe
Braune Damen-Spangenschuhe ..
Lack Damen-Spangenschuhe **7.90**

Braune Herren-Halbschuhe
Lack Herren-Halbschuhe
Schw. Herren-Rindboxstiefel **9.90**

Freitag und Sonnabend erhält jedes Kind einen **Luftballon!**

Wiebach

Schuhwarenhaus
Nur Leipziger Str. 10

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0004

1. Beilage
8. August – Nr. 167

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Wie Dr. Bombe gefunden wurde

Ein geheimnisvoller Abschiedsbrief entdeckt

Die Untersuchungskommission an der Fundstelle

Die Leiche des am Ufer des Biekowsees in der Nähe der Zechliner Hütte gefundenen Landgerichtsdirektors Dr. Bombe sollte gestern noch nach Berlin übergeführt werden, nachdem sie von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben worden ist. Eine Obduktion findet nicht statt, da die Todesursache einwandfrei feststeht. Landgerichtsdirektor Dr. Bombe hat sich mit einer Parabellumpistole in die Schläfe geschossen. Der Schuß, der ins Gehirn drang, muß den sofortigen Tod herbeigeführt haben. Die Leiche war bereits in Verwesung übergegangen, die Löcher im Körper, die man zunächst für gewaltsame Verletzungen hielt, rühren von Käfern und Maden her.

Bei dem Toten wurden zwei Briefe gefunden. Der eine lautet: „Heute an meinem Geburtstage, dem 21. Juli, vormittags 10.15 Uhr, mache ich ein Ende." Der zweite Brief ist an den Präsidenten des Berliner Landgerichts III gerichtet, und man vermutet, daß er die völlige Aufklärung des Geheimnisses um Dr. Bombe enthält. Der Brief ist von der Kriminalpolizei nicht geöffnet worden.

Bombe hat offenbar mit voller Absicht zur Ausführung seines Entschlusses eine Stelle gewählt, an der er, auch wenn der Schuß nicht sofort tödlich wirkte, nicht so rasch gefunden werden konnte. Seinen Mantel hatte Bombe mit peinlicher Korrektheit zusammengefaltet neben sich ins Gras gelegt.

Republikanischer Aufschnitt

Eine Entdeckung zum Verfassungsrummel

Das Programmheft des Reichsbanners zum Verfassungsrummel enthält u. a. das unten wiedergegebene Bild mit der Unterschrift: „Hunderte von Reichsbannerkameraden leisteten die erste Hilfe bei dem großen Unglück in Berggießhübel".

Wir haben uns vergeblich bemüht, wenigstens ein Dutzend von den „Hunderten" auf dem Foto zu erkennen, müssen aber feststellen, daß 99 Prozent der auf dem Foto abgebildeten Nothelfer, die das Reichsbanner feierlichst für sich reklamiert — Rote Frontkämpfer sind. Jeder, der das Programmheft des Reichsbanners zur Hand nimmt, wird mit Leichtigkeit erkennen, daß die Bildunterschrift mit dem Bilde so viel zu tun hat, wie die Kuh mit dem Klavierspiel.

Gerade die SPD. hat in letzter Zeit eine wüste Hetze gegen die kommunistische Presse betrieben, weil den kommunistischen Zeitungen China-Bilder zugestellt waren, die nicht den Tatsachen entsprachen. Mit dem infernalischen Geheul von der „kommunistischen Bildfälschung" bestritt die SPD. tagelang den Kampf gegen den 1. Aug. und den „Roten Imperialismus" der Sowjetunion. Das heuchlerische Geschrei der SPD. verstummte auch nicht, als wir der SPD. eine tatsächliche bewußte Bildfälschung (JAH.-Kinder aus Waldenburg) nachwiesen.

Die Verfasser des Reichsbanner-Programmheftes können uns in diesem neuesten Bildbetrugsfalle nicht einreden, daß sie Reichsbannerleute mit Roten Frontkämpfern „irrtümlich verwechselt" haben. Wir bestreiten nicht, daß auch hier und da Reichsbannerleute in Berggießhübel als Nothelfer tätig waren. Wir stellen aber fest, daß tatsächlich und fast ausschließlich gerade die Roten Frontkämpfer im Katastrophengebiet hervorragend gearbeitet haben. Das mußte sogar die bürgerliche Presse zugeben, das beweisen alle Fotos aus dieser Zeit.

Bereits bei der Ankündigung des Reichsbannerrummels am 11. August in Berlin wurden gewaltig aufgeschnittene Zahlen für den Aufmarsch genannt. Mit 150 000 Reichsbannerleuten, die am 11. August aufmarschieren werden, begann der pompöse Schwindel. Je näher der 11. August heranrückt, desto kleiner wird die „Angabe". Heute spricht man nur noch von 50 000 Reichsbannerleuten. Selbst diese Zahl ist noch etwas reichlich zu hoch gegriffen. Genau so verhält es sich mit obigem Foto. In Ermangelung etwas Besserem wird willkürlich ein RFB.-Bild genommen, auf dem vielleicht zwei oder drei Reichsbannerleute zufällig mit zu sehen sind, und die Aufschneider der Republik machen daraus „Hunderte"! Interessant ist, daß der einzige Mensch auf dem Bilde, der klar als Reichsbannermann zu identifizieren wäre, im Vordergrund rechts, untätig in Aufseherpose herumsteht, während die Roten Frontkämpfer mit aufgekrempelten Aermeln schuften. Auch diese Pose des Reichsbannermannes ist echt republikanisch!

Die kommunistische Presse hat es nicht nötig, diesen läppischen Bildbetrug riesengroß aufzubauschen, um davon politisch vielleicht wochenlang zu zehren; denn die SPD. leistet sich täglich noch ganz andere Betrügereien größeren Formats; man denke nur an Kinderspeisung statt Panzerkreuzer und andere SPD.-„Parolen". —

Wir haben uns diesmal nur deshalb etwas ausführlicher mit diesem Bilderschwindel der Reichsbannergeneralität befaßt, um zu zeigen, wie widerlich verlogen und geheuchelt das Gebrüll der SPD.-Pressepiraten über einen Bildirrtum der kommunistischen Presse war.

Eine Flugzeughalle zusammengestürzt

Am Dienstagabend gegen 18 Uhr stürzte auf dem Flugplatz Oberwiesenfeld der Süddeutschen Lufthansa das 20 Meter hohe Laufgerüst des Neubaues einer Flugzeughalle zusammen. Drei Arbeiter fanden dabei den Tod, ein Arbeiter erlitt so schwere Verletzungen, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

„Zeppelin" zum Rückflug gestartet

„Graf Zeppelin" ist um 12.30 Uhr nachts nach amerikanischer Sommerzeit (5.39 mitteleuropäischer Zeit) zur Rückfahrt nach Friedrichshafen gestartet.

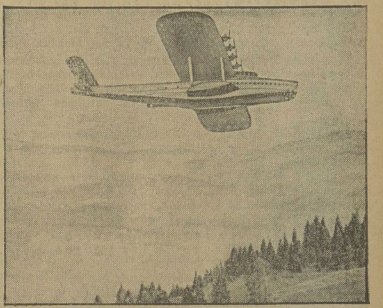
Der fällige blinde Reklamepassagier

Drei Stunden vor der für den Start des „Graf Zeppelin" vorgesehenen Zeit versuchten zwei junge Leute, sich an Bord des Luftschiffes zu schleichen, während die Lebensmittel verladen wurden. Der eine der beiden wurde an der Tür zum Frachtraum abgefaßt. Der andere entschlüpfte ins Innere des Luftschiffes, wo die Suche nach ihm begann.

Reklame für den Verfassungsrummel

Das Reichsverkehrsministerium hat namens der Reichsregierung Dr. Eckener in Lakehurst eingeladen, zur Feier des Verfassungstages am 11. August über Berlin zu erscheinen, damit auf diese Weise wenigstens ein paar Leute auf die Straße gelockt werden und die schwarzrotgoldene Pleite nicht allzu offensichtlich wird.

Riesenflugboot „Do X" in den Lüften



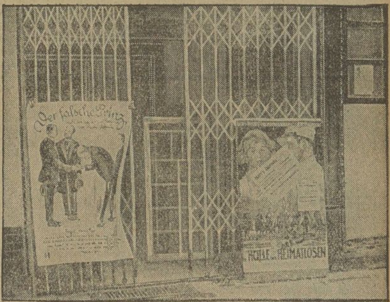
Der „Do X", das größte Flugboot der Welt, hat jetzt nach Abschluß der Belastungsproben seine ersten Höhenflüge versucht. — Unser Bild zeigt den Luftriesen über dem Gebiet der Voralpen auf der Schweizer Seite des Bodensees. Die Größe des Flugzeuges wird recht erkennbar, wenn man es mit den Bäumen des Berges vergleicht.

Die untreue Frau nackt durch das Dorf getrieben

Aus Arad in Ungarn wird eine barbarische Geschichte berichtet:

Im Dörfchen Jossashely hat sich in diesen Tagen ein Ereignis abgespielt, in dessen Mittelpunkt die Frau des Waldhüters Pavel Chin stand. Der Waldhüter Chin und seine Frau lebten seit längerer Zeit in ehelichem Streit. Die Frau hatte mehrere Geliebte. Im ganzen Dorfe munkelte man, und der erbitterte Mann sah sich veranlaßt, dem Treiben seiner Frau ein Ende zu bereiten. Er schleppte sie hinaus in den Wald, band sie dort an einem Baum fest, schor sie kahl, entkleidete sie und verbrannte ihre Kleider. Nachher trieb er sie nackt vor sich hin bis zu seinem Häuschen im Dorfe.

Chin wurde durch die Gendarmerie dem Aarader Staatsanwalt vorgeführt, wo er die rächerische Tat zugab, jedoch bemerkte, daß er so handeln mußte, um seiner Frau die Untreue auszutreiben. Chin erhielt keine Strafe, wurde jedoch wegen Verletzung des öffentlichen Anstandes verwarnt.



Harry Domela ist Kinobesitzer geworden

Vor einigen Tagen hat Harry Domela seinem Wanderleben Valet gesagt. Er ist jetzt ein braver Bürger geworden und hat den ehrsamen Beruf eines Kinopächters ergriffen, nachdem er noch vor einigen Jahren den deutschen Normalbürger durch seine Streiche dem Gelächter der Welt auslieferte. Am ersten Abend konnten die Besucher seines kleinen Theaters in Moabit ihn selbst in dem Film „Der falsche Prinz" bewundern. — Unser Bild zeigt die „Harry-Domela-Lichtspiele".

Vom Starkstrom getötet

Auf der Grube „Vereinigte Ville" sollte am Dienstag mit einer eisernen Winde ein Drahtseil am Kohlenstoß hochgezogen werden. Hierbei fiel das Drahtseil auf die gerade unter Strom gesetzte Drehstromleitung von 5000 Volt Spannung, so daß das Drahtseil und die eiserne Winde unter Strom kamen. Von den mit dem Hochwinden beschäftigten Arbeitern wurde ein Mann getötet, einer schwer und zwei leicht verletzt.

Siebzehn Scheunen eingeäschert

In Dahme in der Mark brach im Nordteil der Stadt ein Feuer aus, dem 17 große Scheunen, die mit Erntevorräten angefüllt waren, zum Opfer fielen. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß eine Futterschneidemaschine, mit der in einer Scheune gearbeitet wurde, Kurzschluß bekam und überspringende elektrische Funken das umliegende Getreide in Brand setzten.

Der Erfinder des Grammophons gestorben

Der in Hannover geborene Emil Berliner, der im Jahre 1887 das Grammophon erfunden hat, ist gestorben.

Am Freitag

hat der Arbeiter-Athleten-Klub „Atlas" beschlossen, keine Uebungsstunde durchzuführen. Er beschloß

Spiel- und Uebungsverbot

für alle Mitglieder. Das müssen auch alle anderen Vereine so machen, denn am Freitag, dem 9. August, heißt die Parole jedes hallischen Arbeitersportlers:

Heraus zur internationalen Kundgebung des Arbeitersport- und Kulturkartells!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0005

Stadt Halle

8. August 1929.

Ausländische Genossen kommen nach Halle!

Das Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle hat, wie wir bereits mehrfach mitteilten, zu einem morgen, Freitag abend 8 Uhr im „Volkspark" stattfindenden internationalen Meeting eingeladen.

Der gegenwärtig in Leipzig tagende 9. Weltkongreß der Arbeiter-Esperantisten sieht eine große Anzahl ausländischer Genossen versammelt. Diese wollen am Schluß der Tagung auch ein Stück deutschen Proletarierlebens kennenlernen. Deswegen reisen sie in verschiedene Gebiete.

Eine solche Delegation von Genossen aus der Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Belgien, Lettland werden am morgigen Nachmittag in Halle eintreffen und auf dem Meeting im „Volkspark" am Abend zu den hallischen Arbeitern sprechen.

Der Pressedienstleiter des Esperanto-Pressedienstes, Genosse Bäßler, wird über das Thema „Einheitsfront und Esperanto" reden. Wir fordern noch einmal die gesamte hallische Arbeiterschaft, alle Sport- und Kulturorganisationen auf, sich geschlossen an dieser internationalen Kundgebung zu beteiligen.

Das hallische Arbeiter-Sport- und Kulturkartell erwartet im Interesse der internationalen Vereinigung der Ausgebeuteten der ganzen Welt, zu deren Verwirklichung die Esperanto-Bewegung ein sehr wichtiges Mittel ist, eine Massenbeteiligung der hallischen Arbeiterschaft. Die ausländischen Genossen müssen in ihrer Heimat einen unvergeßlichen Eindruck von der Gastfreundschaft und der Tiefe der internationalen Solidarität der mitteldeutschen Arbeiter mitnehmen.

Auf zum internationalen Meeting

Freitag, den 9. August, 20 Uhr im „Volkspark"!

Die Hetze beginnt schon wieder

Seit einigen Wochen macht ein Trüppchen von zehn Wehrwolfjünglingen mit Trommeln und Pfeifen fast an jedem Abend die Straßen in der Nähe des Roßplatzes unsicher. Unter der Führung des berüchtigten Köppe, wohnhaft auf der Spitze, brüllten diese Jünglinge Gemeinheiten in Liedern gegen die Arbeiterführer durch die Straßen, wenn sie sich sicher fühlen. Das geht, wie gesagt, schon wochenlang so. Vorgestern zogen sie am Roßplatz wieder los, um an der Roßplatzkaserne vorbei nach dem Exerzierplatz zu marschieren. Die durch die Anwesenheit des Zirkus Busch an jenem Abend in größerer Zahl anwesenden Arbeiter ließen sich das wiedereinsetzende provozierende Auftreten dieser Faschistenbande nicht gefallen. Als die Wölflein frech wurden, erhielten sie eine wohlverdiente Tracht Prügel und ergriffen das Hasenpanier. Die Burschen sind in der dortigen Gegend schon so bekannt, daß sie in keinem Lokal der dortigen Gegend mehr geduldet werden.

Diesen Vorfall benutzt die Saale-Tante, um ein wildes Märchen zu erfinden, dessen Schlußfolgerung in die Forderung ausmündet, die Rote Arbeiterschutzwehr zu verbieten. Die Tatsache, daß ein Propagandawagen der Roten Arbeiterschutzwehr zufällig in der Nähe des Roßplatzes hielt, wird dazu benutzt, um die Besatzung des Wagens mit jenem Vorfall in Verbindung zu bringen. Die Kameraden hatten mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun. Es ist eine bewußte Lüge, die anscheinend von Köppe verbreitet wird, daß Angehörige der Roten Arbeiterschutzwehr an dem Zusammenstoß mit den Faschisten beteiligt waren.

Auf eine Denunziation des Köppe hin wurden gegen ¼10 Uhr zwei gänzlich unbeteiligte Arbeiter in der Nähe des „Walhalla" festgenommen. Die beiden kamen vom Wettiner Platz und gingen ahnungslos zum Zirkus Busch. Auf dem Roßplatz wurden sie von einer Faschistenhorde verfolgt und auf deren Angaben dann festgenommen. Auf der Wache wurde ihnen nicht mitgeteilt, was der Grund ihrer Festnahme war. Zeugen, die sie angeben wollten dafür, daß sie eben erst in das Roßplatzviertel gekommen waren, wurden abgelehnt anzuhören. Sowohl Ludwig als auch Kohlhardt — das sind die beiden festgestellten Arbeiter — waren an den Vorfällen gänzlich unbeteiligt. Falls ein Verfahren gegen sie eröffnet wird, wird es ihnen ein leichtes sein, ihr Alibi nachzuweisen. Die jetzt schon einsetzende Hetze gegen die Rote Arbeiterschutzwehr beweist aber nur, wie notwendig ihre Gründung gewesen ist.

Gegen den Lohnabzug bei den städtischen Arbeitern

Gemäß dem Antrage der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, sofort eine Stadtverordnetenversammlung einzuberufen, hat der Stadtverordnetenvorsteher für den nächsten Montag eine solche angesetzt. Bekanntlich hatte der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die KPD.- und die SPD.-Fraktion deswegen darum ersucht, einen solchen Antrag zu stellen, weil den städtischen Arbeitern entgegen allen Versprechungen des Magistrats jetzt die zu Weihnachten 1928 gezahlten Vorschüsse wieder vom Lohn abgezogen werden. Die SPD.-Fraktion kann infolge ihrer Schwäche einen solchen Antrag nicht stellen. Die kommunistische Fraktion hat deswegen einen eigenen Antrag eingebracht, der darauf hinausläuft,

den Abzug der Vorschüsse vom Lohn der städtischen Arbeiter sofort einzustellen.

Schaumburg, der Fraktionsführer der SPD., versucht, aus einem gleichlautenden Antrag der SPD.-Fraktion Kapital für die SPD. zu schlagen. Das wird ihm allerdings schlecht gelingen. Die Ordnungsblöckler sind sehr aufgebracht darüber, daß die bis in den September hinein beschlossenen Ferien der Stadtverordneten durch die bösen Kommunisten unterbrochen werden. Der wahre Grund ihres Aufgebrachtseins ist aber der, daß sie jetzt kurz vor den Kommunalwahlen von der KPD. gezwungen werden, sich in dieser für sie so brenzlichen Frage zu entscheiden. Die Stadtverordnetenversammlung am Montag wird für die hallische Arbeiteröffentlichkeit ein interessanter Prüfstein dafür sein, wem sie am 17. November ihre Stimme zu geben haben.

Ein netter Arbeitgeber

Vor dem hallischen Schöffengericht hatte sich der Handelsmann Julius T. wegen Betrugs zu verantworten. Er hatte eine Reihe von Arbeitern eingestellt und ihnen jede Woche prompt die Krankenkassenbeiträge vom Lohn abgezogen. Er behielt dieselben aber für sich und führte sie nicht an die Krankenkasse ab. Es wurde ihm zur Last gelegt, in der Zeit vom September bis Oktober eine Summe von 337,20 Mark hinterzogen zu haben. Bei der Entlassung der Arbeiter kam der Betrug an den Tag. T. ist wegen einer ähnlichen Sache schon vorbestraft. Hier erscheint das Urteil gegen diesen betrügerischen Arbeitgeber wieder völlig unverständlich. Er wurde nur zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, die er außerdem noch in monatlichen Raten von 5 Mark abzahlen kann. Wenn das ein Prolete gewesen wäre.

Kampffront gegen den Faschismus in Halle

Gründungsversammlung der Roten Arbeiterschutzwehr — Mehrere hundert Aufnahmen im „Volkspark"

Der immer frecher werdende Faschismus, die Tatsache, daß die Annäherung der einzelnen faschistischen Verbände von den Nazis bis zum Reichsbanner unter der geistigen Führung der in der Regierung sitzenden Sozialfaschisten à la Severing eine immer stärkere wird, zwingt die revolutionäre Arbeiterschaft überall, sich zu Abwehrorganisationen zusammenzuschließen. Ueberfälle der Faschisten auf Arbeiter sind in ganz Deutschland auf der Tagesordnung. In den Betrieben macht sich der Werksfaschismus breit, bildet sich, wie im Leuna-Werk, eine immer festere Bindung zwischen sozialfaschistischen Führern der freien Gewerkschaften bis herüber zu den Gelben. Die Frage des Kampfes um die Legalität des RFB. ist gerade in der jetzigen Situation brennend. Wenn die Bourgeoisie sieht, daß der RFB. widerstandslos verboten werden kann, wird sie vor weiteren Verboten revolutionärer Organisationen nicht zurückschrecken. Alle diese Gründe ließen aus den Betrieben heraus den Ruf erschallen nach der Gründung von Abwehrorganisationen gegen den Faschismus und zum Kampfe gegen die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Nachdem auch in Halle aus verschiedenen Betrieben die Initiative ergriffen worden war, fand gestern abend im großen Saal des „Volksparkes" die Gründungsversammlung der Roten Arbeiterschutzwehr statt. Die Versammlung war sehr stark besucht. In Zügen und Kolonnen kamen die Genossen aus den einzelnen Stadtteilen nach dem „Volkspark" angerückt. Während Genosse Koenen mit seinem Referat schon begonnen hatte, erschien noch die ebenfalls vor kurzem gegründete Antifaschistische junge Garde mit eigenem Spielmannszug, um an der Gründungsversammlung teilzunehmen. Der Arbeiter-Sängerchor hatte es sich nicht nehmen lassen, durch zwei prachtvolle frisch vorgetragene Kampflieder die Gründungsversammlung zu eröffnen. Die Genossen gaben damit erneut zu verstehen, daß sie immer dabei sind, wenn die Arbeiterschaft ernste Beschlüsse faßt, daß sie immer gewillt sind, durch ihren Kampfgesang diese ernsten Tagungen zu verschönern. Das brachte ein Genosse der Arbeitersänger auch noch durch einige Worte trefflich zum Ausdruck, in denen er der neuen Organisation den besten Erfolg für den revolutionären Klassenkampf wünschte.

Nachdem eine aus fünf Genossen bestehende Versammlungsleitung gewählt worden war, sprach der Genosse Wilhelm Koenen.

In seinem Referat wies er auf die großen Schwankungen in allen Parteien hin, die durch die Krise des Dawes-Planes hervorgerufen werden. Eine Neuorientierung breitester Schichten geht, ähnlich wie im Jahre 1923, vor sich. Im Haag kämpft der deutsche Kapitalismus um seine Unabhängigkeit von den Gläubigerstaaten. Es ist klar, daß die Neufestsetzung der Zahlungen erfolgen wird auf Kosten der Werktätigen. Die verzweifelte Lage der Mittelschichten und der Kleinbauern wird von den Faschisten, insbesondere von den Nationalsozialisten, auf das skrupelloseste ausgenutzt. Die Dynamitattentate, die jetzt in Holstein an der Tagesordnung sind, einerseits, die Erstürmung von Arbeiterlokalen in Nürnberg andererseits, dazu der Schutz der Nazis durch die Polizei und die sozialdemokratischen Staatsfunktionäre (wie in Nürnberg der Oberbürgermeister Luppe) zeigen Alarmsignale auf. Zeigen aber gleichzeitig, daß sich die Republik mit dem Faschismus vertragen wird. In Nürnberg Einheitsfront zwischen Duesterberg, Hitler und dem Reichsbanner, das keine Gegendemonstrationen machte. Wenige Wochen vorher bei dem Arbeiter-Turnfest sprach Severing offen für die Einheitsfront zwischen Deutscher Turnerschaft und Arbeiter-Turnern. In Köln erklärte derselbe Severing bei den deutschen Turnern, daß auf deren Schultern Deutschlands Zukunft liege.

Das RFB.-Verbot durch die SPD.-Führer gab den faschistischen Banden den Freibrief, war der Friedenskontrakt zwischen Faschismus und Republik. Deswegen müssen wir den Kampf um die Aufhebung des RFB.-Verbots weiterführen.

Der russisch-chinesische Konflikt hat uns gezeigt, daß alle Wehrorganisationen von Hitler bis Hörsing einig sind gegen Moskau. Faschismus und Sozialfaschismus bedeuten beide die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion. Die wachsende Gefahr des Werksfaschismus steht im Vordergrund. Der jetzt verbotene RFB. hat diese Arbeit bisher noch nicht gelöst. Die neue Organisation muß ihre Hauptaufgabe in der Bildung von starken schlagkräftigen Betriebsgruppen zum Schutz gegen den Faschismus sehen. Sie hat eine wichtige Teilaufgabe im revolutionären Klassenkampf auf diesem Gebiete zu erfüllen.

Nicht das Uniformtragen ist die Hauptsache, sondern die politischen Aufgaben müssen erkannt werden. Neue Massen müssen erfaßt, die roten Burgen müssen gesichert werden.

Der Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen „Rot Front" auf die rote Arbeiterschutzwehr.

In der Diskussion sprach unter anderen auch ein Anhänger der Kilianisten. Er begrüßte die neue Organisation und versprach, in ihr mitarbeiten zu wollen. Diese Erklärung kann natürlich nur dann praktischen Wert haben, wenn der gehässige Kampf dieser Leute gegen die Kommunistische Partei, gegen die Sowjetunion und ihre Materiallieferung für die gehässigsten Gegner der revolutionären Arbeiterschaft durch die Kampfesweise des Kilian-Bundes eingestellt wird. Nur unter dieser Bedingung ist ein Zusammenarbeiten, wie das Genosse Koenen auch ganz eindeutig in seinem Schlußworte ausführte, mit diesen Leuten möglich. Nach kurzen Schlußworten des Genossen Wilhelm Koenen, die mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen wurden, fand die glänzend verlaufene Gründungsversammlung der roten Arbeiterschutzwehr unter dem Gesang von „Brüder, zur Sonne zur Freiheit" ihren Abschluß.

Die Mehrzahl der Anwesenden erklärte sofort ihren Beitritt zur Arbeiterschutzwehr.

Es gilt jetzt in den Betrieben die machtvolle revolutionäre Einheitsfront gegen den Faschismus, die Kriegsgefahr und den sozialfaschistischen Unterdrückungskurs zu verstärken und den Faschismus, überall wo er auftritt, zu schlagen und zu vernichten. Mit ganzer Kraft an die Arbeit! Bildet überall Betriebsgruppen der roten Arbeiterschutzwehr!

Arbeiter haben mit Verfassungsrummel nichts zu tun!

Laßt die Sozialfaschisten schwimmen — Mobilisiert die Arbeitersportler gegen Verfassungsrummel

Das für den Sonnabend vorgesehene Langstreckenschwimmen aus Anlaß der Verfassungsfeier soll wegen der offenbaren Schwäche des Regatta-Clubs mit vereinten Kräften der schwarzrotgoldenen Sportvereine durchgeführt werden, die zu diesem Zwecke aus allen Himmelsgegenden herangeholt werden sollen.

Vergebliche Mühe

bei den „großen" Freunden der Republik Quartiere zu finden

Dennoch wird es mit der Beteiligung an diesem nationalistischen Rummel nicht so weit her sein, da selbst ein großer Teil der Mitglieder des Regattaklubs diesem Klimbim vollkommen apathisch gegenüberstehen. Für die zum Sonnabend erwarteten paar Männeken hat man noch nicht einmal Quartiere kriegen können. Die Quartiersammler sollen bei den „großen" Freunden der Republik vergeblich nachgefragt haben. Das „Volksblatt" vom Montag stellt diese Pleite ausdrücklich fest und läßt in seinen Spalten ein großes Bittgesuch für Quartiere erscheinen. Auch das wird nicht viel nutzen.

Die klassenbewußten Arbeiter, besonders die Arbeitersportler, müssen jeden Tag dieser Woche noch dazu benutzen, um gegen den nationalistischen Verfassungsrummel mobil zu machen. Für den Inhalt der bevorstehenden Veranstaltung ist das gemeinsame Auftreten des Regattaklubs mit dem Polizeisportverein bezeichnend. Dieser Verfassungsrummel wird ein Meilenstein auf dem Wege der sozialdemokratischen Sportclique zum bürgerlichen Sport sein. Die Arbeitersportler müssen alles gegen diese Arbeitsgemeinschaft, gegen den nationalistischen Verfassungsrummel mobil machen

Eine lächerliche Geschichte

Vor den Gerichten werden täglich Dutzende von kleinlichen Klatschgeschichten verhandelt. Eine solche hatte sich in Passendorf ereignet. Eine dortige Mieterin hatte sich den Zorn ihres Hauswirtes zugezogen. Sie sollte angeblich in den Hof des Grundstücks Jauche gegossen haben, konnte aber Zeugen erbringen, daß das nicht wahr sei. Sie war zunächst wegen groben Unfugs mit 4 Mk. Geldstrafe belegt worden, hatte dann gerichtliche Entscheidung verlangt und wurde nunmehr, da der Amtsrichter die ganze Geschichte für Hausklatsch erklärte, freigesprochen. Es ist wirklich unglaublich, mit was für lächerlichen Dummheiten die Gerichte dutzendweise tagtäglich belästigt werden.

Ein zweites Todesopfer

Der durch die mangelhafte Sicherung des Bahnübergangs seitens der Leitung der Zementfabrik in Nietleben hervorgerufene Motorradunfall, hat ein zweites Todesopfer gefordert. Auch der Bruder des getöteten Röthling ist jetzt im Elisabeth-Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Oeffentlichkeit erwartet, daß die wirklich Schuldigen schnellstens zur Rechenschaft gezogen werden.

Das verkehrsunsichere Halle

Im Monat Juli 1929 wurden 165 Verkehrsunfälle festgestellt, bei denen eine Person getötet und 91 Personen verletzt worden sind. Die Unfälle verteilen sich auf 118 Zusammenstöße, an denen beteiligt waren: 56 Personenkraftwagen, 20 Lastkraftwagen, 5[illegible] Motorräder, 58 Fahrräder, 16 Pferdefuhrwerke, 15 Straßenbahnwagen, 1 Zugmaschine, 3 Handkarren, 1 Hafenbahnlokomotive. Aus verkehrspolizeilichen Gründen wurden 247 Kraftwagenführer, 107 Motorradfahrer, 3 Straßenbahnführer, 32 Geschirrführer, 120 Radfahrer und 21 Fußgänger zur Anzeige gebracht.

Welche Fünf-Markscheine sind gültig?

In letzter Zeit geschieht es öfter, daß die 5-Markscheine mit dem Ausgabedatum des 2. 1. 1926 nicht mehr in Zahlung genommen werden. Von maßgebender Stelle wird mitgeteilt, daß wohl die 5-Markscheine mit dem Ausgabedatum vom November 1925 (Ausgabe ohne Kopfbild), mit breitem gelben Rand auf der rechten Seite, aufgerufen sind und nur noch von der Deutschen Rentenbank Berlin eingelöst werden. Diese Noten sind aber kaum noch im Umlauf. Dagegen sind die Scheine mit Kopfbild und Ausgabedatum vom 2. 1. 1926 nach wie vor gültig. Es liegt daher kein Anlaß vor, diese Scheine nicht in Zahlung zu nehmen

Hallische Volksbühne

Die Hallische Volksbühne hielt in der vorigen Woche im „Neumarkt-Schützenhaus" ihre diesjährige Hauptversammlung ab, die vom Vorsitzenden, Stadtrat Borges, mit begrüßenden Worten eröffnet wurde. Aus dem vom Geschäftsführer Ma[illegible] erstatteten Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr ist zu entnehmen, daß sich der Mitgliederstand einschließlich der Jugendlichen auf der gleichen Höhe — 5200 — bis zum Schluß des Berichtsjahres gehalten hat. Die Zusammenarbeit mit den Behörden der Stadt und der Stadttheater-Intendanz vollzog sich auch im abgelaufenen Jahre stets in reibungsloser Form. Auch hat die gesamte hallische Presse die Bestrebungen in dankenswerter Weise unterstützt. Vergünstigungen hatten die Mitglieder zu den Hauptproben der Städtischen Sinfonie-Konzerte im Stadttheater, ferner zu den Choraufführungen der Robert-Franz-Singakedemie usw.

Die Hallische Volksbühne, die in ihr 10. Spieljahr eintritt, verfolgt rein künstlerische Ziele, sie wählt Werke aus der großen Kunst aller Zeiten, sie will aber auch helfen, der neuen Kunst den Weg zu bereiten. Sie vereinigt in ihren Reihen Männer und Frauen jeden Standes und jeden Berufes. Der neue Spielplan weist für das Stadttheater 6 Schauspiele und 6 Opern aus der Vergangenheit sowohl wie auch der neuen Richtung auf. Weiter sind wieder eine Reihe Sondervorstellungen vorgesehen. Der Eintrittspreis für die 10 Pflichtvorstellungen ist vom Vorstand der Volksbühne wiederum auf nur 2,50 Mark festgesetzt, trotzdem eine allgemeine Erhöhung der Theaterpreise vom Magistrat beschlossen worden ist. Im neuen Spieljahr ist die Gruppeneinteilung so geregelt worden, daß auf jedes Mitglied fünfmal 1. Gruppe und nur fünf Vorstellungen auf die 2. und 3. Gruppe entfallen.

Den Bericht des künstlerischen Ausschusses erstattete Professor Dr. Menzer, in dem er betont, daß das vorjährige Programm im großen und ganzen durchgeführt worden ist, obwohl einige Werke von einem Teil der Mitglieder abgelehnt wurden. Der Ausschuß steht auf dem Standpunkt, daß man wohl Werke der Vergangenheit den Vorzug gebe, aber andererseits muß auch die moderne Literatur Berücksichtigung finden. An diesen Bericht schloß sich eine Aussprache, in der Vorschläge zur Hebung des Theaterbesuches und Neugewinnung von Mitgliedern gemacht wurden. Besonders hervorgehoben wurde, daß es in der Oeffentlichkeit noch wenig bekannt sei, daß der Besuch der Thalia-Vorstellungen unabhängig sei von den Stadttheater-Vorstellungen.

Es folgte sodann die einstimmige Wiederwahl des geschäftsführenden Ausschusses, des künstlerischen Ausschusses und der Vertrauensmänner. An Stelle des verstorbenen Herrn Sperl wurde Stadtverordneter Wilke in den geschäftsführenden Ausschuß und Herr Oehlschläger als Ersatzmitglied neugewählt.

Sodann gab Geschäftsführer Hertzig einen kurzen Bericht über die Volksbühnentagung in Danzig, worüber noch ausführlich im Vereinsblatt berichtet wird.

In einem kurzen Schlußwort wies der Vorsitzende nochmals darauf hin, daß die Mitglieder sich mehr in den Gedanken der Volksbühnen-Gemeinschaft vertiefen mögen.

Soweit der Bericht. Der „Klassenkampf" wird seine Meinung zu der Tätigkeit der Hallischen Volksbühne in einem besonderen Artikel zum Ausdruck bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0006

Hallische Tageschronik

Der Rote Frauen- und Mädchenbund, Halle, unternimmt am Sonntag, dem 11. August, einen Ausflug mit den Kindern nach der Heide. Antreten 2 Uhr am Café Dietz. Gäste sind willkommen. Stocklaternen für die Kinder sind mitzubringen.

Brennendes Auto. Gestern abend um 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hallmarkt gerufen. Dort war ein Personenkraftwagen durch Kurzschluß in Brand geraten. Der Brand wurde durch die Feuerwehr gelöscht. Der Kraftwagen mußte abgeschleppt werden. Personen wurden nicht verletzt.

Sturz. Mittwoch um 20.45 Uhr lief in der Merseburger Straße ein 10jähriger Schüler einem Radfahrer gegen das Rad. Beide stürzten und zogen sich leichte Hautabschürfungen zu. Das Fahrrad wurde leicht beschädigt.

Sie vertrugen sich nicht! Gestern gegen 15.15 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach einem Grundstück in der Bertramstraße gerufen. Dort war es zu Streitigkeiten zwischen einem Mann und einer Frau gekommen. Der Streit wurde durch das Ueberfallkommando beendet.

Im Suff! Gestern gegen 21.30 Uhr wurde das Ueberfallkommando nach einem Grundstück in der Lilienstraße gerufen. Dort bedrohte ein angetrunkener Mann die Hausbewohner, zerschlug die Möbel und hatte die Gasleitung abgerissen. Das Gas wurde abgestellt. Der Mann wurde dem Polizeirevier zugeführt.

Gefunden. Gestern wurde auf der neuen Promenade eine Brille und in der Nähe der Hafenbrücke ein Schlüssel gefunden. Die Gegenstände sind beim Verlag Klassenkampf, Lerchenfeldstraße abzuholen.

Bis zum 15. August bleibt unsere Rechtsauskunftsstelle geschlossen. Ab 16. August wird dieselbe wieder geöffnet, und zwar befindet sie sich von diesem Zeitpunkt an in unserer „Volksbuchhandlung", Halle, Harz 1 (neben der Verkaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins).

Verlag Klassenkampf.

Gala-Vorstellung im Zirkus Busch. Täglich spielt der Zirkus sein ausgezeichnetes Programm vor ausverkauften Häusern und hat für heute abend eine besondere Gala-Aufführung angesetzt. Das gesamte umfangreiche Programm wird in Galaausstattung mit Gala-Uniformen, -kostümen und -geschirr abgewickelt und dürfte einen glanzvollen Anblick bieten. Morgen, Freitag, finden zwei große Festvorstellungen, nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr, statt. In der Nachmittagsvorstellung kommt das gesamte Programm wie abends ungekürzt zur Aufführung. Kinder zahlen nachmittags halbe Preise. (Siehe Anzeige.)

Volkspark. Morgen Konzert. (Siehe Anzeige.)

Aus dem Saalkreis

Unsere russischen Brüder schreiben uns!

Bereits vor einigen Tagen veröffentlichten wir an dieser Stelle die Zuschrift russischer Genossen an Ammendorfer Arbeiter. Jetzt ist ein Brief eingelaufen aus der Sowjetunion, der eine Antwort darstellt auf ein Schreiben, welches Ammendorfer Jugendgenossen an die in der Sowjetunion gerichtet haben. Das Schreiben der russischen Genossen lautet:

Krementschug, 12. Juli 1929.

An die kommunistischen Jugendgenossen von Ammendorf!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Heute erhielten wir Euren kurzen und allgemein bedeutenden Brief. Wir freuen uns aufrichtig, daß unsere Korrespondenz anfängt vorwärts zu schreiten. Unsererseits, als schon Erfahrene in dieser Arbeit, empfehlen wir Euch die internationale Sprache Esperanto zu lernen. Diese Sprache hat uns schon sehr gut die Tauglichkeit für die internationale Verbrüderung des Proletariats bewiesen.

Ihr werdet sehr gut wissen, daß im August dieses Jahres die Jugend der ganzen Welt das 10jährige Bestehen der Kommunistischen Jugendinternationale feiert. Die russische Sektion dieser Organisation WLKSM. bereitet sich jetzt schon vor, um dieses Kampffest der klassenbewußten Jugend großartig zu feiern. Wir wir, so werdet auch ihr oftmals über die Korrespondenz der Kommunistischen Jugend in der ganzen Welt in den Versammlungen darüber sprechen.

Also, zu unserem 10jährigen Bestehen müssen wir, wie nie zuvor, unsere internationale Verbundenheit mehr beleben. Denkt über die Sache gut nach!

Ueber den 12. Parteitag sind wir durch unsere Journale und Zeitungen sehr gut unterrichtet. Unser Herz, das Herz aller wahren revolutionären Arbeiter, bewegte sich noch lebhafter, als wir über die Erfolge und Niederlagen der deutschen Kämpfer hörten.

Freunde, arbeitet mutig!
Die Zukunft gehört uns!

In den nächsten Tagen — in Halle am Freitag, dem 9. August, im „Volkspark" — wird ja die hallische und die Ammendorfer Arbeiterschaft Gelegenheit haben, aus dem Munde der Delegierten, die zum Leipziger Esperantisten-Kongreß erschienen sind, Näheres über ihren Kampf von ihnen selbst zu hören.

Ammendorf. Fahrrad verschwunden. Am Montagabend, dem 5. August, ist einem Arbeiter in der Beesener Straße das Fahrrad mit Aktentasche und Inhalt abhanden gekommen. Marke Klingsor. Der Betreffende, der das Rad nahm und bekannt ist, wird ersucht, dasselbe sofort in der Volksbuchhandlung abzugeben, da sonst Anzeige erfolgt.

Wallwitz. Merkwürdiger „Beamter". Hier baute sich ein mit einem Notizblock bewaffneter Mann mit einer Dienstmütze auf der Dorfstraße auf und vergnügte sich damit, die Nummern der Automobile zu notieren und den Fahrern zuzurufen, sie seien zu schnell gefahren und hätten eine Anzeige zu gewärtigen. Zwei Kriminalbeamte aus Leipzig, die zufällig gefahren kamen und auch notiert wurden, nahmen den Gemütsmenschen mit zur nächsten Landjägerei.

Arbeiter-Sport

Sommerfest der Arbeiter-Kegler in Halle

Die Ortsgruppe Halle des Arbeiter-Kegler-Bundes veranstaltet Sonntag, den 11. August, ihr diesjähriges Sommerfest, wobei folgende Spiele ausgetragen werden:

Lokal „Volkspark": 1. Freien Lauf 2. — Herre Leipzig von ½9 bis ½11 Uhr. 2. Unter Uns — Wisabloma Leipzig von ½11 bis ½13 Uhr. 3. Halle Süd — Rötha von ½13 bis ½16 Uhr. 4. Neuntöter — Leipzig von ½16 Uhr an.

Lokal Hübener, Kurze Gasse: 5. Freie Kegelschwestern — Fidele Brüder Damen Leipzig von 8 bis 10 Uhr. 6. Frisch Drauf — Leipzig von 10 bis 13 Uhr. 7. Freie Kegelbrüder Freie Bahn — Vorwärts Leipzig von 13 Uhr an.

Lokal Passendorf, „Stadt Halle": 8. Freie Neune — Freie Bahn Göritz von 8 bis 10 Uhr. 9. Freiheit — Oberfarnstedt von 10 bis 12 Uhr. 10. Lustige Außenseiter — Freie Brüder Querfurt von 12 Uhr an.

Ankunft des Zuges vormittags 7.45 Uhr. Alle Sportgenossen treffen sich um diese Zeit am Bahnhof.

Das Spiel Delitzsch 1920 — Frankfurt wird am kommenden Sonnabend, dem 10. August, in Delitzsch ausgetragen. Arbeiter von Delitzsch, unterstützt die Arbeitersportbewegung. Heraus in Massen zu diesem Spiel!

Vereinsmitteilungen

HFC. Minerva 09. Die 1. Mannschaft fährt am Sonntag nach Zörbig mit Auto, und zwar ab ½1 Uhr Vereinslokal (Weinrich). Es können noch Mitglieder oder Interessenten an der Fahrt teilnehmen. Eventuelle Auskünfte am Freitagabend im Vereinslokal. [1761

Arbeiter-Turn- und Sportverein Vorwärts Naundorf. Sonntag, den 11. August, 15 Uhr, außerordentliche Monatsversammlung. Eine Stunde vorher Vorstandssitzung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht, andernfalls Bestrafung erfolgt. [1760

ASV. Zangenberg. Freitag muß alles in der „Schmiede" zur Monatsversammlung erscheinen. [1770

Freie Radler Zeitz. Sonnabend, 10. August, Fuchsjagd. Treffpunkt 18 Uhr am Jugendheim. Alles muß mit Rädern erscheinen. ½20 Uhr Sammeln in Maßnitz. Von dort fahren wir geschlossen zum „Deutschen Haus" (Aue). Dortselbst gemütliches Beisammensein. Gäste sind auf der Fahrt willkommen. Es ist Pflicht, daß alle Mitglieder erscheinen. [1771

Fichte Halle (Handball). Donnerstag, den 8. August, Sitzung der 1. Mannschaft nach dem Training. [1779

Rundfunk-Programm

Freitag, den 9. August

12 Uhr: Schallplattenkonzert. Nach dem Nauener Zeitzeichen: Schallplattenkonzert. 13.45 Uhr: Glückwunschruf der Mirag. 14 Uhr: Funkwerbenachrichten. 15.15 Uhr: Stunde der Hausfrau mit Funkwerbung und Schallplatten. 16.30 Uhr: Konzert. (Von 17 bis 18 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.) 18.20 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe und Funkwerbenachrichten. 18.30 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.) 18.55 Uhr: Arbeitsnachweis. 19 Uhr: „Haeckel" (gest. 9. August 1919). 19.30 Uhr: „Dichter auf Reisen." II.: „Der Dichter und die Alpen." 20 Uhr: Zeitgenössische deutsche Dichter: Wilhelm Schäfer: Aus den 33 Anekdoten. 20.45 Uhr: Bunter Abend. 22 Uhr: Zeitangabe, Wettervoraussage, Presseberichte und Sportfunk. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Versammlungen der KPD.

Stadtorganisation Halle

Stadtteil Süden. Achtung, Mitglieder der Stadtteilleitung, Betriebszellenvertreter, Unterkassierer! Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, im „Thüringer Schlößchen" Sitzung.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

UBL.-Sitzung am Sonnabend, 10. August, in der Produktiv. Zu erscheinen haben alle UB.-Mitglieder, Arbeitsgebiets- und Ressortleiter.

Ammendorf. Die für Donnerstag, den 8. August, angesetzte Mitgliederversammlung findet in „Adlers Stehbierhalle" statt.

Landsberg. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, im „Deutschen Haus" Sitzung der Genossenschaftsfunktionäre. Referent Genosse O. Härtel.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, in der „Quelle" Frauenversammlung.

Großkayna. Sonnabend, 10. August, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent Genosse H. Sander.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, in der „Kaffeeschänke" Sitzung der Redaktion für Häuserblock- und Betriebszeitungen.

Weißenfels. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, Frauenversammlung. Ref. Gen. Behnke.

Weißenfels. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, Sitzung der UBL.

Zeitz. Sonnabend, 10. August, 20 Uhr, Mitgliederversammlung der Zelle Rasberg.

Unterbezirk Mansfeld

Eisdorf. Freitag, 9. August, 20 Uhr, im „Deutschen Haus" Mitgliederversammlung. Referent Genosse O. König.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bad Schmiedeberg. Sonnabend, 10. August, 20 Uhr, beim Genossen O. Kittler Funktionärsitzung. (Kommunale Angelegenheiten.) Referent Genosse Steinmetz.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Torgau. Sonnabend, 10. August, 20 Uhr, Funktionärsitzung (Schulzenstraße 14).

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 9. August, 20 Uhr, im „Lindenhof" Mitgliederversammlung. Referent Genosse Grade.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

An alle Mitglieder von Halle, Saalkreis, Merseburg und Schkeuditz. Alle Ortsgruppen melden sofort ihre Teilnehmer zum Wochenendlager am 17. und 18. in Rothenburg. Fahrgeld hin und zurück mit Dampfer 2,50 Mk. Einzahlungen müssen bis spätestens 15. August bei der BL. erfolgt sein.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Betrifft Internationalen Jugendtag. Schon jetzt gilt es, das Fahrgeld für die Fahrt nach Halle einzukassieren. Indifferente Jungarbeiter in der Berufsschule, Betrieb, Sportler müssen davon informiert werden.

Halle. Gruppe Norden. Freitag, 9. August, 20 Uhr, im „Volkspark" Gruppenabend.

Halle. Gruppe Leviné. Freitag, 9. August, 20 Uhr, Gruppenabend im „Kloster".

Halle, Gruppe Osten. Freitag, den 9. August, 20 Uhr, Gruppenabend im „Schloß Freiimfelde".

Halle, Gruppe Süden 1. Freitag 20 Uhr im „Thüringer Schlößchen". Thema: Verfassungsrummel.

Halle, Gruppe Westen. Freitag 20 Uhr in der Produktiv Gruppenabend. Thema: Verfassungsrummel.

Halle, Gruppe Zentrum, Budjonny. Freitag 20 Uhr im Gesellenheim. Thema: Unsere Stellung zur Verfassung.

Landsberg. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, Unterhaltungsabend in der Brauerei.

Döllnitz. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, Gruppenabend im „Goldenen Hirsch".

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Donnerstag, 8. August, 19 Uhr, Ueben des Spielmannszuges im Fichten.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Schkeuditz. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, öffentlicher Gruppenabend. Thema: Bericht vom Jungarbeiterkongreß.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, Gruppenabend

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 8. August. 20 Uhr, öffentliche Jugendversammlung im Lokal „Lindenhof".

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Donnerstag um ½19 Uhr Zusammenkunft des Pionieraktivs.

Halle. Freitag um 18 Uhr in der Produktiv Schülerversammlung. Bringt alle Kameraden mit. Lichtbilder und Vortrag über die Verfassung.

Halle. Alle Pioniere treffen sich am Sonntag um 9 Uhr auf dem Hallmarkt. Von da aus geht es zum Kinderfest nach Dieskau.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Die Abrechnungen sowie der Empfang von Marken und Zeitungen ist von jetzt ab bei der Genossin Streisler, Charlottenstraße 16, Hof 2 Treppen, vorzunehmen. Die Genossinnen werden ersucht, möglichst Donnerstags ab 17 Uhr abzurechnen.

Weißenfels. Donnerstag, 8. August, 20 Uhr, findet im „Tivoli" eine Versammlung der Genossinnen des RFMB. und der KPD. statt.

Bund der Freunde der IAH

Weißenfels. Sonnabend, 10. August, 20 Uhr, bei Alfred Pinn, Langendorfer Straße (früheres Bergrestaurant) wichtige Mitgliederversammlung. Referent Genosse Hans Höcker. Alles muß erscheinen.

Werbt für den „Klassenkampf"

Sacco und Vanzetti

Ihr Leben und Sterben / Von Eugene Lyons

Copyright 1928 by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

Nach der Erringung besserer Arbeitsbedingungen und höherer Löhne begann das Kapital seine Flucht aus Neu-England. Die amerikanischen Arbeiter in den südlichen Staaten waren noch unorganisiert und ein bequemes Ausbeutungsobjekt. Die Textilindustrie begann sich in diesen Staaten festzusetzen. Der Schuhindustrie erwuchs eine Konkurrenz in Neuyork und im Westen, und die Profite in Massachusetts wurden kleiner. Manchmal mußten gar Verluste gebucht werden.

Die herrschende Klasse Neu-Englands, unfähig, die neuen ökonomischen und politischen Faktoren einzuschätzen, die ihren Verfall ankündigten, sah in den „ausländischen Agitatoren" die Schuldigen an ihrem Niedergang. Sie glaubte, Boston würde noch immer an der Spitze der Welt marschieren, wenn solche Leute, wie Sacco und Vanzetti, wie Giovanni, Galleani und Tresca, verschwinden würden.

Sacco im Klassenkampf

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Klassenkampfes, die die intelligente Minderheit unter den eingewanderten Arbeitern erfaßte, wurde ihr Leitstern in den täglichen Kämpfen. Sie sahen, daß die Gesellschaft in zwei Klassen zerfiel, in die kleine und mächtige Klasse der Besitzenden und in die soviel zahlreichere und machtlose Klasse der Ausgebeuteten. Sie erkannten, daß es zwischen beiden Klassen keinen Frieden geben könne.

Nicola Sacco beteiligte sich trotz seiner verhältnismäßig gehobenen Lebenslage an den Kämpfen seiner Klassengenossen um bessere Arbeitsbedingungen. Er sammelte Gelder für die Streikenden in Lawrence, für die Verteidigung der Verhafteten. Man arrangierte Theatervorstellungen, und Sacco beteiligte sich auch daran.

Bei einer solchen Gelegenheit traf er Rosina, die später seine Frau wurde. Rosina war eine zierliche Norditalienerin mit kastanienbraunem Haar, Sommersprossen, lebhaft und hübsch. Bis dahin träumte Nicola noch manchmal von einer Rückkehr nach Italien, nach Torremaggiore. Aber mit Rosina erschien ihm auch das graueste Städtchen Neu-Englands als Paradies. Er machte ihr Geschenke, Kleider, Schuhe, kunstvolle Kämme, die er in den teuren Geschäften Bostons kaufte. Er schilderte ihr seine Träume von einer neu zu erbauenden Welt. Ein Sohn wurde ihnen geboren, den sie Dante nannten.

1913 beteiligte sich Sacco an dem dreimonatigen Streik der Draperwerke im Hopedale, einer Nachbarstadt von Milford, wo er wohnte. Der Führer des Streiks, Joseph M. Coldwell aus Providence, schrieb dem Verfasser dieses Buches folgendes darüber:

„Nick (Sacco) war damals Schuharbeiter. Das Draperwerk war eine Maschinenfabrik, in der Textilmaschinen hergestellt wurden. Sie sehen daraus, daß es reiner Idealismus war, wenn Nick sich an dem Streik beteiligte. Die Industrie, in der er tätig war, war von dem Streik nicht berührt, aber er war nicht so engstirnig, daß er sich nur für die Lage der Schuharbeiter interessiert hätte.

Während des Streiks stellten wir Tag und Nacht Massenstreikposten auf. Jeden Morgen, bevor er zu seiner eignen Arbeit ging, half er bei der Organisierung der Streikposten, marschierte mit ihnen bis zum Beginn seiner Arbeitszeit. Am Nachmittag verließ er seine Arbeit so schnell als möglich und half wieder beim Streikpostenstehen. Abends beteiligte er sich an den Komiteesitzungen, organisierte die Streikunterstützung und andere Kleinarbeit. In den Sitzungen des Streikkomitees war Nick sehr aktiv. Er war kein Redner, nicht einmal ein geübter Sprecher, aber er war ein ausgezeichneter Kleinarbeiter und zögerte niemals, die ihm zugeteilte Arbeit aufs beste durchzuführen.

Nick stand niemals in der Oeffentlichkeit des Kampfes. Er gehörte zu den stillen, aktiven, aufrichtigen Kleinarbeitern, die ihre Zeit und ihre Mittel dem Kampf zur Verfügung stellten. Nick war einer meiner persönlichen Helfer, und ich konnte mich auf seine Ehrlichkeit und Intelligenz verlassen."

Einmal, im Jahre 1918, wurde er zusammen mit anderen Rednern bei einer Sympathiedemonstration für den von Tresca geführten Streik in den Mesaba Maschinenfabriken in Minnesota verhaftet. Sein Hauptinteresse galt jedoch immer Rosina, seinem Sohn Dante, seinem Heim. Er beteiligte sich an den Streiks und an der Hilfeleistung für seine Klassengenossen, weil sie ihm als ein Teil seiner eigenen Familie, seines eignen Lebens erschienen. Sie waren sein Volk. Er sandte regelmäßige Unterstützung an seine Eltern in Italien und an die Verteidigungskomitees für die verhafteten Streikführer. Er war immer eifrig tätig als ein Mitglied seiner Klasse und erwarb sich Freunde, wo immer er hinkam.

Vanzetti wird ein „gottverdammter Agitator"

In Plymouth fand Vanzetti seine neue Heimatstadt. Eine Arbeiterfamilie Brini nahm ihn auf, und er fühlte sich wohl in ihrer ehrlichen Freundschaft. Weniger beschwert von häuslichen Pflichten wie Sacco, ein besserer Redner, der auch im Schreiben Fähigkeiten besaß, fiel ihm an den Arbeiten für die Unterstützung der Kämpfe, Propaganda und Diskussionen ein noch größerer Anteil zu. Er war häufig arbeitslos und oftmals gezwungen, Arbeiten zu leisten, die weit über seine körperlichen Kräfte gingen. Aber die Kameradschaft seiner Mitarbeiter und besonders die Gemeinschaft in den anarchistischen und Gewerkschaftskreisen entschädigten ihn für sein hartes Dasein.

Vanzetti liebte Plymouth wegen seiner Traditionen als Zufluchtsort für die Kämpfer um die Gewissensfreiheit. Die Elendsviertel von Plymouth erschienen ihm wie ein Schmutzfleck auf diesen Traditionen. Die unerträglichen Zustände in den Tauwerken, wo er Tag für Tag die schweren Taue lud, waren eine Verhöhnung der schwer erkämpften Freiheit.

Zweitausend Ausländer, meistens Italiener, drehten den Sisalhanf aus dem Yucatan zu Tauen, Seilen und Bindfaden. Der Durchschnittslohn betrug etwa zwölf Dollar pro Woche. Sie lebten in miserablen Löchern. Die Gärung unter den Arbeitern New Englands machte sich auch hier fühlbar. 1916 brach plötzlich ein Streik aus, niemand hatte zum Streik aufgerufen. Die Lage hatte sich so zugespitzt, daß die Arbeiter die Arbeit niederlegen mußten. Die Presse heulte; die übliche Verstärkung der Polizei erschien am Platze.

Die Arbeiter wandten sich an Galleani, er solle die Führung des Streiks übernehmen. Vanzetti beteiligte sich an dem nun folgenden schweren Kampf. Als der Streik mit einer kleinen Lohnerhöhung beendet war, fanden die meisten wieder Aufnahme in den Fabriken. Aber für Vanzetti gab es keine Beschäftigung. Er war einer der „gottverdammten Agitatoren".

Sechstes Kapitel

Amerika zittert vor dem „Roten Gespenst"

Das Spitzelnest der Regierung

Am 4. März trat Woodrow Wilson seine zweite Präsidentschaft an. Er war mit einer Riesenstimmenzahl gewählt worden, „weil er uns vor dem Kriege bewahrt hat". Dreiunddreißig Tage später, am 6. April, standen die Vereinigten Staaten in der Front der kriegführenden Mächte. Die „neue Freiheit", die Wilson zum Propheten aller Liberalen und Kriegssozialisten machte, fand in dem Spionagegesetz vom Juni 1917 und dem Aufruhrgesetz vom Mai 1918 ihren Ausdruck.

Eine ungeheure offizielle Propagandamaschine wurde in Washington organisiert, der es nur zu gut gelang, Kriegshysterie und Haß zu entfachen. Offizielle und private Pogrome gegen „Spione" und „Drückeberger" tobten im ganzen Lande. Das Justizministerium verwandelte sich über Nacht in eine Spionageagentur mit Tausenden von Detektiven und Provokateuren, die eifrig nach Unruhen suchten und oft solche entfachten. Die „Intelligenz"-Abteilung der Regierung wurde durch 200 000 Bürger unterstützt, die die patriotische Pflicht auf sich nahmen, ihre Nachbarn zu bespitzeln.

Dieser ungeheure Apparat, der für die Jagd auf Kriegsspione geschaffen war, wurde nun zur Bekämpfung der fortschrittlichen Teile der Arbeiterbewegung eingesetzt. „Kein einziger wirklicher deutscher Spion wurde gefaßt und für eine bewiesene Tat der Hilfeleistung für den Feind verurteilt", schreiben Professor und Mrs. M. Beard *). „Der Krieg, der zur patriotischen Pflichterfüllung anreizte, wurde von gefühlsüberschwenglichen konservativen Elementen benutzt, um gegen solche Personen Verleumdungen auszustreuen, deren Anschauungen sie fürchteten und haßten."

Die Bürokratie des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes beteiligte sich an diesen Kreuzzügen gegen die Radikalen.

Mitglieder der „Industriearbeiter der Welt" wurden verhaftet, geteert, gefedert und gelyncht. Dutzende wurden in die engen Zellen der Staatsgefängnisse geworfen, manche zu mehr als zwanzig Jahren Kerkerstrafe verurteilt. Aktive Sozialisten, unter ihnen Eugen V. Debs, wurden eingekerkert. Wohnungen, Klubs, Bildungsanstalten der Arbeiterorganisationen wurden überfallen und geplündert.

(Fortsetzung folgt.)

*) Charles A. Beard und Mary Beard: „Entwicklung der amerikanischen Zivilisation", Neuyork, 1927.

Der kluge Genossenschaftler bezieht seine Rauchwaren nur aus dem eigenen Unternehmen der GEG.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0007

Der Dürrenberger Patentsozialismus

Der „linke" Engelbert Graf und „die ersten Diener des Volkes" — Die Lüge von der Demokratisierung der Wirtschaft

(Arbeiter-Korrespondenz)

An der Bahnlinie Corbetha—Leipzig, unweit des Leuna-Werkes, liegt Bad Dürrenberg, ein Ort, dessen Bedeutung und Ansehen durch die Entstehung der Wirtschaftsschule des DMV. weit über die provinzlichen Grenzen hinausdrang. Leiter dieser Schule ist der bekannte „linke" Sozialdemokrat Gg. Engelbert Graf, weiten Kreisen der Mitgliedschaft des DMV. und insbesondere der jungsozialistischen Bewegung durch seine besonders radikale Sprache vertraut. Da er über gewisse pädagogische Fähigkeiten verfügt, wird er insbesondere jungen revolutionären Arbeitern gefährlich, durch seine hemmungslose Propaganda des sogenannten Austromarxismus, indem er scheinbar die dialektische Methode des revolutionären Marxismus in Anwendung bringt und so gefährliche Illusionen in den jungen Köpfen weckt. Zahllose Funktionäre verlassen jährlich dieses „rote Priesterseminar", wie es gern, leider zu Unrecht, genannt wird, vollgepfropft von Wissen, das mit dem revolutionären Marxismus nur den Namen gemeinsam hat. Sehr bald zerbrechen diese „Theorien" im harten Daseinskampf des proletarischen Alltags, nicht zuletzt dadurch, daß ihr Verkünder sich durch seine unbedingte Bereitschaft auszeichnet, jede Gemeinheit sozialdemokratischer Koalitionspolitik zu schlucken. Von ihm stammt jenes bekannte Wort anläßlich der Panzerkreuzeraffäre der SPD.:

„Ich schäme mich, Sozialdemokrat zu sein!"

Leider vergaß er die Konsequenzen aus dem schamlosen Verrat seiner Partei zu ziehen. Auf ihn trifft in vollem Umfange ein Wort Lenins in entsprechender Variation zu:

> **„Das größte Verbrechen der Zweiten Internationale bestand darin, daß dem Wort nicht die Tat entsprach, daß die Gewohnheit der gewissenlosen revolutionären Phrase großgezogen wurde."**

Den eigentlichen Anlaß zu diesen Zeilen aber gab ein Artikel Grafs in Nr. 3 des Leuna-Metallarbeiters, herausgegeben von der Ortsverwaltung des DMV. Merseburg, benannt:

„Der Durchbruch der chemischen Industrie"

in welchen es unter anderem heißt:

> „Keine Industrie ist so undurchsichtig, in keiner Industrie wäre daher eine öffentliche Kontrolle durch Staat und Gewerkschaften eher angebracht und eher notwendig als hier!"

Also nicht mehr und nicht weniger als eine sogenannte „Demokratisierung der Wirtschaft" — um nicht zu sagen „Wirtschaftsdemokratie" — wird hier gefordert, jene Losung: Kontrolle der Produktion, die in den Parteidiskussionen der letzten Monate eine so außerordentliche Rolle gespielt hat und ihre leidenschaftlichsten Anhänger in der Gruppe der rechten Liquidatoren Brandler, Thalheimer usw. fand. Graf fordert eine Kontrolle durch den Staat. Durch welchen Staat? Offenbar durch den gegenwärtigen. Seine für die Gegenwart aufgestellte Losung beweist es. Da dieser Staat aber ein kapitalistischer, auch in der Terminologie des Austromarxismus ist, fordert er nicht mehr oder weniger als die Vertretung der Klasseninteressen des Proletariats durch seine schärfsten Klassengegner, durch die Finanz- und Trustbourgeoisie. „Kapitalisten kontrolliert die kapitalistische Produktion im Interesse des Proletariats!" Doch halt! Nichts sei vergessen. Kontrolle durch den Staat und die Gewerkschaften.

Wer sind diese Gewerkschaften und was stellen sie dar?

Diese Fragen wurden überzeugend beantwortet durch die historische Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte. Angefangen mit der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften 1914, der sogenannten Notgemeinschaft, des schmählichen Verrats des Achtstundentages im Dezember 1923 (Arbeitszeitnotgesetz) bis in die Jetztzeit, der Wissellschen Schlichtungsdiktatur (Ruhr- und Textilarbeiterkampf in Sachsen), kennzeichnen die Linie des Klassenverrats. Einer aus der alten Gewerkschaftsschule, Severing, der kleine Metallarbeiter, der gewiß nicht des Bolschewismus verdächtig ist, formulierte in einer Rede einmal folgendes:

> „Man setzt sich zusammen, mißt die Kräfte in den Verhandlungen und schafft einen Tarifvertrag, wenn es heute noch zu Streiks oder Aussperrungen kommt, so ist das ein seltener Ausnahmefall",

und er wieß auf die Verbundenheit der einzelnen Glieder in diesen beiden großen Klassen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auf die Tatsache hin, daß durch den Verlauf großer wirtschaftlicher Kämpfe beide Parteien erkannt haben, daß auch hier das Wort gilt:

„Friede ernährt, Unfriede verzehrt."

Jetzt wissen wir wenigstens, warum uns die Gewerkschaften mit den Hungerschiedssprüchen von 2, 3 und 4 Pf. Lohnerhöhung wieder in die Betriebe jagen. Die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und der Ausbau derselben ist zum Inhalt der heutigen Gewerkschaftspolitik geworden, nicht zuletzt durch das feste Verwachsen der Spitzen des Gewerkschaftsapparates mit dem kapitalistischen Staat. Das alles bedingte die vollständige Aufgabe der Klasseninteressen des revolutionären Proletariats, dieser Schande verdanken wir auch die Ausschlüsse tausender revolutionärer Arbeiter. Und diese so vollständig ihres Klasseninhaltes beraubten Gewerkschaften, die auf das innigste versippt und verbunden mit den „großen Belangen" der Trustbourgeoisie und 100prozentig die Interessen des Geldsackes wahrnehmen, ausgerechnet diese sollen die Kontrolle über die kapitalistische Produktion ausüben? **Das heißt Liquidierung des Klassenkampfes.** Revolutionäre Arbeiter nahmen bisher an, daß die Aufstellung der Losung der Produktionskontrolle Hand in Hand gehen müsse mit der Eroberung der politischen Macht und ohne diese nicht zu verwirklichen sei. Doch Graf belehrt uns.

Fassen wir zusammen: Kontrolle der kapitalistischen Wirtschaft durch Vertreter des kapitalistischen Staates unter Einbeziehung wirtschaftsfriedlicher, den kapitalistischen Staat festigender Gewerkschaften, das ist der tiefere Sinn der Produktionskontrolle des linken Sozialdemokraten Graf. Er darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, auch auf diesem Gebiete die Geschäfte der Bourgeoisie zu führen.

Vor noch nicht allzu langer Zeit schrieb die „Vossische Zeitung" einmal:

> „Eine neue Berufsidee erfüllt die deutsche Arbeiterschaft. Die Gewerkschaft will den Arbeiter dazu erziehen, seine Arbeit als Dienst am Volke anzusehen. Fordern aber nicht gerade die besten unserer Unternehmer dazu auf, sich nur als die ersten Diener des Volkes zu betrachten? Versucht man nicht in England, dem klassischen Lande des Individualismus, den Wirtschaftsprozeß gemeinsam mit der Arbeiterschaft umzubauen? **Der soziale Liberalismus und der liberale Sozialismus — sie treffen sich auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie."**

Karl Marx hat einmal Menschen dieser Gattung und ihre Bestrebungen, innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaft kleine Verbesserungen herbeizuführen, mit einem einzigen Ausdruck gekennzeichnet, der auch den „linken" Sozialdemokraten Graf auf das treffendste charakterisiert: **Bourgeoisie-Sozialismus!**

Ein ehemaliger Schüler von Gg. E. Graf.

Ein neuer Filmskandal

„Revolte im Erziehungshaus" verboten

Der Derussa-Film „Revolte im Erziehungshaus" nach dem ... kannten Schauspiel von Peter Martin Lampel, der ... fertiggestellt ist, war von der Filmkammer in erster Instanz ... gegeben. Daraufhin eröffneten die beiden Sachverständigen ... Innenministerium und vom Wohlfahrtsministerium ein Tromm... feuer und der Oberregierungsrat Mildener als Vorsitzender ... Kammer legte gegen den Film Amtsbeschwerde ein. Jetzt hat ... Oberprüfstelle unter der Leitung des Ministerialrats Dr. Se... den Bedenken der amtlichen Instanzen Rechnung getrag... „Revolte im Erziehungshaus" ist wegen angebl... „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" verboten worden. An... lich sollen insbesondere die letzten Szenen als „Rezept ... Revolte" deutlich erkennbar sein.

Dies unerhörte Verbot, über das die Zeitung „Berliner Mor... berichtet, zeigt schon jetzt die

Auswirkungen der neuen von Severing vorgelegten Novell...

zum Lichtspielgesetz. Die breiten Massen können sich im al... meinen wegen der teuren Preise ein Theaterstück nicht anse... während sie viel eher in der Lage sind, einen Film im Kino ... anzusehen. Gerade diese Tatsache, daß jetzt durch den Film ... Frage der Fürsorgeerziehung in die breiten Massen hineingewo... wird, veranlaßt Severing und die Bourgeoisie zu einem Ver... Derselbe Severing verbietet diesen Film, der noch im Anfang d... Jahres eine große repräsentative Kundgebung geleitet hat, die ... Herrenhaus stattfand und sich angeblich gegen die Bevormund... durch die Zensur wandte.

Der Bund für koloniale Erneuerung unter Führung von ... Külz hat ein Arbeitsprogramm über die Notwendigkeit deut... kolonialer Arbeit veröffentlicht. Man wünscht sich die Beteilig... Deutschlands an der brutalen Mißhandlung der Kolonialv... wieder herbei.

Jedes Abkommen muß im Lichte der Verteidigung des briti... Reiches beurteilt werden und kein Zugeständnis ist wi... wesentlich, solange dieser Zweck nicht erfüllt wird, schreibt das ... lische Organ „Times" zum ägyptischen Vertrag.

Die englische LSI.-Sektion enthüllt die reformistische Spaltungspolitik

Die Reformisten bereiten Spiele mit den Bürgerlichen vor — Der englische Verband soll gespalten wer...

Die englische Arbeitersportföderation gehört zu den Verbänden der Luzerner Sport-Internationale, die seit ihrer Zugehörigkeit zur LSI. sich bei jeder Gelegenheit für die revolutionäre Einheit des Arbeitersports eingesetzt haben. Es waren englische Arbeitersportler, die zuerst die Blockade der reformistischen Führer gegen die Arbeitersportler der Sowjetunion durchbrachen, um Wettkämpfe in Rußland auszutragen. Weiter hat die englische Arbeitersportföderation trotz ihrer Zugehörigkeit zur LSI. jederzeit freundschaftliche Beziehungen zur RSI. aufrechterhalten, um dadurch den Weg der Zusammenarbeit der revolutionären Arbeitersportler aller Länder zu fördern. Die Angriffe der sozialdemokratischen Partei Englands, der Labourpartei, haben nicht verhindern können, daß die Arbeitersportföderation zielbewußt ihre Arbeit im Interesse der Arbeitersportbewegung fortsetzte. Die Erfolglosigkeit der Aktion der reformistischen Führer in England führte zur Gründung einer sozialdemokratischen Fußball-Liga. Welcher Geist in dieser Organisation herrscht, die zahlenmäßig bei weitem nicht an die Arbeitersportföderation heranreicht, wird schon bewiesen durch die Tatsache, daß Macdonald, der Premier-Minister Seiner Majestät des englischen Königs, an der Gründungsversammlung dieser Splitterorganisation teilnahm.

Aber nicht nur die sozialdemokratische Partei Englands führte den Kampf gegen die Arbeitersportföderation. Die reformistischen Führer der LSI., die Gellert, Silaba und Genossen, waren es, die gegen ihre eigene Organisation in England den Kampf aufnahmen und jederzeit die Spaltungspolitik der Labourpartei unterstützten. In einem Offenen Briefe der Arbeitersportföderation an die LSI., deren Mitglied sie heute noch sind, werden die Methoden aufgezeigt, mit denen die reformistischen Führer arbeiten, um den englischen Verband zu spalten. Es heißt u. a. in diesem Offenen Brief:

> „Wir wollen darauf hinweisen, daß im Juli d. J. der Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbund einen gewissen Herrn Bunjan in England beauftragte, eine Mannschaft für Deutschland zusammenzustellen. Im Jahre 1927 hat derselbe bereits eine Mannschaft nach Deutschland gebracht, die nur aus bürgerlichen Sportlern bestand, die nicht einmal Gewerkschaftsmitglieder waren; nur ein Spieler war Mitglied der Arbeitersportföderation. Das Spiel wurde durchgeführt gegen den Willen der englischen Arbeitersportföderation.
>
> Weiter wollen wir darauf hinweisen, daß diese sogenannte Arbeitersportmannschaft, die Deutschland im Jahre 1929 zu besuchen beabsichtigt, absolut nicht die Sportbewegung unseres Landes vertritt und daß sie hauptsächlich aus bürgerlichen Sportlern besteht, die faktisch Professionalisten sind.
>
> Es ist vollständig klar, daß das Exekutivkomitee der ... über diese Tatsachen informiert ist, die eine direkte Uebertre... der Beschlüsse vieler Konferenzen der Internationale sowie ... Statuten bedeuten, nach denen solche Sportveranstaltungen ... von Landessektion zu Landessektion vereinbart werden kö... Die Sportvereinigung der Arbeiterpartei in London gehört ... der Internationale an und laut Statut kann sie nur durch ... d. h. durch die englische Arbeitersportföderation, Mitglied ... Internationale werden. Die Gründung der Splitterorgani... ist nichts weiter als ein niedriger, bewußter Versuch ei... früherer Funktionäre der englischen Arbeitersportföder... unsere schnell wachsende Bewegung zu hemmen.
>
> Wir bringen dem Bureau der LSI. zur Kenntnis, daß ... alles daransetzen, um das englische Kommando, das nach De... land fährt, in seiner Zusammensetzung zu entlarven al... Beispiel für die Versuche, die darauf gerichtet sind, die Ar... sportbewegung unseres Landes zu spalten und zu schwächen, ... suche, denen Ihr (das Büro der LSI.) Vorschub leistet."

Nachdem in dem Aufruf der LSI.-Sektion in England ... gesprochen wird, daß die LSI. nichts unternommen ... um die Arbeitersportbewegung Englands zu unterstützen, und ... dem festgestellt wird, daß auf der nächsten Reichskonferenz der ... beitersportföderation die Frage des Abbruches der ... ziehungen mit der LSI. und der Anschluß an die RSI. ... Tagesordnung stehen wird, heißt es im Schlußteil des Aufrufs:

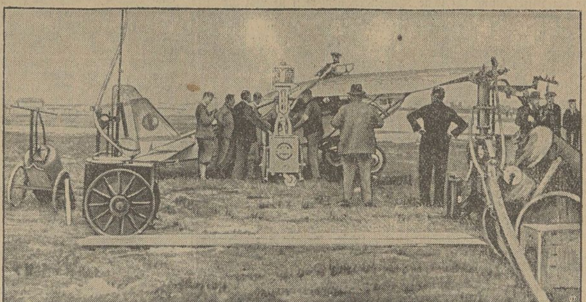
> „Wir beabsichtigen, Eure (der Leitung der LSI.) verräter... Spaltungspolitik vor den Arbeitern der Sportinternational... entlarven und sie vor Euren Verbündeten in England, den ... talistischen Sportorganisationen und dem Sportverband ... Londoner Arbeiterpartei, zu warnen. Wir wenden uns ... diesem Brief nicht nur an Euch, sondern an die gesamte ... beitersportbewegung, weil Euer Verhalten ein Beispiel ist ... Euren Verrat an den Grundprinzipien des Arbeitersports."

Wir sind neugierig, was die Herren Gellert und Genossen ... den Veröffentlichungen ihrer englischen Sektion sagen wer... Wir sind aber fest davon überzeugt, daß die deutschen Arbei... sportler alles tun werden, um den Kampf ihrer englischen Gen... zu unterstützen.

Spaltungsarbeit der Sozialdemokraten auch i... Friedersdorf

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein Friedersdorf, der im J... 1922 laut Beschluß der Generalversammlung des bürgerlichen T... vereins „Frisch auf" sich als neues Glied in die Arbeitersp... bewegung einreihte, erfreute sich bis zu den Jahren 1926/27 ei... erfreulichen Aufstieges. Die Mitglieder brachten jedes Opfer, ... den Verein auf die Höhe zu bringen. Unser junger Arbeiter-Tu... verein zählte bald zu einem der besten Vereine im 8. Bezirk. ... unternahm jedoch ein Sozialdemokrat, der sich vordem zum ... sitzenden wählen ließ, fortgesetzt Versuche, um den Verein zu ei... Filiale der hiesigen SPD.-Ortsgruppe zu machen. Die Mitglie... der SPD. gehörten dabei größtenteils bis zum Jahre 1926 bürg... lichen Vereinen an. Wenn der bürgerliche Radfahrerverein ... Orte noch existierte, wäre der betreffende Sozialdemokrat H... wahrscheinlich heute noch Mitglied desselben. Die junge Mitgli... schaft des Arbeiter-Turn- und Sportvereins stand jedoch fast rest... hinter der KPD., was den Sozialdemokraten außerordentlich miß... Deshalb bereiteten sie nach verschiedenen Bezichtigungen den A... schluß einzelner Genossen vor. Durch diese Spaltungsarbeit wu... der Verein außerordentlich geschwächt. Die Arbeiterjugend wu... durch die Maßnahmen außerdem abgestoßen. Bei der Spaltung... arbeit fand Huth redliche Unterstützung beim Bezirksturnw... Riege, der für seine Hilfsarbeit günstige Chancen bei der ... setzung der Lagerhalterstelle im hiesigen Konsumverein erhof...

55 Sportflugzeuge zu einem Europa-Rundflug gestartet



Seit mehreren Tagen wurden auf dem Pariser Flugplatz Orly alle Vorbereitungen für den großen Europa-Rundflug getroffen, der am 7. August seinen Anfang genommen hat. Sämtliche Flugzeuge und Flugzeugführer mußten sich schwierigen Prüfungen unterziehen, ehe sie zum Rundflug zugelassen wurden. — Unser Bild zeigt eines der am Wettbewerb teilnehmenden Flugzeuge beim Tanken.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Er... Behnke, Halle, für Lokales und Saalkreis; Bernard Koenen, Merseb... für Provinz; Fritz Beyling, Halle, für Feuilleton, Reporter, Sport; Bru... Rothe, Halle, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Alfred Buh... Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

Arbeitshosen müssen von Hammerschlag, Gr. Ulrichstr. 37 sein, dann sind sie richtig

Gestreifte Neuleder- und Pilot-Hosen:	3,90	4,90	5,90	6,90	7,90
Blaue Haustuch-Köper-Jacken od. -Hosen:	1,90	2,90	3,90	4,50	5,00
Hosen für den Weg, schöne K'-Garn-Muster:	2,90	3,90	4,90	5,90	6,90

Blaue Arbeitsanzüge
Größte Spezialabteilung

Julius Hammerschlag, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 37 (Parterre und I. Etage)

Auch Sie von auswärts
kommen Sie einmal zur Gr. Ulrichstr. 37. Es ist vielleicht einige Schritte weiter übern Markt, aber der Weg lohnt sich bestimmt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0008

Mitteldeutschland

Im Straßenverkehr tödlich verunglückt

Ein schwerer Unglücksfall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich am Mittwoch in Leipzig. Beim Ueberschreiten der Straße wurde die 44jährige Werkmeistersgattin Albine M. von einem Kraftwagen erfaßt und beiseite geschleudert. Die Verunglückte wurde schwer verletzt und bewußtlos mit dem Rettungsautomobil der Feuerwehr nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Dort verstarb die Frau, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Folgen des Schandparagraphen 218

Eine Verkäuferin begeht Kindesmord

Vor drei Wochen hatte eine 21jährige Verkäuferin aus Braunlage ihr neugeborenes Kind erwürgt und an der Bode in Brennesseln versteckt. Die Täterin gestand, daß das Kind lebend zur Welt gekommen ist.

Leipzig. Kautionsschwindler. Zwei Betrüger, die sich Meyer und Wolff nannten und sich für Vertreter einer Schokoladenfabrik ausgaben, werden von der Kriminalpolizei gesucht. Sie erließen Anzeigen, in denen ein Beifahrer gesucht wurde. Die sich Meldenden nahmen sie gegen Stellung von 300 Mark „Kaution" alle an. Mit zwei Schreibmaschinen, die sie nicht bezahlt haben, sind die Betrüger verschwunden.

Leipzig. Die städtischen Theater im Konkurrenzkampf. In der letzten Sitzung des Kreisausschusses zu Leipzig nahm Oberbürgermeister Dr. Rothe Stellung gegen die Konkurrenzgefahr für die Leipziger Theater von seiten der Varietés. Die städtischen Theater erhielten einen Zuschuß von jährlich 1,5 Millionen Mark, der abgebaut werden müsse. Dafür erhebe sich die Notwendigkeit, die städtischen Theater in jeder Hinsicht zu fördern. (Nichtgenehmigung der Ausnahmebewilligung für Varietéunternehmungen.)

Gera. Blitzschlag in ein Gehöft. In die alte Domäne Dürrenberg bei Köstritz schlug der Blitz ein. Die Seitenflügel des großen Gehöfts wurden völlig durch die Flammen vernichtet. Das Vieh konnte gerettet werden.

Gera. Flugverbindung Gera—Erfurt. Durch die Zusammenlegung der Strecke Gera—Plauen mit der Strecke Plauen—Schwarza—Erfurt ist für Gera noch eine Verbindung nach Erfurt und von Erfurt aus geschaffen worden.

Bad Colberg. Massenfleischvergiftung. Hier erkrankten zirka 20 Personen nach dem Genuß von amerikanischem Büchsenfleisch. Drei Personen wurden ins Koburger Landkrankenhaus eingeliefert, doch gibt ihr Befinden zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Köthen. Todesopfer eines Motorradunfalls. Am Sonntagnachmittag stieß am Schnittpunkt der Edderitzer und Wülknitzer Kreisstraßen der Motorradfahrer H. aus Großbadegast mit einem Kraftwagen zusammen. H. ist seinen schweren Verletzungen im Kreiskrankenhaus Köthen erlegen.

Großweißandt (Kreis Köthen). Zwei Schwerverunglückte beim Strohverladen. Auf dem hiesigen Bahnhof stürzten beim Strohverladen der Aufseher Helmecke und der Arbeiter Lindemann ab. Beide trugen anscheinend schwere innere Verletzungen davon.

Stedby (Anhalt). Der Biber wird gezählt. In den Monaten September und Oktober wird die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Sitz Berlin, im Gebiet der Elbe und ihrer Nebenflüsse eine Biberzählung vornehmen. Die Leitung liegt in der bewährten Hand des bekannten Biberforschers Amtmann Behr in Stedby.

Dessau. Starke Bevölkerungszunahme in Dessau. Gemäß dem Bericht des Einwohnermeldeamtes hat Dessau Einwohnerzahl am 1. August 78 000 überstiegen. Demnach gibt es im Vergleich zu der Zahl am Anfang des Jahres 800 Einwohner mehr.

Festenburg i. H. Das „Schalter Waldgespenst" zur Strecke gebracht. Ein kapitaler Zehnender, der zu den stärksten Hirschen des Oberharzes gehörte und in Jägerkreisen den Namen „Schalter Waldgespenst" führte, wurde kürzlich von einem Jäger erlegt.

SPD.-Verfassungsrummel anstatt Arbeiterpolitik

„Bis zum letzten Loch im Hungerriemen der Erwerbslosen"

Der Sachverständigenausschuß zur Reform der Arbeitslosenversicherung hat seine Arbeiten beendet. Beschlossen wurden weitgehendste Verschlechterungen für die Erwerbslosen.

Haben wir bisher etwa menschlich gelebt? War es nicht die ganzen Wochen und Monate hindurch ein elendes Hungerleben? Keine Aussicht auf Arbeit! — Jede Woche neue Scharen aus dem Produktionsprozeß entlassener Arbeiter und Arbeiterinnen. Dabei die schikanösen Behandlungen nervöser Arbeitsamtsangestellter. Von den vollgefressenen Spießbürgern als Faulenzer beschimpft. Der Willkür der einzelnen Arbeitsämter über Auslegung der Gesetzesparagraphen zur Arbeitslosenversicherung ausgesetzt.

So ist unser Alltag grau, freudlos und unerträglich. Immer mehr Selbstmorde, immer mehr Verzweiflungsakte der Proleten, die Ausweg suchen aus der Gesangenschaft der sozialen Not.

In den nächsten Tagen großer Verfassungsrummel. Wieder werden allerorts „prächtige Reden" gehalten über das Glanzwerk der Weimarer Verfassung. Während Millionen deutscher Arbeiter aus Hunger dem Siechtum verfallen, die vor kurzen Jahren noch blühende, kräftige Menschen waren, feiern die Parasiten der deutschen Republik ihre Verfassung, eine Verfassung, die den Reichen, den Besitzenden ein Prasserleben garantiert, während die Besitzlosen immer mehr Gefängnisse und Zuchthäuser füllen. Deutschland auf dem Wege zur Barbarei, zum kulturellen Untergang. Wo ist der Frieden, wo ist die Freiheit, wo ist Brot, wo der Beginn des Sozialismus, den die Sozialdemokratische Partei fahrelang verspricht? Sie macht Koalitionspolitik mit den Ausbeutern gegen das Proletariat und den Sozialismus. Als willenloses Werkzeug von den Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse läßt sich die SPD. gebrauchen. Ihr Einsatz für Volksfreiden ist elende Phrase. Ihre Zustimmung zur Weimarer Verfassung, mit der sie dem arbeitenden Volke seine Befreiung versprach, hat sich längst als Betrugsmanöver herausgestellt. Und Brot, wie das leibliche, das geistige, entbehrt die Arbeiterschaft gerade seit jener Zeit mehr denn je, wo die Sozialdemokratie „mithilft", sich für die Werktätigen „einzusetzen". Die Schreiber dieser Berichte, die Arbeiter-Korrespondenten, sind keine bezahlten Kreaturen u. ä., wie die bürgerlich-sozialdemokratischen Hugenberg-Presse-Leute, sie sind auch nicht, wie es der „Volksbote" seinen Lesern so gern glaubhaft machen will, von Moskau gekauft, sondern Leute, die niederschreiben und in die Welt hinausschreien, was diese korrupte bürgerliche Welt nicht hören will, nämlich das Verreden der Millionen durch die Schuld der bürgerlichen Ordnung und ihrer Organisatoren. Wenn sie von sich reden, reden sie von Millionen wie sie. Was und wer hindert das sozialdemokratisch geführte Reichsarbeitsministerium nun aber, dies Elend zu vergrößern und struktlos „Reformen" auszuheben, um das nötige Geld für Kriegszwecke aus den Erwerbslosen herauszupressen? Der Sozialdemokrat Wissell ist der Trustbourgeoisie durch seine Vergangenheit tausendfach Bürge dafür, daß die notwendigen Summen zur Verfügung der Rüstungsmagnaten stehen. Seine Mitarbeiter, der Sachverständigenausschuß, durchsetzt zu einem großen Teile von Führern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, liefern die rechtliche Begründung zu seinem schamlosen Tun.

Die Erwerbslosen werden in diesen Herbst- und Wintermonaten, soweit sie bis dahin nicht schon verhungert sind, das „letzte Loch" im Hungerriemen benutzen müssen.

Der „Sozialismus marschiert" unter Wissells Hunger-Diktatur gar mächtig in der Deutschen Republik. Er marschiert mit raschem Schritt zum Friedhof, und Millionen Verhungerter klagen in der Welt die sozialdemokratischen Führer als Verräter an ihrer Klasse an. Der Zeitzer „Volksbote", welcher in der Freitag-Nummer zu den neuesten Ersparnismaßnahmen ihres Genossen Wissell Stellung nimmt, überschreibt seinen Leitartikel mit „Unmöglich". Nun, wir Arbeiter hielten schon so manches in der schwarzrotgelben Republik für unmöglich, was mit Hilfe der Sozialdemokratie grausame Wahrheit wurde. Wer sich als Arbeitervertreter mit der Bourgeoisie verbindet, der muß ihren Handlungen, also Verschlechterungen der Erwerbslosenfürsorge, zustimmen und „Verständnis" dafür bei den Arbeitern schaffen. Und diese Rolle erfüllen die Sozialdemokraten mit allen Mitteln.

170 Millionen gedenkt man „vorläufig" aus der Verkürzung der Erwerbslosenbezüge zu ersparen. Eine weitere Erhöhung um ½ Prozent, um den Einnahmeausfall von 100 Mill. Mark der Reichsanstalt zu decken, seitens der freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Abgeordneten, eingebracht als Antrag, wurde abgelehnt. Einzelheiten darüber, was von grundsätzlicher Bedeutung in dem Reformauschuß beschlossen, bringen wohl die „Zeitzer Neuesten Nachrichten", nicht aber der „Volksbote".

Wenn die Sache nicht so verdammt ernst für uns Erwerbslose wäre, wirklich, man könnte über die Schreibweise des „Volksboten" lachen. Er macht seinen Lesern eine elende, heuchlerische Maskerade vor. Sie soll den sozialdemokratischen Arbeiter und Erwerbslosen weiter bei den Verrätern halten, soll ihm weiter glaubhaft machen, daß es die SPD. ehrlich meint mit den Arbeiterinteressen. „Dieses Reform-Programm wird bei der freiorganisierten Arbeiterschaft auf schärfsten Widerstand stoßen." So stehts wörtlich im „Volksboten" und damit wird auch sein ganzer „Kampf" beendet sein. Oder glaubt wirklich im Ernst jemand daran, daß das, was in Berlin mit Hilfe der ADGB.-Führer mit vielen Ränken und Schlichen ausgekobelt und beschlossen wurde, im Bereiche der einzelnen Arbeitsämter seitens der örtlichen Gewerkschaftsbürokraten bekämpft werde?

Die Zeitzer sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen Arbeitervertreter hatten hier ein dankbares Tätigkeitsfeld. Hier könnten sie einmal ihren so oft betonten revolutionären Eifer zeigen. Eintreten für ihre Mitglieder, für die Erwerbslosen, ist doch eigentlich der Sinn und Zweck ihres Berufes. Oder haben wir Kommunisten recht, wenn wir schon heute sagen:

Die SPD.-Bürokraten werden wegen den Erwerbslosen nicht von ihren Büroessseln herunterklettern und sich in Ungnade setzen bei ihren Freunden in der Regierung.

Sie werden so lange ihre traurige Rolle als Verräter an der Arbeiterklasse spielen, bis die Revolution auch über sie zur Tagesordnung übergeht. Dazu gilt es aber für uns Kommunisten, unermüdlich zu mobilisieren und die Erwerbslosen aufzuklären, sie einzureihen in die Klassenfront der revolutionären Arbeiterschaft. Gebt den sozialdemokratischen Salonrepublikanern am Sonntag den verdienten Fußtritt, laßt sie allein mit ihren Gebieteern, der Bourgeoisie, die die Schandverfassung hochleben lassen!

Die erwerbslosen Arbeiterinnen

haben nur Aussicht auf Besserung ihrer Lage und auf Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die jahrelanges Elend und Siechtum über Millionen von Familien bringt, wenn sie sich

zusammenschließen in breiter Front

mit den kampfentschlossenen männlichen Arbeitern. Daneben bedürfen sie der engsten Verbindung

mit den übrigen Massen der werktätigen Frauen!

In allen Orten müssen sie daher schon jetzt Stellung nehmen zur Wahl von Delegiertinnen zu der

Bezirkskonferenz der werktätigen Frauen in Halle am 15. September

9 Männer im Eis

VON OTTO KATZ

Dokumente einer Polartragödie

Copyright 1929 by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 9 34

Die Viglieri-Gruppe wird befragt. Die fünf Männer haben mit Malmgreen die Luftreise gemacht. Sie können beurteilen, wie der Gesundheitszustand Malmgreens beim Abmarsch war. Aus den Erzählungen der Viglieri-Leute geht hervor, daß Malmgreen keine Schüsselbeinbruch, sondern lediglich Quetschungen davontrug. Zwar Gliederschmerzhaft, aber nicht derart, daß sie ihn der Kräfte beraubt hätten. Professor Behounek insbesondere erklärte, sich genau zu entsinnen, daß Zappi selbst die Quetschung festgestellt hatte und einen Bruch bestritt. Uebereinstimmend konnte man der Darstellung der Viglieri-Leute entnehmen, daß sie das Drängen Nobiles, der Malmgreen förmlich auf den Marsch hetzte, mißbilligten und daß sie es für richtiger gehalten hätten, wenn der Schwede im „roten Zelt" geblieben wäre.

Der Arzt geht an die Untersuchung der Geretteten. Mariano befand ist erbarmungswürdig. Er hat beinahe 40 Grad Fieber und ist vollständig entkräftet. Die rechte Sohle war erfroren, die ersten Anzeichen von Brand machten sich bemerkbar. Dr. Sredniewski hielt eine Amputation für notwendig. Sie unterblieb auf Wunsch der Italiener. Der Schiffsarzt der „Citta di Milano" sollte erst sein Urteil abgeben. Zappis Körpertemperatur überstieg kaum die normale, 37 Grad. Sein Magen, angeblich 13 Tage ohne Nahrungsaufnahme, arbeitete so befriedigend, daß der Kapitän schon am zweiten Tage normale Kost erhielt. Der körperliche Zustand der übrigen war weniger befriedigend. Ceccionis selbst angefertigte Beinschienen waren ungereichend und unsachlich angelegt, so daß die Brüche falsch verheilt waren. Er mußte sich einer langen Heilprozedur unterziehen.

Die Rettung rief in der Welt eine unbeschreibliche Freude hervor. Die Zeitungen veranstalteten Extraausgaben. Am ersten Tage waren sie voll Lob für den „Krassin" und seine Bemannung. Dann, wie auf Befehl, wurde der Name „Krassin" nicht mehr erwähnt. Die bürgerliche Welt befürchtete die tiefe psychologische Wirkung, die die Tat des „Krassin" unbedingt hervorrufen mußte, waren erst die näheren Umstände des Unglückes wie der Polfahrt bekannt. In Deutschland hielten sich nur wenige angesehene Blätter des bürgerlichen Lagers nicht an den Boykott, in Frankreich war das Stillschweigen — auf Wunsch des damaligen Innenministers Sarraut — allgemein.

Um so größer war der Lärm, den die Weltpresse wegen des Falles Malmgreen schlug. In Norwegen schrie man nach dem Richter. Allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß die Italiener Malmgreen aufgefressen hätten.

Eine völlige Klärung des Falles Malmgreen ist nicht zu erwarten. Keine Untersuchungskommission wird je die Stelle des artischen Eises betreten, wo Malmgreen das Grab gefunden hat. Die Untersuchung ist lediglich auf die Aussagen Zappis und der Viglieri-Gruppe angewiesen; doch auch das Schweigen Marianos darf bei der Betrachtung des Falles nicht ohne Wertung bleiben.

Der Fall Malmgreen ist von zwei Gesichtspunkten aus zu betrachten: Auf Grund der Indizien, die vorliegen und die jeden Staatsanwalt zur Erhebung der Anklage veranlassen, wahrscheinlich auch jede Geschworenenbank zur Bejahung der Schuldfrage zwingen würden und auf Grund der Aussagen Zappis, die ein furchtbares Bild von der inneren Verwahrlosung dieses Menschen geben.

Erst der Indizienbeweis!

Es wurde festgestellt, daß Malmgreens Zustand beim Antritt des Marsches ihn nicht minder zum Ertragen der Strapazen befähigte als seine Kameraden.

Malmgreen war ein zäher, willensstarker Mensch. Er wußte aus der Geschichte der Polarforschung, daß bei der Erzeugung Zufälle mitspielen, die außerhalb des Bereiches menschlicher Erwägung stehen. Es widerspricht durchaus seiner Natur, zu resignieren. Es ist mit seiner ganzen Persönlichkeit nicht im Einklang zu bringen, daß er auf Nahrung und Kleidung verzichtete, die Gefährten wegschickte und sich selbst das Grab bereitete. Malmgreen war stets eine Kämpfernatur.

Malmgreen hat durch Zappi angeblich seiner Mutter den Kompaß übermittelt. Es steht außer Frage, daß er, falls die Erzählung Zappis den Tatsachen entspräche, irgendeine Mitteilung gemacht, einige Zeilen geschrieben hätte. Schwäche kann ihn nicht daran gehindert haben, denn er grub sich — immer nach dem Bericht Zappis — das Grab.

Zappi gibt drei, zumindest zwei verschiedene Darstellungen des Falles Malmgreen.

Tschuchnowski sind seine Begleiter haben drei Menschen gesehen.

Zappis Magen funktionierte schon einen Tag nach der Rettung vollständig normal, ein Beweis dafür, daß die Nahrungsmittelzufuhr nicht längere Zeit — keinesfalls 13 Tage — ausgesetzt hatte. **Auch die Körpertemperatur Zappis sprach gegen diese Behauptung.**

Mariano verweigerte jede Auskunft über den Fall Malmgreen, ein Beweis dafür, daß er ein schweres Erlebnis zu verbergen hatte.

Mariano bestätigte, Zappi erlaubt zu haben, ihn aufzuessen. Er fügte einige Male hinzu, daß die Erlaubnis allerdings erst nach seinem Tode gegolten hätte.

Zappi trug die gesamte warme Kleidung der drei. Er brachte es fertig, den todkranken Kameraden nahezu unbekleidet zu lassen und selbst dessen Kleidung zu behalten. Er war entschlossen, für die Erhaltung seines Lebens jedes Mittel anzuwenden.

Aus den neun Punkten des Indizienbeweises läßt sich mit Wahrscheinlichkeit schließen, daß sich der Fall Malmgreen in folgender Form abgespielt haben dürfte: Die drei waren mit ihren Lebensmitteln zu Ende und hatten keine Möglichkeit, sich Nahrung zu beschaffen. Zappi zwang Malmgreen in den Kältetod und fraß ihn dann. Mariano verhielt sich passiv. Zappi beabsichtigte, Mariano ein gleiches Schicksal zu bereiten. Das Erscheinen des „Krassin" brachte ihn von seinem Vorhaben ab. Er zwang den Kameraden wahrscheinlich durch Drohungen und Hinweise, was er in der Heimat zu erwarten habe, über die Vorgänge tiefes Schweigen zu bewahren.

Doch Indizienbeweise müssen nicht richtig sein, Zappi mag nach seinen eigenen Angaben beurteilt werden. Er verließ seinen Kameraden — Malmgreen — in höchster Not, beraubte ihn jeder Möglichkeit, das Leben zu erhalten, indem er ihm Kleidung und Nahrung wegnahm. Er ist gleichgültig, ob dies auf Wunsch Malmgreens geschah oder nicht. Die selbstverständliche Pflicht der beiden Italiener wäre es gewesen, Malmgreen im Besitz von Kleidern und Nahrung zu belassen, solange noch ein Funken Lebens in ihm war. Nicht ohne Schmerz erinnert man sich der fünf Teilnehmer der unglücklichen Scottischen Expedition, die bis zur letzten Minute die Gebote der Menschlichkeit und Kameradschaftlichkeit beachteten.

Zappi beraubte seinen todkranken Kameraden Mariano beinahe aller Kleidungsstücke und gab ihn dem Kältetod preis. Nur durch ein Wunder wurde Mariano gerettet.

Diese beiden von Zappi zugegebenen Handlungen allein genügen. Kein anständiger unbeeinflußter Richter kann ihn freisprechen. In Italien wurde Zappi bei seiner Rückkehr wie ein Held gefeiert.

Tschuchnowskis Rettung

Nach Aufnahme der Viglieri-Gruppe funkte Samoilowitsch an die „Citta di Milano" die Bitte um nähere Angaben wegen der Alessandri-Gruppe. Er beabsichtigte, nach der Abholung Tschuchnowskis, nach dieser Gruppe zu suchen. Ueberraschenderweise hat die „Citta di Milano", von der Suche nach Alessandri abzulassen und die Geretteten auf schnellstem Wege nach Kingsbay zu befördern. Wie sich später zeigte, faßten die Italiener diesen Beschluß auf Grund des Berichtes von Zappi, der, funkentelegraphisch um seine Meinung befragt, jede Suche nach der mit der Ballonhülle abgetriebenen Mannschaft für aussichtslos erklärte.

Gleichzeitig mit der Depesche der „Citta di Milano" kam ein zweite an die Geretteten, die ihnen absolute Schweigepflicht auferlegte und ihnen verbot, irgendwelche Mitteilungen zu machen. Von dieser Stunde an verweigerten die Geretteten jede Auskunft.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0009

Bitterfeld-Wittenberg

An alle Mitglieder des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Bitterfeld

Sonntag, den 11. August, veranstaltet die Ortsgruppe Bitterfeld eine Werbetour nach Jöbrig, Stumsdorf, Petersberg, Ostrau und zurück. Alle Mitglieder, welche sich daran beteiligen wollen, werden aufgefordert, sich zu melden bei den Genossen Schmidt, Rödel, Bormann sowie bei den Unterkassierern. An Fahrgeld für Auto sind zwei Mark festgelegt. Preis für Kinder die Hälfte.

Der Ortsgruppenvorstand. I. A.: Otto Schmidt, Schriftführer.

Machtvolle Kundgebung des Wittenberger Proletariats

Max Hoelz spricht vor überfülltem Saale

Am 2. August hatte die Ortsgruppe der KPD. zu einer Antikriegskundgebung im Muthschen Saal aufgerufen. Der große Saal war überfüllt. Neben der Arbeiterschaft hatten sich auch zahlreiche Spießer eingefunden. Gegen 7½ Uhr eröffnete Genosse R. die Kundgebung und erteilte dem Genossen Hoelz zum Referat das Wort. Tiefes Schweigen im Saal. Er schilderte die drohende Kriegsgefahr, beleuchtete den Konflikt zwischen der Sowjetunion und China und kennzeichnete in diesem Zusammenhang die verräterische Rolle der Sozialfaschisten. Er schilderte die ungeheure Bedeutung der hiesigen Industrie im Kriegsfalle und ermahnte die Sprengstoff- und Stickstoffarbeiter, die verkappten Arbeitsmethoden zu beobachten. Genosse Hoelz streifte noch die blutigen Maiereignisse in Berlin, was selbst unter den anwesenden SPD.-Arbeitern Empörung auslöste. Die Verleumdungen der SPD.-Presse über seine Person quittierte die Versammlung mit Pfuirufen. Mit einem dreifachen „Rot Front!" auf die Sowjetunion und politischen Gefangenen beendete Genosse Hoelz unter starkem Beifall seine Ausführungen. —

Als der Genosse Hoelz von der Wittenberger Arbeiterschaft Abschied genommen hatte, ergriff der Genosse R. das Wort. In scharfen Worten geißelte er die bestehende Gesellschaftsordnung. Er wies bei dieser Gelegenheit auf die kommenden Kommunalwahlen hin, wo Gelegenheit wird, mit den Arbeiterfeinden abzurechnen. Nur die Kommunistische Partei ist die Vertreterin der Arbeiterschaft. Ihr gehört die Stimme jedes revolutionären Arbeiters.

Diese Kundgebung hat abermals bewiesen, daß der überwältigende Teil der hiesigen Arbeiterschaft trotz der infamen Hetze der Bassüner und Ko. in Gemeinschaft mit der SPD., fest hinter der Kommunistischen Partei steht.

Bitterfeld. Flugblätter der Kommunisten wirken auf die Schupo wie das rote Tuch auf den — — — Die Antikriegskampagne der KPD. hat es auch der hiesigen Schupo angetan. Die eigentlichen Urheber erblickten die Ordnungshüter scheinbar in den Flugblattverteilern. Am Sonnabend wurden von dem schießlustigen Schupo, der anläßlich der Demonstration grundlos das Schießeisen zog, zwei Jugendgenossen verhaftet. Nach der Ansicht dieses objektiven Gendarmen genügt ein bloßer Verdacht zur Verhaftung. Auf der Wache wollte man dann unseren Genossen noch so verschiedene Dingerchen von der Dreschereі am letzten Donnerstag unterschieben. KPD.-Mitglieder hießen aber nicht „Schreck". Die Jagd nach den Handzettelverteilern verlief natürlich ebenfalls negativ. Das ist eben das beste Zeichen, daß die „Achtgroschenjungenarbeit" des Stahlhelms im Hause des Herrn Hermann Henze den Anforderungen einer Jagd nach Kommunisten noch längst nicht genügt. Diesem Herrn Eisenbahner kann man etwas mehr Vorsicht raten. Mehr von dieser Stelle nicht!!

Jessen (Elster). Neue Postautolinie. Einem lange gefühlten Bedürfnis entsprechend wird nunmehr die schon bestehende Postautolinie Torgau—Prettin von Prettin nach Jessen weitergeführt werden, so daß künftig eine unmittelbare Postautoverbindung zwischen Torgau und Jessen besteht, die im Hinblick auf die nicht eben günstige Eisenbahnverbindung zwischen den beiden Städten wahrscheinlich rege benutzt werden wird. Das Postauto wird normitags je einmal von Torgau nach Jessen und zurück fahren. Probefahrten durch die sogenannten Elbauedörfer haben bereits stattgefunden.

„Unser Kaiser absolut, wenn er unsern Willen tut!"

Auch die Landarbeiter bleiben dem Verfassungrummel fern

Die besitzende Klasse hatte nach dem November-Zusammenbruch 1918 es sofort verstanden, die SPD. noch fester an sich zu ketten. Sie ermöglichte die Weimarer Koalition und stellte dieser die Aufgabe, eine Verfassung zu schaffen. Sie konnte aber erst dann erledigt werden, wenn die Bewegung der Arbeiter an allen Orten unterdrückt war.

Die Hauptaufgabe war darum die Niederschlagung der Arbeiterschaft, um in Ruhe die Verfassung im Weimarer Theater beschließen zu können.

Freikorps wurden darum bewaffnet und die Arbeiter entwaffnet. Blutiger weißer Terror wurde gegen die letzte Festung der revolutionären Arbeiterschaft, die bayrische Räterepublik, eingesetzt. Derweil sich die Arbeiter auf einen Kampf mit den weißen Banden vorbereiteten, schloß Toller mit der Regierung ein Kompromiß, das der Arbeiterschaft viel Blut gekostet hat.

Nachdem diese Blutarbeit erledigt war, konnte mit fieberhafter Eile an die Verfassung gegangen werden.

Das Zentrum machte sofort seine Zustimmung zu dem Entwurf von der Auslieferung der Schule an die Kirche abhängig und erhielt seinen Willen.

Als die Arbeiter von Berlin dann später von der USPD. ausgerufen wurden, für die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung zu demonstrieren, ließ Noske seine Soldateska vor dem Reichstagsgebäude in die Arbeiter schießen, worauf 30 Tote und eine große Zahl Verwundeter sich in ihrem Blute wälzten.

So ward die Verfassung aus der Taufe gehoben

Die ganze kapitalistisch-demokratische Republik beruht auf dem Schwindel, daß mit dem ausgeübten Wahlrecht das „Volk" seine Macht ausübt. Die SPD.-Presse will natürlich ihrem Anhang schmackhaft machen, nachdem die Krone gefallen sei, hätte sich alles geändert und jedermann kann zufrieden sein. Anders denken heute die Machthaber von früher.

„Unser Kaiser absolut, wenn er unsern Willen tut", sagten die Ritter von Ar und Halm früher, um damit anzudeuten, daß sie die Bestimmenden im Staate sind. Diese Ritter sind in den Hintergrund getreten, und an ihrer Stelle sind es heute die Finanzgewaltigen, die die Richtung der Politik angeben.

Der Stat ist — nach Karl Marx — das Mittel der wirtschaftlich herrschenden Klasse, mit dem sie die andere Klasse unterdrückt. Der Staat ist das Machtinstrument einer Klasse und nicht des „Volkes", wie es die Sozialfaschisten stets zu fälschen belieben.

Die wirtschaftlich herrschende Klasse ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die noch in der deutschen Republik besteht, die kapitalistische Klasse. Sie bestimmt darum in der deutschen Republik die Politik, ganz gleich, ob an der Regierung die Sozialfaschisten oder andere Bürgerliche sind. Die „politische Gleichberechtigung", die angeblich die Verfassung dem ganzen Volke gibt, ist nur eine formale. Sie ist eine hohle Phrase, solange daneben die wirtschaftliche Gleichberechtigung fehlt. Da die Arbeiter dies längst erkannt haben, versuchen die Sozialfaschisten die Arbeiter damit zu täuschen, daß sie ihnen als neue Parole die Wirtschaftsdemokratie im Kapitalismus vorsetzt.

Aber auch diese Parole zieht nicht mehr, und die Arbeiter wenden sich in immer größerer Zahl von den Roßtäuschern ab.

Jugendgenosse!

„Der Krieg", Dein Kriegsbuch, ist erschienen!

Mansfeld-Sangerhausen

Langenbogener Gemeindevertretung und Wohnungsbau

Kleinlicher, erbärmlicher Egoismus treibt die tollsten Blüten

Seit Jahren verlangen die Kommunisten in der Gemeindevertretung den Bau von Wohnungen durch die Gemeinde. Ein Antrag, der zu diesem Zweck gestellt war, wurde von den bürgerlichen Vertretern abgelehnt. Der Direktor Köhler gebrauchte dabei sogar die schnoddrige Ausrede, daß die deutschen Arbeiter künftighin sowieso auswandern müßten, da sie keine Arbeit mehr bekommen würden. Da nun in letzter Zeit die Kommunisten den Antrag erneut stellten, kamen einige bürgerliche Vertreter doch zur Einsicht, änderten ihre Stimmabgabe und es ergab sich ein Abstimmungsresultat von 6 gegen 6. Gleich nach der Abstimmung verließen die sechs Vertreter, die gegen den Bau gestimmt hatten, darunter drei sogenannte Arbeitervertreter, die Sitzung. Wegen der Schande, die diese drei Arbeiter auf sich geladen haben, veröffentlichen wir hier die Namen derselben. Es waren Reinicke, Zimmermann und Braune. Aber sie sind gleichzeitig „Eigentümer" kleiner Häuser wie auch die drei bürgerlichen, die die Sitzung verlassen hatten. Das Privatinteresse, nackter Egoismus, hatte sie bei ihrer Stimmabgabe geleitet. Diese Leute behaupten, daß sie als Hausbesitzer die Mittel aufbringen müßten, für die Deckung der Mieten in dem Neubau. Das ist natürlich ein glatter Unsinn. Diese Herren „Hausbesitzer" wurden nun mächtig aktiv, stellten einen Dringlichkeitsantrag gegen das Wohnungsbauprojekt, sammelten Unterschriften bei den Hausbesitzern, wofür sich besonders der ehemalige Arbeitervertreter Zimmermann und der Siedler Meißel ins Zeug legten.

Dieser Meißel behauptet, daß die kommunistischen Vertreter schuld wären, wenn den Siedlern ein Teil ihres Geländes abgenommen werde. Die Sache liegt aber bekanntlich anders, denn wenn tatsächlich eine Beschränkung des Besitzes der Siedler erfolgte, so nur durch

das Zusammengehen der Vertreter der Regierung mit der Großaudeutefirma Wenzel.

Allen ist bekannt, daß die Gemeinde beantragt hatte, dem Wenzel Bauland zu enteignen, da der Gemeinde solches nicht zur Verfügung steht. Die Firma Wenzel hat es aber verstanden, die Regierungsvertreter einzuwickeln und zu bestimmen, daß das für sechs Wohnungen notwendige Bauland den Siedlern abgenommen wird. So kommt es, daß die Regierung dazu überging, den Siedlern ¼ bis ½ Morgen Land wegzunehmen und man scheut sich nicht, die fadenscheinige, unhaltbare Begründung von Wenzels Einspruch weiterzugeben, nämlich, „daß ja die Siedler Landwirtschaft betreiben."

Trotz aller Treibereien ist nun aber in der letzten Gemeindevertretersitzung auch der formelle Beschluß für den Bau der sechs Wohnungen gefaßt worden. Inzwischen war der Bau ausgeschrieben, die Bewerbungen lagen vor und es stellte sich heraus, daß zwei Gemeindevertreter, die bisher gegen den Bau dieser Wohnungen gestimmt hatten und dabei Bauhandwerksmeister sind, sich mit bemorben hatten um die Aufträge an den Neubau! — Wahrlich eine nette Sorte Gemeindevertreter Ihr Egoismus geht über alles.

Nach Schluß der Sitzung kam es zwischen anwesenden Zuhörern und Gemeindevertretern noch zu Auseinandersetzungen, wobei dem Reinecke vom Genossen Köhlstedt klargemacht wurde, daß Reinecke schon längst verpflichtet sei, sein Mandat niederzulegen, da er es bei der damaligen Wahl von der Kommunistischen Partei übertragen bekommen habe. Nachdem er jedoch seit längerer Zeit nicht mehr Arbeiterpolitik mache, sondern zu den Feinden der Arbeiterklasse übergegangen sei, habe er kein Recht mehr, das Mandat zu behalten. Die Arbeiterschaft beurteilt ihn wegen seiner Grundsatzlosigkeit schon richtig. Aber auch dem Zimmermann muß sie zeigen, daß sie keinem Arbeiterfeinde noch freiwillig das Geschäft steigern helfen will. Meidet die Händler, die offen gegen Euch kämpfen und

tätigt Eure Einkäufe in der Arbeiter-Konsumgenossenschaft!

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Schwere Niederlage der Spalter

in der Naumburger Arbeitersportbewegung

Die am Sonnabend, dem 3. August, stattgefundene und stark besuchte Vierteljahrsversammlung des „Vereins für Leibesübungen" wurde zum Wendepunkt in der Naumburger Arbeitersportbewegung. Mit über 80 Prozent der Anwesenden entschied sich die Versammlung gegen die Spaltungspolitik der Reformisten und für die revolutionäre Sportopposition.

Die von den Sozialfaschisten Wipprecht, Schilling und Hinrich eingeleitete Aktion zum Hinauswurf der oppositionellen Arbeitersportler schlug in ihr Gegenteil um. Sie brachte den reformistischen Drahtziehern ein Mißtrauen, von dem sie sich nicht wieder erholen werden. Der Sportgenosse Karl Keil, Vorsitzender des Arbeitersportkartells, sollte die „Rote Sportwoche" vertrieben haben und den ausgeschlossenen Genossen Neubert als Redner zum Stiftungsfest nach Wethau bestimmt haben. Diese „schweren Verbrechen" des Genossen Keil wurden durch Wipprecht an den Bundesvorstand denunziert, welcher dem Genossen Keil ein Ausschlußverfahren anhängte und nach Ausage Schillings vor dem Ausschluß nicht zurückschrecken wird. Die Versammlung entschied sich fast restlos gegen den Ausschluß des Genossen Keil. Ueber den Antrag des Genossen Zeitschel, welcher sich gegen das Ausschlußverfahren wandte und dem Genossen Keil das Vertrauen aussprach, ließ der Vorsitzende Schilling nicht abstimmen. Schilling wollte als Diktator auftreten und erntete aber einen Proteststurm der Anwesenden. Das Verhalten Schillings, der oppositionellen Rednern das Wort verbieten wollte und gegen Wieglepp, der dreiviertel der Anwesenden als bundesschädigend bezeichnete, nicht einschritt, brachte einen Mißtrauensantrag gegen ihn in. Ueber diesen Antrag ließ Schilling ebenfalls nicht abstimmen und erreichte, was er wollte: die Versammlung flog auf. An den oppositionellen Sportgenossen liegt es nun, in ihren Abteilungsversammlungen zu verlangen, daß eine weitere Versammlung stattfindet, in welcher Schilling und Konsorten von ihrem Posten verschwinden müssen, während der Genosse Keil weiter Mitglied und Funktionär bleiben muß. Für den Fall, daß die Freunde Gellerts vor dieser Versammlung kneifen, muß sie von den oppositionellen Funktionären einberufen werden.

Vorwärts auch in Naumburg bis zum Sieg

Weißenfels. Der Weißenfelser Volkschor mit den Bürgerlichen Arm in Arm zum Verfassungsrummel. Freudig berichtet das „Weißenfelser Tageblatt", daß es dem Polizeipräsidenten Krüger gelungen ist, neben den bürgerlichen Sportlern und den teutschen Sängern — den Weißenfelser Volkschor zur Verfassungsfeier am 11. August auf dem Stadion zu gewinnen. Damit zeigt sich aufs neue, wohin der Kurs der Sozialdemokraten führt. Jahrzehntelange revolutionäre Tradition der Arbeitersänger sind damit begraben worden. Höher gehts nimmer. Anstatt mit dem Proletariat zu kämpfen, leiht man dem Bürgertum die Kraft. Arbeitersänger — erkennt endlich, daß Ihr zum Proletariat gehört!

Kindersportfest des Sport- und Kulturkartells Weißenfels

Am kommenden Sonntag (11. August) findet das Kinderfest im ideal gelegenen Bad der Wer (hinter der Mariemmühle) statt. Punkt 13 Uhr beginnt der Abmarsch von der Promenade. Dasselbe wird in Form eines Kindersportfestes vom Stapel gehen. Alle Anmeldungen sind an die Funktionäre des Kartells und der Arbeitersportvereine zu richten. Der Festbeitrag für Kinder beträgt 50 Pfennig, Erwachsene zahlen 20 Pfennig Eintritt. Arbeitereltern! Schickt Eure Kinder zu uns!

Bottendorf. Der Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität" zu Bottendorf veranstaltet am Sonnabend, dem 10. und Sonntag, dem 11. August, großes Stiftungsfest, verbunden mit Reigen- und Kunstfahren. Wir laden alle Arbeiter und Arbeiterinnen von Bottendorf und Umgegend zu unserem Feste ein. Ebenfalls fordern wir die Sportgenossen aus der Umgegend auf, sich an der Demonstration, welche am Sonntag, dem 11. August, nachmittags 2½ Uhr stattfindet, zahlreich zu beteiligen, damit wir unserem hartnäckigen Gegner am Orte zeigen können, daß der Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität" am Orte marschiert.

„Klassenkampf"-Leser! Der Abonnementsbetrag ist im voraus zu entrichten. Wir bitten dringend, unseren Trägerinnen die Einkassierung und Abrechnung zu erleichtern. Der Verlag.

Merseburg-Querfurt

Schkeuditz. Nachbefeuerung der Flugstrecke Schkeuditz—Berlin. Die Flugstrecke Schkeuditz—Berlin soll bis zum Herbst d. J. mit Leitfeuern versehen werden. Auf dem Flugplatz Halle—Leipzig und Umgebung ist diese Einrichtung bekanntlich seit längerer Zeit schon verwirklicht. Auf den Dächern der Häuser in der Umgebung des Landungsplatzes sind grüne Warnlichter angebracht, während der Landungsplatz durch rote Feuer eingesäumt wird.

Kuckenburg. Ortsrichter Rothes Willkürregiment. Der vielbekannte Ortsrichter Rothe beschimpfte die Mutter eines uneheligen Kindes in der unflätigsten Weise auf offener Straße, weil sie Antrag beim Wohlfahrtsamt Querfurt auf Erhöhung des Pflegegeldes für ihr Kind gestellt hatte. Bisher bezahlte das Wohlfahrtsamt den Monat 8 Mark und die Gemeinde 4 Mark an Pflegegeld gezahlt, was den Rothe schon immer sehr ärgerte. Man bedenke, ganze zwölf deutsche Reichsschuldmark für ein 5jähriges Kind den Monat, wo doch der Staat 45 Mark nur allein an Futterkosten für einen Polizeihund bewilligt! Weil nun die Mutter des Kindes nicht imstande ist, unter den herrschenden kapitalistischen System so viel zu verdienen, daß sie sich und ihr Kind ernähren kann, so stellte sie eben Antrag auf Hilfe. Dem Ortsrichter Rothe ist es letzten Endes ganz gleich, wenn die Mutter mit ihrem Kinde aus Verzweiflung und über sein erbärmliches Gebaren schließlich einmal versucht, freiwillig ein Ende zu bereiten. Ja, Sie, Herr Ortsrichter mit Ihrer ziemlich beschmutzten „weißen Weste", andere Leute haben nicht solche Verbindungen, besonders mit der Kreissparkasse, wie Sie. Na, wir werden ja sehen, wenn der Landrat mit der Untersuchung fertig ist, dann reden wir weiter.

Delitzsch-Torgau

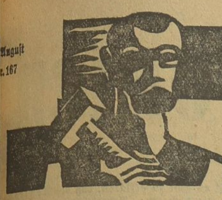
Eilsermerda. Unglücksfälle und Schlägerei auf dem Jahrmarkt. In der Mückenberger Straße wurde das Geschirr eines Fleischers aus Dölzingen von einem Auto angefahren, wodurch das Pferd schwer verletzt wurde. — Am Sonntag wurde in der Berliner Straße eine Frau R. von einem Auto umgefahren. Schwere Quetschungen machte die Ueberführung durch das Auto der Krankenkasse in das Krankenhaus nötig, nachdem durch Dr. Sinner ein Schienenverband angelegt war. Nach den Aussagen von Augenzeugen trifft die Schuld die Verletzte. Warum erscheint das Krankenauto erst nach fünfmaligem Anruf? — Eine Schlägerei an der Jahrmarktshalle zwischen einem Eilsermerdaer und einem Bielaer Besucher konnte rechtzeitig geschlichtet werden.

Durchgehender Personen- und Gepäckverkehr zwischen Reichspost und Reichsbahn

Von den Benutzern des immer umfangreicher werdenden Kraftpostverkehrs, besonders aus dem großen Kreise der reisenden Kaufleute, wird bedauert, daß zwischen Reichspost und Reichsbahn noch kein durchgehender Personen- und Gepäckabfertigungsdienst besteht. Die Reichsvereinigung der Reisenden und Vertreter im GDA. hatte deshalb die Einführung angeregt. Aus einem der Reichsvereinigung zugegangenen Bescheide des Reichspostministers geht nun u. a. hervor, „daß die Einführung durchgehender Personen- und Gepäckabfertigung zwischen Eisenbahn und Kraftpost im Rahmen der neuerdings vereinbarten Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und Reichspost auf dem Gebiete des Kraftfahrwesens zurzeit der Prüfung unterliegt. Die Einrichtung wird jedoch nur für solche Verkehrsbeziehungen in Betracht kommen, bei denen es sich um einen Uebergangsverkehr von Bedeutung handelt".

Auf den Wunsch nach einer weiteren Verbilligung des Kraftpostverkehrs antwortet der Reichspostminister, „daß bei der fortschreitenden Verkehrsentwicklung eine Ermäßigung des Fahrgeldes von Fall zu Fall weiter vorgenommen werde. Die Wirtschaftlichkeit des Kraftpostbetriebes für das Reichsgebiet im ganzen genommen dürfe allerdings dabei nicht untergraben werden".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0010



Aus den Betrieben

Erwachendes Landproletariat

Brief eines Landarbeiters an den „Klassenkampf"

„An den „Klassenkampf",

Halle (Saale).

Werte Genossen!

Ich war hier in Steuden bei einem Bauer, der als echter Stahlhelm-Mann bekannt ist, als Schweizer beschäftigt. Auf dem Hofe herrschte ein echt preußischer Feldwebelton. Den jüngeren Knechten wird oftmals sogar Dresche angeboten. Dieser saubere Großagrarier, nämlich Herr Rudolf John in Steuden, glaubte, mit mir auch so umspringen zu können. Er kam aber an die falsche Adresse. Es trug sich folgendes zu: Als ich meinen Urlaub nahm, wurde für die Urlaubszeit eine Aushilfskraft bestellt. Laut Tarif muß der Arbeitgeber die Aushilfe entlohnen. Als ich nun wieder zurückkam, zog mir dieser Faschistengeneral von meinem Lohn für Kostgeld und Vermittlung 7,40 Mark ab. Herr John ist in unserer Umgebung als einer der schlimmsten Ausbeuter bekannt. Ich habe selbstverständlich das Geld zurückverlangt, er weigerte sich jedoch, es zu tun. Höhnisch erklärte er, daß er sich nicht nach dem Tarif richte. Ich hatte auch meine Nachzahlung vom 1. Mai an verlangt. Diese erhielt ich erst nach vielem Krach. Viel hätte nicht gefehlt und ich hätte diesem satten Gutsbesitzer einmal ein paar Arbeiterfäuste verspüren lassen. Später bin ich wegen „Differenzen" entlassen worden. Ich habe gegen ihn vom Verband aus Klage erhoben. Der eigentliche Grund meiner Entlassung liegt jedoch tiefer. Am 14. Juni war in der Gaststube des Herrn Fickert eine Versammlung der Nationalsozialisten. Es sprach ein Pole, der kaum deutsch reden konnte, über „Die Notlage der Landwirte und Landarbeiter". Da er aber über das Elend der Landarbeiter so gut wie nichts zu sagen wußte, habe ich das getan. Ich habe ihnen mal gehörig die Meinung gesagt, obwohl ich kein Redner bin. Ich habe es ihnen gesagt, wie es von der Leber kam, und das ist auch der eigentliche Grund dafür, weshalb man mich entlassen hat. Die Herren möchten mich nämlich allzu gern von hier weg haben, denn sie sagen ja immer, daß ich alle Landarbeiter „aufhetze". Den Herrschaften soll aber der Appetit vergehen. Ich gehe noch lange nicht von Steuden weg, sondern werde mit allen Kräften herangehen, eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei zu gründen.

Landarbeiter und Kollegen! Aus dem ganzen Vorgehen dieser Herrschaft könnt Ihr ersehen, wie man Euch betrügt. Sobald Ihr einmal gegen die Ausbeutung aufmuckt, sollt Ihr auf das Straßenpflaster fliegen. Diese „treudeutschen Helden" wollen dann noch die Arbeiter helfen und befreien. Arbeiter, von diesen Faschisten, die während des Krieges hinter der Front gesessen haben und jetzt den großen Mund riskieren, habt Ihr nichts zu erwarten. Euer Platz ist in der Kommunistischen Partei! Nur durch den Klassenkampf unter dem roten Banner können wir uns befreien. Erst wenn alle Ausbeuter zum Teufel gejagt sind, werden auch für uns bessere Zeiten kommen. Darum alles hinein in die Kommunistische Partei!

Mit „Rot Front!"

Genosse Paul N.
Steuden bei Schafstädt.

Unfallgefahren auf der staatlichen Solquetsche in Bad Dürrenberg

U.K. Vor mehreren Tagen verunglückte der Arbeiter Paul [illegible], wohnhaft in Keuschberg, so schwer, daß er sofort zum Arzt gebracht werden mußte. Die Schuld an diesem Unfall trägt die Betriebsleitung, die absolut nichts unternimmt, um die veralteten Arbeitsmethoden abzuschaffen. Aber bekanntlich gilt die Gesundheit, die für den Proleten das höchste Gut ist, bei den Ausbeutern nichts. Das Geld, das den Proleten aus den Knochen ausgeschunden wird, muß eben für faschistische Rummels, Kurkonzerte und andere Amüsements verschleudert werden. Obwohl der Assessor schon bei ähnlichen Unfällen zugegen war, wird an den Verhältnissen, durch welche diese Unfälle verursacht werden, nichts geändert. Die Säcke werden nach wie vor auf einer Rutsche heruntergeworfen, und zwar bei einem Gefälle von drei Metern. Der einzelne Sack wird von einem Arbeiter aufgefangen und dann auf eine Handkarre geladen. Durch das steile Gefälle kommen die Säcke natürlich in größter Geschwindigkeit angesaust, und so ist es nicht verwunderlich, wenn es oft passiert, daß der betreffende Arbeiter durch die Wucht der ankommenden Säcke umgeworfen wird und sich schwere Verletzungen zuzieht. Schon oft ist von den Packern über diese ungeheuerlichen Mißstände gesprochen worden. Meistens aber erklären sie, daß es keinen Zweck habe, irgend etwas zu unternehmen, weil ja doch nichts geändert würde. Solange die Kollegen selbstverständlich nicht selbst dazu übergehen, Maßnahmen zu ergreifen, damit Abhilfe geschaffen wird, wird in Wirklichkeit auch nichts geändert werden. Es ist auch notwendig, daß die Arbeiter dem Betriebsrat etwas Feuer unter den Frack machen.

Kollegen, solange Ihr nicht solidarisch zusammenhaltet, solange einer von Euch dem andern traut, wird man für Euch auch nichts tun! Kontrolliert zukünftig die Arbeit Eures Betriebsrates, verlangt, daß sofort eine Betriebsversammlung einberufen wird, in der Ihr über die Verhältnisse des Betriebes sprechen und Maßnahmen zur Beseitigung aller Mißstände beschließen könnt. Zum Schluß noch eine kleine Anfrage an den Betriebsrat: Wo bleibt der Bericht über die letzten Lohnverhandlungen und wie war der Verlauf dieser Verhandlungen?

Die Riebeck-Montanwerke auf der Anklagebank

A.-K. Zum wiederholten Male hat sich das Arbeitsgericht mit Klagen gegen die Riebeckschen Montanwerke befassen müssen. In der Sitzung des Arbeitsgerichts Weißenfels am 31. Juli standen wieder zwei Klagen zur Verhandlung. In der ersten Verhandlung klagte der Arbeiter Ludwig. Derselbe fährt mit dem Fahrrad zur Arbeit. Am 14. Juni ist ihm dasselbe aus dem Aufbewahrungsraum gestohlen worden. Er klagte deshalb auf Schadenersatz. Der Vertreter der beklagten Firma macht geltend, daß der Schuppen, aus dem das Rad gestohlen wurde, als Aufbewahrungsraum wohl vorgesehen, jedoch noch nicht fertiggestellt war und demnach noch nicht seinem Zweck übergeben worden sei. Der Kläger führt an, daß der Betriebsführer dem Krahnführer mitgeteilt habe, daß die Räder in den Schuppen eingestellt werden sollten. Außerdem sei am andern Morgen (nach dem Diebstahl) der Raum mit Schlössern versehen worden. Die Verhandlung wurde schließlich zwecks Ladung von Zeugen vertagt.

In der zweiten Verhandlung klagte der Betriebsrat gegen die Entlassung des Schmiedes John. John war seit vier Monaten als Schmied beschäftigt, erkrankte plötzlich und erhielt die Kündigung zugestellt. Der Betriebsrat hielt dieselbe als unbillige Härte, weil J. Familienvater mit fünf Kindern ist und an dessen Stelle ein Lediger weiter beschäftigt wird. Der Vertreter der beklagten Firma machte geltend, daß J. Schmied, der Neueingestellte aber Schlosser sei und daß J. die verlangten Arbeiten, wie Schweißen usw., nicht ausführen könne. Außerdem sei J. nur für aushilfsweise Beschäftigung mit eintägiger Kündigung eingestellt worden. Zur Bekräftigung seiner Ausführungen hatte er als Zeugen den Betriebsführer Laus mitgebracht, der die Aussagen bestätigte. J. bestritt, daß er für aushilfsweise Beschäftigung angenommen worden sei. Der Zeuge L., der dem Kläger gekündigt hat, führt auf Befragen des Vorsitzenden aus, daß J. nicht in der Lage sei, die verlangten Arbeiten zu verrichten, weil er Schmied und nicht Schlosser sei. Das sei jedoch nicht der ausschlaggebende Grund gewesen, sondern die Arbeit könnte von einem Arbeiter geleistet werden und da sei maßgebend für ihn gewesen, den zur vorübergehenden Arbeit Angenommenen zu entlassen. Den Hinweis des Klägers, daß nach seiner Entlassung in beträchtlicher Höhe Ueberstunden geleistet worden seien, suchte der Zeuge dadurch zu entkräften, indem er dieselben auf „unvorhergesehene Fälle" zurückzuführen versuchte. Das Gericht verurteilte den Kläger zur Abweisung der Klage. Das Objekt wird auf 300 Mark festgesetzt und ist dadurch als „berufungsfähig" erklärt worden. Die unbillige Härte ist damit trotzdem nicht aus der Welt geschaffen worden. Auch dieser Fall hat wieder einmal das wahre Gesicht des bürgerlichen Arbeitsgerichts, das ganz im Dienste der Unternehmeroffensive steht, enthüllt.

Arbeiter des Abraum- und Tagebaubetriebes Wählitz, heraus zur Betriebsratswahl!

Bergarbeiter, Genossen!

Vom 8 bis 10. August findet in Eurem Betriebe die Betriebsratswahl statt. Da bisher die Belegschaft ohne eine wirkliche Interessenvertretung war, ist der jetzigen Wahl erhöhte Bedeutung beizumessen. Bereits im Vorjahre hattet Ihr versucht, einen klassenbewußten Betriebsrat zu schaffen. Aber die Unternehmer kamen Euch zuvor, terrorisierten die Mitglieder des Wahlvorstandes und warfen sie auf das Straßenpflaster. Die Gewerkschaften nahmen sich trotz des Protestes der Belegschaft der Gemaßregelten nicht an. Sie machten noch nicht einmal den Versuch einer Klage vor dem Arbeitsgericht. Daraufhin gingen die Unternehmer dazu über und bestellten einen Betriebsrat aus Mitgliedern der gelben Werksgemeinschaft. Unter Anwendung aller erdenklichen Terrormaßnahmen zwang dann die Werksleitung die Arbeiter, durch Reverse auf den Tariflohn zu verzichten, wofür sie einige Pfennige Leistungsprämie als Ersatz erhielten.

Ferner wurde ein raffiniert ausgeklügeltes Akkord- und Prämiensystem eingeführt, so daß sich die Lebenslage der Arbeiter weiter verschlechterte.

Trotz gewaltiger Produktionssteigerung wird infolge der durchgeführten Rationalisierung die Belegschaft zum Teil überflüssig und auf das Straßenpflaster geworfen. Auf der anderen Seite besteht ein Ueberstundensystem, das es den Arbeitslosen unmöglich macht, in den Betrieb hineinzukommen.

Der Betriebsrat muß in der jetzigen Periode der Zuspitzung der Wirtschaftskämpfe, der wachsenden Kriegsgefahr, bei gleichzeitig immer stärkerer Verschmelzung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie mit dem Staatsapparat der Bourgeoisie, ein

Kampforgan der Belegschaft

werden. Die Einheitsfront der Belegschaft für den Klassenkampf auf Grund der Durchführung einer proletarischen Demokratie muß wieder hergestellt werden.

Bergarbeiter, Genossen, Kollegen!

Trotzdem die Unternehmer bei der vorjährigen Betriebsratswahl Eure Vertreter auf das Straßenpflaster warfen, faselten sie dann in der bürgerlichen Presse davon, daß die „wirtschaftsfriedliche Vernunft" der Bergarbeiter im Braunkohlenbergbau gesiegt habe. Die Gewerkschaften hätten keine Betriebsratsliste aufgestellt und sieben Kandidaten der Werksgemeinschaft seien gewählt.

Anders in diesem Jahr!

Die Belegschaft hat es verstanden, eine rote Arbeiterliste aufzustellen, ohne der Werksleitung eine Handhabe zu geben, die Kandidaten zu maßregeln.

Wählt nur die Kandidaten der roten Arbeiterliste!

Die Belegschaft muß den Betriebsrat verpflichten, sich für nachstehende Forderungen einzusetzen:

1. Kündigung der Lohntafel und des Arbeitszeitabkommens zum frühesten Termin.

2. Für die Wiederherstellung und Sicherung der Arbeiterdemokratie in den Betrieben und Gewerkschaften, für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Schlichtungsschwindel und Wirtschaftsdemokratie.

3. Für die Organisierung eines entschlossenen Kampfes zur Sicherung des Achtstundentages, Erhöhung der Löhne, freien Sonnabendnachmittag, für größeren Schutz der Jugendlichen.

4. Gegen Koalitionspolitik, für Streikfreiheit, gegen Unternehmerterror und Betriebsfaschismus.

Kameraden, die Rationalisierung nimmt bereits einen derartigen Umfang an, daß bereits vom Tagebau Wählitz das Brikettwerk Bösau durch Schaffung von Großraumförderungen mit Rohkohle zur Brikettproduktion versehen wird. Hunderte von Arbeitern flogen auf das Straßenpflaster. In absehbarer Zeit wird das Brikettwerk Profen ebenso mit Kohle versehen werden, so daß auch die Belegschaft der Grube Bunge-Nebe überflüssig wird.

Kommenden Herbst steht Ihr vor einer Lohnbewegung. Schon jetzt müssen alle Vorbereitungen zu derselben getroffen werden. Einige Belegschaftsversammlungen haben bereits Forderungen aufgestellt. Auch Ihr müßt Euch für diese Forderungen einsetzen!

Bergarbeiter!

Was hat Euch der Werksgemeinschaftsbetriebsrat im letzten Jahre gebracht? Nichts! Er deckte alle rigorosen Maßnahmen der Werksleitung. Entlassungen über Entlassungen klassenbewußter Arbeiter wurden vorgenommen, so daß die Belegschaft zweimal in einem Jahre wechselte. Mit allen Mitteln arbeitete die Werksleitung, um den Betrieb von oppositionellen Elementen zu säubern. Damit wollte man erreichen, zur kommenden Betriebsratswahl die Aufstellung einer roten Liste unmöglich zu machen. Das ist nicht gelungen! Die Belegschaft hat ihre Kandidaten, denen sie das Vertrauen schenkte, aufgestellt, trotz aller Schikane der Werksleitung. An der Belegschaft liegt es nun,

den Betrieb mobil zu machen für die rote Arbeiterliste!

Kein Arbeiter darf der Betriebsratswahl fernbleiben. Es darf nicht wieder vorkommen, daß, wie im Bergarbeiterstreik der Abraumbetrieb zum Teil arbeitet. In dem Betrieb muß das freigewerkschaftliche Organisationsverhältnis ausgebaut werden. Ueber 13 Monate nagen die Bergarbeiter, ohne eine Lohnzulage erhalten zu haben, am Hungertuche, während die Kohlenpreiserhöhung den Unternehmern ein Geschenk von über 40 Mill. Mark brachte.

Alle diese Dinge zwingen die Bergarbeiter, sich eine Betriebsvertretung zu wählen, die sich mit aller Energie für die Interessen der ausgebeuteten Bergarbeiter einsetzt. Die Kumpels müssen dann aber fest hinter ihrer Vertretung stehen und ihr das Rückgrat stärken. Nur so wird es möglich sein, andere Zustände im Abraumbetrieb Wählitz zu schaffen.

Alle Arbeiter müssen bei der Wahl ihren Willen kundtun und sich für die rote Arbeiterliste mit den Spitzenkandidaten:

Otto Fröhlich,
Max Städtler,
Paul Fuchs,
Ernst Topf

entscheiden. Keine Stimme der Werksgemeinschaft!

Betrieb und Gewerkschaft
ORGAN FÜR MARXISTISCHE STRATEGIE UND TAKTIK
Erscheint am 1. und 15. jeden Monats
Einzelpreis 20 Pfg.
Offizielles Organ der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte- u. Erwerbslosenausschüsse
Mitarbeiter in allen wichtigen Großbetrieben Deutschlands
Probehefte durch den Verlag kostenlos
Verlag „Betrieb und Gewerkschaft", Berlin SW 48, Friedrichstraße 235, Aufgang II, 2 Treppen

Du mußt zur Versammlung gehen

Achtung, KPD.-Metallarbeiter von Halle!

Am Sonnabend, dem 10. August, 20 Uhr, im Saal der „Produktiv", Lerchenfeldstraße 14, findet eine wichtige Metallarbeiter-Fraktionssitzung statt. Alle Genossen müssen erscheinen. Parteiausweis mitbringen.

Die Fraktionsleitung.

Sozialdemokrat unterstützt Betriebsfaschismus

Die „Arbeiterzeitung" Mannheim veröffentlicht eine überaus aufschlußreiche Arbeiterkorrespondenz, die die enge Zusammenarbeit zwischen SPD. und Unternehmertum, zwischen sozialdemokratischer Ideologie und Betriebsfaschismus dokumentiert. Die Arbeiterkorrespondenz veröffentlicht den Brief eines früheren Betriebsrats an den Direktor Baumstark von der Zellstoff-Fabrik Mannheim-Waldhof. Der betreffende Brief, ein Empfehlungsschreiben für einen erwerbslosen Arbeiter, hat folgenden Wortlaut:

„Herrn Direktor Baumstark,
ehemaliger Oberstleutnant der Kaiserlichen Schutztruppe in Westafrika!

In Anbetracht unserer früheren Zusammengehörigkeit empfehle ich Ihnen einen tüchtigen und braven Arbeiter. Ich versichere Sie, daß derselbe zu Ihrer vollen Zufriedenheit ausführt.

Mit aller Hochachtung Ihr ergebener untertänigster
Jakob Kullmann, ehem. Wachtmeister der Kaiserl. Schutztruppe."

Der untertänige ehemalige Wachtmeister Jakob Kullmann ist Mitglied der SPD. Auf Grund solcher Empfehlungsschreiben wurden nachweislich Erwerbslose bei der Zellstoff-Fabrik Waldhof eingestellt. In Lampertheim, dem Ort, wo der Sozialdemokrat Kullmann seinen Sitz hat, ist seine Rolle als Empfehlungsmann für die Zellstoffdirektion ein offenes Geheimnis. Der Direktor Baumstark ist natürlich ein echter Fachsist und hat erst kürzlich vier Angehörige seines Betriebes auf eine Werksportschule des Stahlhelms abkommandiert und versucht mit allen Mitteln, faschistische Werksportorganisationen im Betrieb aufzuziehen.

Der Zellstoff-Fabrik Mannheim-Waldhof genügt es nicht, mit den jetzigen Methoden der Rationalisierung 13⅓ Prozent Dividende aus den Knochen der Proleten herauszuholen. Nein, Sie will durch die Methode des Betriebsfaschismus die Arbeiterschaft so rechtlos und schutzlos machen, daß sie ihre jetzt schon unerhörten Profite noch weiter steigern kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0011
DFG

Zwei Armeen — zwei Fronten

Von Alexander Emel

Vor einigen Jahren — es war im Jahre 1925 — formulierte Karl Kautsky das Programm der Zweiten Internationale gegenüber dem proletarischen Staat. Er tat dies in seiner berühmten Schrift: „Die Internationale und Sowjet-Rußland." Dort heißt es in wenigen knappen Sätzen:

„... seit Jahren steht vor der erneuerten Sozialistischen Arbeiter-Internationale die große Frage, ob sie nicht die Pflicht habe, gegenüber dem erneuerten russischen Absolutismus dieselbe Stellung einzunehmen, die von ihren Anfängen an die große Vorgängerin dieser Internationale einnahm." Gemeint ist — die Stellung der Internationalen Arbeiter-Association (der von Marx geleiteten Ersten Internationale) gegenüber dem Zarismus und dem russischen Absolutismus. Denn — „die Sowjetregierung ist seit Jahren hauptsächlich damit beschäftigt, das Proletariat in- und außerhalb Rußlands zu knechten, zu korrumpieren, zu entnerven, zu verdummen ... Sie (die Sowjetregierung) ist augenblicklich das stärkste Hindernis seines (des Proletariats) Aufstiegs in der Welt — schlimmer sogar als das infame Regime Horthys in Ungarn oder Mussolinis in Italien ... Wie jeder andere Militärdespotismus, wie die Militärmonarchien der Romanoffs, der Habsburger, der Hohenzollern, dürfte auch er (der Sowjetstaat) nur durch Gewalt zu überwinden sein."

So lautete das theoretisch formulierte Programm der Zweiten Internationale und der SPD. bereits im Jahre 1925. Das revolutionäre Proletariat Europas und der ganzen Welt hat diesem Programm bei weitem nicht die Bedeutung beigemessen, die es zur Vorbereitung des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion hatte. Denn das muß mit aller Schärfe hervorgehoben und betont werden: Auch innerhalb unserer eigenen Reihen hat man an die äußerst ernste Kriegsgefahr nicht ganz glauben wollen, und die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse wußte sehr genau, weshalb sie die Kommunisten als die Prediger der Kriegsgefahr in einer Zeit, wo äußerlich der sicherste Friede herrschte, verhöhnte. Der „Vorwärts" wußte, weshalb er so scharf gerade die Kriegsthesen des VI. Kongresses der KJ. und des 12. Parteitags der KPD. angriff. Dies alles war mehr als Zufall, das war planmäßige und programmatische Arbeit — auf etwas andere Weise als in den Julitagen 1914 ...

Allein so glatt vollziehen sich die Dinge nicht. Die Geschichte stellt manchmal Fragen, deren Beantwortung für die „Bekämpfer des Zarismus" nicht so leicht ist. Zu diesen etwas widerspruchsvollen Dingen gehört auch das Programm des sozialdemokratischen Kampfes gegen die „asiatische Unkultur", gegen den „Zarismus und seine Nachfolger" — die Bolschewiki.

Worum geht es? Der Arbeiter braucht sich das nur etwas zu überlegen, wie einfach und klar das gesamte angeblich komplizierte Problem eigentlich ist und wie es ohne die geringste Schwierigkeit gelöst werden kann und auch gelöst wird.

★

Und in der Tat! Marx und Engels, auf die sich die Judasse so gern berufen — obwohl in letzter Zeit auch dies nicht mehr Mode ist —, haben die Bekämpfung des Zarismus und der russischen Despotie als eine der wichtigsten Aufgaben des klassenbewußten europäischen Proletariats gestellt. Denn der Zarismus bildete den Schutztrupp für die europäische Reaktion und Konterrevolution. Deshalb wies Marx noch bei der Gründung der I. Internationale auf die Bedeutung dieser Frage hin. Von hier aus nahmen sich die „August-Sozialisten" von 1914 das „proletarische Recht", für die geforderten Kriegskredite Wilhelm II. zu stimmen. Wir brauchen schwerlich mehr zu beweisen, wie die Namen von Marx und Engels dadurch geschändet werden. Erwähnt muß nur werden, daß zur gleichen Zeit, als die deutschen Sozialdemokraten die Erklärung abgaben, daß es Pflicht eines jeden deutschen Arbeiters sei, gegen den Zarismus und gegen die russische Despotie zu kämpfen — die russischen Sozialdemokraten unter der Führung Plechanows verkündeten, daß die heiligste Pflicht eines jeden russischen Arbeiters sei, gegen den preußischen Militarismus und gegen das preußische Junkertum ins Feld zu ziehen! ...

„Der Sozialismus, der in einem Lande gesiegt hat, macht keineswegs auf einmal ein Ende mit allen Kriegen. Im Gegenteil. Er setzt sie voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus vollzieht sich im höchsten Grade ungleichmäßig in den verschiedenen Ländern. Das kann auch unter der Warenproduktion gar nicht anders der Fall sein. Daher die unvermeidliche Schlußfolgerung: der Sozialismus kann nicht in allen Ländern gleichzeitig siegen. Das muß nicht nur Reibungen hervorrufen, sondern auch das direkte Verlangen der Bourgeoisie der anderen Länder, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu vernichten. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits gesetzlich und gerecht. Das wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung der anderen Völker von der Bourgeoisie."

Lenin, „Das Wehrprogramm der proletarischen Revolution"

Und nun? Ironie des Schicksals! Die Situation hat sich etwas geändert: die zaristischen weißgardistischen Generale, vom russischen Proletariat vernichtend geschlagen, flüchteten teilweise nach der Mandschurei und nach dem nördlichen China. Hier beim berühmten Tschangtsolin fanden sie begeisterte Aufnahme als Waffenträger und Waffengenossen! Mit hohen Aemtern und hohen Würden bekleidet, schalteten die Semjonoffs des Zaren Nikolaus an den Grenzgebieten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Und jetzt, da Tschangkaischek, im Einvernehmen mit den imperialistischen Mächten, den Vertrag mit der Sowjetunion gebrochen hat, da sind die zaristischen Generale die Organisatoren der weißen Armee gegen den proletarischen Staat!

Was wäre nun logischer, als daß die Sozialdemokratie die Arbeiterschaft aufriefe, gegen die zaristischen Generale, gegen die Semjonoffs zu kämpfen? Aber siehe da: mit einemmal sind die Semjonoffs und die Generale von Nikolaus keine Barbaren und Despoten mehr — die Erben der Romanoffs sind zu Kulturträgern und zu Befreiern des chinesischen Volkes proklamiert worden!

Der Verrat der Sozialdemokratie am Proletariat war vielleicht noch niemals so nackt, wie gerade jetzt beim Angriff der chinesischen Weißgardisten auf die Sowjetunion!

Je „nach Bedarf": Ist es notwendig, das „Vaterland zu verteidigen", so wird gegen Nikolaus' Generale als die Träger des Barbarentums ins Feld gezogen. Dieselben Gewalten werden aber als Kulturträger und Volksbefreier proklamiert, wenn es gilt, die Arbeiterschaft gegen den proletarischen Staat aufzuputschen.

★

Um den wahren Sinn ihrer konterrevolutionären Propaganda zu verheimlichen, führt die SPD. die Agitation unter dem Deckmantel: „Nationale Befreiung". Der Alt Tschangkaischeks soll nur ein Akt der „nationalen Befreiung" vom Joche des „roten Imperialismus" darstellen. Wie steht es nun damit?

Der Sieg der Oktoberrevolution wäre unmöglich gewesen, hätte sie nicht die nationale Frage gelöst. Die große Oktoberrevolution verkündete der imperialistische Welt: daß das Selbstbestimmungsrecht, das sie den Nationen verspricht, lauter Heuchelei ist, da nationale und koloniale Unterdrückung im Wesen des Imperialismus selbst liegen, und daß er daher die nationale Frage nicht lösen kann, ohne sich selbst aufgeben zu müssen.

Die nationale Befreiung ist nur ein Teil der sozialen Befreiung! Das war das Programm und die Parole des großen Oktober. Und wie er seinem Programm auf allen Gebieten treu blieb, so auch auf dem Gebiet der nationalen Befreiung. Während die Regierung Kerenski-Zereteli — die Bundesgenossen der Sozialdemokratie — entschlossen war, den imperialistischen Krieg bis zum „siegreichen Ende" zu führen, das heißt nicht nur bis zur Wiedereroberung von Litauen, Lettland, Finnland, Polen usw., sondern bis zur Verwirklichung des alten Traums — der Einverleibung des heiligen Konstantinopel in das „Größere Rußland" — proklamierte die proletarische Revolution unter Führung der Bolschewiki: Nieder mit diesem imperialistischen Krieg, der die Unterjochung der kleinen Nationen und die koloniale Unterdrückung mit sich bringt.

Selbstbestimmung der Völker bis zur Lostrennung von Rußland war das Programm, und die Durchführung dieses Programms war erst möglich durch die Bewaffnung des Proletariats, durch die Schaffung einer regulären Kampftruppe — der Roten Armee.

Nur sie, die Armee der Arbeiter und Bauern, hat den Angriff der Konterrevolution auf unzähligen Fronten zunichte gemacht, deren Sieg die gleichzeitig weitere Versklavung der Nationalen des ehemaligen Reichs mit sich gebracht hätte.

Das war aber das Programm der Bundesgenossen der SPD. — das Programm der russischen Menschewisten! Oder aber ist die „nationale Befreiung" der SPD. nicht zur Genüge bekannt? Ist schon ihre Rolle beim „Frieden" von Brest-Litowsk ganz vergessen? Haben die „Volksbeauftragten" nach dem 9. November wenigstens formell den Vertrag von Brest-Litowsk annulliert?

Den Frieden von Brest-Litowsk haben nicht Ebert und Scheidemann annulliert, sondern die roten Matrosen von Kiel! Hier ist **auch die Antwort** auf die Frage des weißgardistischen Organs, des Organs von Semjonoff und Orloff — „Vorwärts" genannt —, warum denn die Sowjetunion mit China den Vertrag über die ostchinesische Eisenbahn abgeschlossen hat:

Die Sowjetregierung hat keinen Vertrag mit „China" und dem chinesischen Volk abgeschlossen, sondern mit den derzeitigen Machthabern. Der Vertrag hat so lange Gültigkeit, bis die chinesischen Arbeiter und Bauern an die Macht kommen. In diesem Augenblick wird es für die Sowjetunion überflüssig sein, „Verträge" mit China abzuschließen. Die roten Matrosen von Schanghai werden den Vertrag mit China genau so interpretieren, wie die roten Matrosen von Kiel den Frieden von Brest-Litowsk interpretiert haben.

Doch beneidenswert ist die Situation der Stampfer keineswegs. Was ist zu tun? Wie ist ein Ausweg zu finden aus einer Situation, die für jeden denkenden Arbeiter unhaltbar erscheint? Das ist die Frage, die die Chefredakteure der Semjonoff-Organe sich vorlegen müssen, auf die es aber nicht so leicht ist, eine plausible Antwort zu geben.

Wie erklärt es sich, daß die Sowjetunion, die als erster Staat China als gleichberechtigten Staat anerkannt hat und auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit China einen Vertrag abgeschlossen hat — wie ist es nun zu erklären, daß gerade die Sowjetunion nach dem „Vorwärts" eine imperialistische Politik betreiben soll, während die anderen Staaten, die China aussaugen, als Befreier der chinesischen Nation dargestellt werden?

Wie ist es weiter zu erklären, daß die diplomatischen Vertreter der Sowjetunion nach Meinung des „Vorwärts" ohne weiteres verhaftet werden dürfen, während die Mätressen eines feinen Amerikaners oder Engländers nicht nur vor jeder Verletzung ihrer persönlichen Freiheit gesichert sind, sondern sogar spezielle Stadtviertel besitzen, wohin keine Chinesen gehen dürfen, nur aus dem Grunde, weil sie die Mätressen feiner Engländer sind, deren Regierungschef Ramsay Macdonald ist?

Und weiter? Wie ist es nun zu erklären, daß die Regierung Macdonalds, die doch eine „Arbeiterregierung" sein soll, während ihrer ersten Regierungsperiode nicht nur die Sklavenverträge mit China nicht abgeschafft, sondern in Sierra Leona, einem Gebiet, das unter englischem Protektorat steht, sogar die Sklaverei nicht aufgehoben hat? Wie ist es nun zu erklären, daß diese „Arbeiterregierung", die doch, zum Unterschied von den Moskowiter „roten Imperialisten", nur eine Politik der „nationalen Befreiung" führt — auch während ihrer jetzigen zweiten Regierungsperiode noch nichts von der nationalen Befreiung der kolonialen Völker spüren läßt?

Das sind die teuflischen Fragen, die sich der denkende Arbeiter vorlegt. Und Stampfer weiß das. Daher die Wut: „Roter Imperialismus!" Daher das Geheul: „Bolschewistische Unterjochung!"

Und damit mit dem „roten Imperialismus" Schluß gemacht wird, setzt Herr Stampfer das „demokratische" und „völkerbefreiende" Ziel: Internationalisierung der Naphthaquellen, die sich im Herzen der Sowjetunion befinden. Erst wenn die Naphthaquellen am Kaukasus den imperialistischen Naphthakönigen gehören werden, erst dann wird die „Demokratie", der „Friede" herrschen.

★

Kann nun dieses heilige Programm so ohne weiteres durchgeführt werden? Das ist es eben: das Ziel ist klar, das Programm bereits im Jahre 1925 abgefaßt, aber die Verwirklichung ist etwas schwierig.

Die teuflischen Pläne der Sozialdemokratie scheitern an der Macht der Roten Armee, der Macht der internationalen proletarischen Revolution. „Roter Imperialismus" — dieses Schimpfwort ist nur der Ausdruck des Hasses gegen die proletarische Wehrmacht, gegen die Armee der Arbeiter und Bauern! Kein Söldnerheer irgendeines Despoten oder Trägers des Faschismus wird so beschimpft und bejubelt, wie die Rote Armee, die Schöpfung der siegreichen proletarischen Revolution, die Kulturträgerin der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken!

„Eine der Formen der Verdummung der Arbeiterklasse ist der Pazifismus und das abstrakte Eintreten für den Frieden... Die Propaganda für den Frieden in der gegenwärtigen Zeit ohne Aufforderung an die Massen zu revolutionären Handlungen ist nur imstande, Illusionen zu erzeugen und das Proletariat durch Einflößen von Vertrauen zur Humanität der Bourgeoisie zu zersetzen, um es zu einem Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie der kriegführenden Länder zu machen."

Lenin

Allein der Haß der Stampfer-Semjonoff gegen die Rote Armee zeugt gleichzeitig von der ungeheuren Liebe und Popularität, die die Armee des internationalen Proletariats in den Reihen der Werktätigen nicht nur der Sowjetunion, sondern der ganzen Welt genießt.

Dieser Haß wird noch dadurch gesteigert, daß man den 400 Millionen chinesischer Bauern und Arbeiter nicht trauen kann. Sie, die Hunderte von Millionen, wissen die „nationalbefreiende" Tat der MacDonald und Semjonoff etwas anderes zu schätzen. Sie teilen auch nicht ganz die Ansicht über den „roten Imperialismus".

Hier ist der Schlüssel, warum man mit dem Kriegsbeginn zögert; warum man zur „Vermittlung" greift.

Und hinzu kommen die Demonstrationen der Massen in der Sowjetunion selber. Man muß das Programm der Sozialdemokratie überprüfen. Hieß es doch, daß die Sowjetregierung nur ein Häuflein von Tyrannen darstelle. Und mit einemmal schreibt der „Vorwärts": Wer weiß, ob die Sowjetregierung, selbst beim guten Willen, die Kriegsstimmung der Massen wird beherrschen können...

★

Kurz vor seinem Tode schrieb Sunyatsen, der Führer der Kuomintang, an die Sowjetregierung einen Brief, in dem er von der Rolle der Sowjetregierung für die nationale Befreiung der kolonialen Völker, besonders Chinas, sprach. In diesem Schreiben heißt es unter anderem:

„Ich beauftrage daher meine Partei, in ständigem Kontakt mit euch zu bleiben. Ich fühle mich glücklich in dem festen Glauben, daß die Unterstützung, die ihr meinem Lande zuteil werden ließet, ihm unverändert erhalten bleiben wird. Indem ich nun Abschied von euch nehme, gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß der Tag kommen wird, da die Sowjetunion in einem freien und starken China ihren Freund und Bundesgenossen begrüßen wird."

So schätzte Sunyatsen das Verhalten der Sowjetunion gegenüber China ein. Vor einem freien China fürchtet sich aber der Imperialismus.

Der Front der weißen Garden der Tschangkaischek, Stampfer und Semjonoff steht aber die rote Klassenfront des internationalen revolutionären Proletariats gegenüber. Und die Wacht für die proletarische Revolution hält die Rote Armee, die Armee der Arbeiter und Bauern!

Die Rote Armee ist die Armee der Internationale — die Armee der proletarischen Weltrevolution!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 21045, 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 22251. Drahtanschrift: Klassenkampf Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 8. August 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 167

Das Koalitionsgeschenk für die Massen zum 11. August

Die Hungerpeitsche!

Abbau der Arbeitslosenunterstützung — Erhöhung der Beiträge — Der Wissell-Entwurf fertiggestellt — Massen heraus zur Abwehr!

Der Reichsarbeitsminister Wissell hat seinen Gesetzentwurf über Abbau der Arbeitslosenunterstützung bereits so gut wie fertiggestellt; er soll in den nächsten Tagen den Vorständen der bürgerlichen Parteien vorgelegt werden. Mitte August soll der Entwurf im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages behandelt und bereits in der nächsten Sitzungsperiode des Reichstages im Plenum durchgepeitscht werden.

Der Entwurf Wissells liegt in der Linie der Sachverständigen-Vorschläge, zweifellos wird er in verschiedenen Punkten diese Vorschläge noch an Arbeiterfeindlichkeit übertreffen. Wissell will die Wünsche der Unternehmer noch mehr berücksichtigen.

Die Unternehmerverbände haben jetzt eine Pressenotiz veröffentlicht, in der sie erklären, daß die Vorschläge der Sachverständigen nicht weitgehend genug seien, so in der Frage der Heimarbeiter, der Saisonarbeiter usw. Außerdem wenden sich die Unternehmer wieder gegen die Beitragserhöhung. Es muß jedoch dabei immer wieder betont werden, daß für die Unternehmer die Beitragserhöhung keine grundsätzliche Frage ist. Wenn sie im übrigen erreichen, was sie wollen, wenn sie die für sie entstehenden Auslagen auf andere Weise wieder hereinkriegen, werden sie für die Beitragserhöhung sein. Bereits jetzt hat sich ein Teil der Unternehmerpresse für die Beitragserhöhung ausgesprochen, in der Sachverständigen-Kommission hat ebenfalls ein Teil der Unternehmervertreter für die Beitragserhöhung gestimmt. Wenn daher die Unternehmerverbände sich vorläufig gegen die Beitragserhöhung aussprechen, so ist das für die Arbeiterschaft noch lange kein Grund, nun für die Beitragserhöhung einzutreten.

Die Beitragserhöhung um ½ Prozent bedeutet eine neue schwere Belastung für die Arbeiter, die sie in der jetzigen Zeit um so weniger tragen können, als infolge der Zollpolitik der Koalitionsregierung die Lebenshaltungskosten bedeutend gestiegen sind.

Die Arbeiterschaft verlangt angesichts der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, daß kein Abbau der Unterstützung stattfindet, daß die Unterstützungssätze erhöht werden, und daß die dafür notwendigen Mittel die herrschende Klasse zu bewilligen hat. Es ist ganz und gar unmöglich, daß die Arbeiter selbst von ihren Löhnen die Mittel aufbringen, die zur Unterstützung der Millionen Erwerbslosen notwendig sein werden. Sozialdemokraten und Bürgerliche behaupten, daß Reich habe keine Mittel mehr zur Unterstützung der Arbeitslosen.

Dabei hat die Koalitionsregierung einen Etat von zehn Milliarden aufgestellt, wobei sie mehr als eine Milliarde allein für die Wehrmacht und für die Rüstungen und Vorbereitungen zum imperialistischen Krieg ausgibt.

Angesichts dieser Ausgaben für den deutschen Militarismus ist es eine u[illegible]tern zumutet, „die [illegible]senunterstützung getü[illegible] hundert Millionen [illegible]

Mit [illegible]rhanden seien, und d[illegible]en, wollen die SPD.-[illegible] Erwerbslosen-unterst[illegible] Mitwirkung am A[illegible] immer deutlicher. [illegible]e SPD. gegen die V[illegible]

abe[illegible]n mit allen Mit[illegible]rstützungen [illegible]soll.

Nicht [illegible]en der SPD.-Führer[illegible]er Organ des Zentru[illegible]

„G[illegible]em des Reichsarbe[illegible]nzuwirken, daß die [illegible]nigung ihre parl[illegible]s Zeit zu sein, daß [illegible]rischen Instanz zur [illegible]"

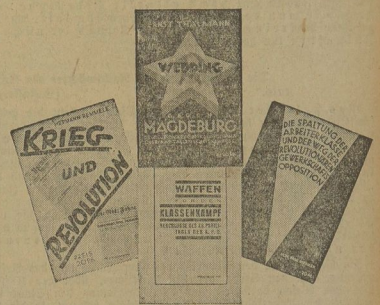
E[illegible]s „Berliner Tag[illegible] parnisgründen die S[illegible]h durchgeführt werden [illegible] Unternehmer-organ[illegible]icherungs-refo[illegible]

Die [illegible]n die Wünsche der K[illegible] wird sich das Reichs[illegible]en. Mit aller Eile s[illegible]losen, die eine Bedrohung der gesamten Arbeiterklasse bedeuten, durchgepeitscht werden. Zur selben Zeit, wo die Reichsbannerkolonnen am 11. August zur Verherrlichung dieser Republik ihren terroristischen Aufmarsch durchführen, wird hinter den Kulissen das Werk des Abbaues der Arbeitslosenunterstützung nach Kräften gefördert.

Das Erscheinen des Wissell-Entwurfes ist ein neues Alarmsignal für die Arbeiterschaft. Es gilt jetzt, die Reihen zu schließen und zur Gegenwehr vorzugehen, um den Abbau der Arbeitslosenunterstützung abzuwehren.

Wedding gegen Magdeburg!

Jeder Kommunist studiert die Referate und Beschlüsse des Weddinger Parteitages!



Preis der 4 Broschüren zusammen 70 Pf.

Zu haben in der:

Volksbuchhandlung

GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14 und in den auswärtigen Filialen.

Der Rote Arbeiterschutzbund gegründet

Guter Verlauf der Gründungsversammlung in Halle

Die am Mittwochabend durchgeführte öffentliche Gründungsversammlung des Roten Arbeiterschutzbundes im „Volkspark" Halle nahm einen guten Verlauf. Weit über tausend Arbeiter nahmen begeistert die Worte des Reichstagsabgeordneten W. Koenen auf. Mehr als die Hälfte traten sofort der neuen Organisation bei und vollzogen so die Gründung des Roten Schutzbundes gegen Sozial- und Nationalfaschisten in ihren Betrieben. Näheres über den Verlauf der Versammlung steht im anderen Teil dieser Ausgabe. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Entschließung

Die am Mittwoch, dem 7. August im „Volkspark" in Massen versammelten hallischen Arbeiter nehmen Stellung gegen die wachsende faschistische Gefahr und beschließen die sofortige Verschärfung aller Maßnahmen der Arbeiterschaft zur Vernichtung des Faschismus.

Der Staatsapparat, der im Auftrage der Trustbourgeoisie von den Sozialfaschisten regiert wird, tut alles zur Schädigung der Faschisten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Insbesondere die Verbote des RFB. und der Roten Jungfront ermutigen die Faschisten aller Schattierungen, immer frecher und provokatorischer aufzutreten und systematisch Ueberfälle auf die Arbeiter durchzuführen.

In verschiedenen Betrieben wird nach der Maßregelung revolutionärer Arbeiter der Werksfaschismus immer frecher. Immer enger schließt er sich gegenüber den roten Betriebsräten mit den Reformisten, wie in Leuna, zur sozialfaschistischen Front zusammen.

Die Ueberfälle der Nationalsozialisten in Nürnberg auf Arbeiter und auf das Eigentum der Arbeiterorganisationen, die Ueberfälle und Provokationen der Reichsbannerkollkommandos in Berlin gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, durchgeführt in engster Verbindung mit den Zörgiebel-Kosaken, zeigen neben den Ueberfällen im ganzen Reiche blutigen Ernst der faschistischen Gefahr auf.

Selbst in Halle, der Hochburg des revolutionären Proletariats, gingen bereits Faschisten — unterstützt durch die Bittel des Polizeipräsidenten Oegle — zum offenen Angriff auf die Arbeiter über.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft von Halle erklärt, daß sie diesem Treiben nicht länger tatenlos zusehen kann.

Sie erklärt ihre Bereitschaft zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront gegen das Faschistengesindel und fordert in diesem Sinne die Belegschaften in den Betrieben und auf den Baustellen auf, in den Betrieben Organisationen zum Kampfe gegen den Faschismus zu bilden.

Die Sozialfaschisten Severing, Grzesinski und Zörgiebel haben im Auftrage der Trustbourgeoisie die einzige Wehrorganisation des Proletariats, den Roten Frontkämpfer-Bund verboten. Das Verbot ist ausgesprochen worden, weil der RFB. einen erfolgreichen Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr führt. Wir fordern die hallische Arbeiterschaft auf einen verschärften Kampf um die Aufhebung des Verbots der Wehrorganisation des Proletariats, dem RFB., zu führen. und in einheitlicher Front auf der Grundlage der Betriebe den Kampf gegen den Faschismus durch Bildung von Arbeiterwehrgruppen zu verstärken.

Nieder mit dem RFB.-Verbot!
Nieder mit dem Faschismus!
Nieder mit der Koalitionsregierung der Sozialfaschisten!
Es lebe der Selbstschutz des Proletariats!
Es lebe der rote Betriebsschutz gegen den Faschismus!

1. August in Moskau: Bewaffnete Demonstration des Komsomol (kommunistisch-leninistischer Jugendverband)

Morgen gehst Du in den „Volkspark", Halle

Internationales Meeting!

Vertreter der Sowjetunion, Frankreichs und anderer Länder sprechen hier aus Anlaß des 9. Esperanto-Welttongresses ●●● Arbeiter, erscheint in Massen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290808-16/fragment/page=0013